

04 | 2025

mitmenschenreden

das magazin für den perspektivenwechsel

Baustelle Deutschland

**Mit der „Kettensäge“
zum Liberalismus**

Prof. Dr. Philipp Bagus

**„Wir verlieren das Wir“
Verbundenheitsstudie**

Stephan Grünewald

IMPRESSUM:

MITMENSCHENREDEN

Herausgegeben von
Ralf M. Ruthardt | Autor
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
www.mitmenschenreden.de

Redaktion:
Ralf M. Ruthardt (V. i. S. d. P.)
Markus Coenen

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt
Webmaster: Jonas Schumacher

Redaktionsanschrift:
Ralf M. Ruthardt | Autor
Magazin MITMENSCHENREDEN
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
Kontakt: info@mitmenschenreden.de
<https://mitmenschenreden.de>

© Ralf M. Ruthardt | 01.11.2025

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo 18,90 € (Online/PDF)

Einzelheft (Online/PDF) 5,90 €

Einzelheft (Print) 19,50 €

Preisangaben verstehen sich inkl. MwSt.

Hier abonnieren: <https://edition-pjb.de>

ISSN 2944-0394 (Print)

ISSN 2944-0408 (Online)



Machen Sie mit!

Ihre Einsendungen sind willkommen.

Sie sind herzlich eingeladen, sich mit einzubringen. Dazu folgende Hinweise:

Beiträge und Werke können bereits veröffentlicht sein. Es muss sich um selbst verfasste Beiträge und selbst erstellte Werke der Einsendenden handeln.

E-Mail: mitmachen@mitmenschenreden.de

Die Rechte und die Verantwortung für die Inhalte verbleiben bei den Einsendenden von Beiträgen, Abbildungen und Werken. Lediglich das Recht auf Veröffentlichung in allen Medien wird von den Einsendenden MITMENSCHENREDEN und dem Herausgeber kostenlos eingeräumt. Die Einsendenden garantieren, dass sie keine Rechte und Ansprüche Dritter verletzen. Die Einsendenden stellen die Redaktion und den Herausgeber von Rechten und Ansprüchen Dritter frei.

Es gibt keine Veröffentlichungsgarantie für eingesandte Texte und Bilder und anderes. Postalische Einsendungen werden nicht zurückgeschickt. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

mitmenschenreden

das magazin für den perspektivenwechsel

EDITORIAL 4

Ralf M. Ruthardt

Mit der „Kettensäge“ 6 zum Liberalismus

Prof. Dr. Philipp Bagus

„Wir verlieren das Wir“ 16 Verbundenheitsstudie

Stephan Grünewald

Kolumne: Wer liest 25 schon Lyrik?

Ralf M. Ruthardt

Wer regiert Deutschland – 26 das Volk oder die Richter?

Dr. Ulrich Vosgerau

Medienkritik. Bürgerrechte. 40 Perspektivenwechsel.

Joana Cotar

Infrastruktur neu denken – 48 Lehren aus der Ahrtal-Katastrophe

Markus Becker

Jüdisches Leben hörbar machen 54

Thomas Spindler

Hexenmeister oder Zauberlehrling 58

Dr. Alexander Schatten

Menschen im Porträt: 68

„Durch's Reisfeld zum gesunden Gehen“

Karl Müller

Klima zwischen 72 Wissenschaft und Politik

Axel Bojanowski

Fossile Profite – globale Folgen 78

Kathrin Henneberger

Frontberichte 84 gegen das Verdrängen

Till Mayer

Journalismus 94 beginnt mit Unabhängigkeit

Flavio von Witzleben

Zwischen Erkenntnis 100 und Anpassung: Ein intellektuelles Dilemma

Rahim Taghizadegan

Wo Menschen 104 Hoffnung weitertragen

Dr. Anja Häse

Kolumne: #HASHTAG 110

Markus Coenen

„Befreiungsschlag“ 114 Aufschrei der Freiheit

Olivier Kessler

Kolumne: Im Rückspiegel 118

Markus Coenen

Kolumne: Zwischen Fronten 122

Benjamin Scherp & Dominik Steffens

Literatur – das Vermächtnis 128 des Lebens

Prof. Dr. Mario Andreotti

Leichtigkeit im Angesicht 132 der Endlichkeit

Anton Hunger

(k)eine tägliche Begegnung 136 Wildnis, Wahrheit und Perspektivenwechsel

Florian & Lisa Marie Smit

EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Deutschland hat viele Baustellen. Man sieht es an der Infrastruktur, in der Bildung, bei mangelndem Wohnraum, in einer bedingten Verteidigungsfähigkeit ... und in der politischen Kultur. Alles sieht nach einem Abstieg aus.

Dieses Magazin möchte einmal mehr zu einer Vielzahl an Themen den Perspektivenwechsel anbieten. Denn wir verharren zu oft in Routinen, im Alltagsgeschäft und in selbstgefälligen Positionen. Politik, Medien, NGOs, Kirchen, Stars und Sternchen reden viel – aber zu oft über sich selbst und zum eigenen Vorteil. Zu selten geht es darum, was unsere Gesellschaft als Ganzes wirklich braucht.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass große Worte auszureichen scheinen. Die „Guten“ wähnen sich im Recht – und wer ihnen ernsthaft widerspricht gehört aus deren Sicht zu denen, die „umerzogen“ werden müssen. Doch ohne Widerspruch, ohne das Unbequeme, ohne die Reibung gehen Vernunft und Wohlwollen verloren. Es reicht nicht, in endlosen Diskussionsrunden von „Verantwortung“ zu sprechen. Verantwortung zeigt sich darin, eigene Positionen infrage zu stellen – und den Mut zum Wechsel der Perspektive zu haben.

Genau darum kreist diese Ausgabe: **Prof. Dr. Philipp Bagus** zeigt, was man mit „Kettensägen“ Konstruktives bewerkstelligen kann. Mit **Stephan Grünewald** schauen wir in die Verbundenheitsstudie – und müssen erkennen, dass wir das „Wir“ in Deutschland verloren haben. **Olivier Kessler** spricht vom Mut zur Freiheit und davon, dass Widerstand gegen Kontrolle nicht Rebellion um der Rebellion willen ist, sondern die Liebe zum Menschen im Kern verteidigt. **Prof. Dr. Mario Andreotti** erin-

ert uns daran, dass Wissen vergeht, wenn wir es nicht teilen – und dass Literatur uns hilft, überzeitlich zu verstehen, wer wir sind. Und **Dr. Anja Häse** führt uns mitten hinein in die Dresdner Frauenkirche, wo Versöhnung nicht Theorie ist, sondern gelebte Praxis. Diese und noch viel mehr Stimmen eint, dass sie uns zum Blickwechsel ermutigen. Zum Nachdenken über uns selbst – aber auch darüber, wie wir als Gesellschaft miteinander umgehen wollen.

Es geht nicht darum, bequeme Antworten zu finden. Es geht darum, sich den unbequemen Fragen zu stellen.

Vielleicht liegt genau darin die Aufgabe dieser Zeit: Das „Brüllen“ und die gegenseitigen, selbstgefälligen „Vorwürfe“ durch eine konstruktive Auseinandersetzung abzulösen. Dabei dürfen wir uns fragen, zu welchem „Opfer“ an zeitlichen, finanziellen und intellektuellen Möglichkeiten Sie und ich bereit sind.

Geben wir uns also nicht mit schönen Worten zufrieden. Wechseln wir die Perspektive. Seien wir unbequem, wo es nötig ist – und allzeit menschlich.

Auf ein konstruktives, kreatives und innovatives Miteinander und einen ergebnisoffenen Diskurs.

Herzlichst

Ihr

Ralf M. Ruthardt
Herausgeber





Mit der „Kettensäge“ zum Liberalismus

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Philipp Bagus

Illustration: Ralf M. Ruthardt

In der Ausgabe 2025-03 von *MITMENSCHENREDE* liest man eine Rezension von Christian Langer. Er beschäftigte sich mit „Die Ära Milei“ – einem Buch von Prof. Dr. Philipp Bagus, das auch in Deutschland für große Aufmerksamkeit gesorgt hat. Es werden darin die Ideen des argentinischen Präsidenten, seine Argumente und dessen politischer Weg einem breiten Publikum erläutert. Hier ein Interview mit Prof. Dr. Philipp Bagus, das im Sommer 2025 geführt wurde.

Ralf M. Ruthardt | Danke, lieber Prof. Dr. Philipp Bagus, dass Sie sich Zeit für dieses Gespräch nehmen. Sie lehren an einer Universität in Madrid Volkswirtschaftslehre, sind Mitglied der HAYEK-Gesellschaft in Berlin und Ihr Buch „Die Ära Milei“ steht zwischenzeitlich in so manchem Regal – gelesen hoffentlich. (lacht)

Christian Langer spricht in seiner Rezension von einer erfrischenden und sehr empfehlenswerten Lektüre. Das mag ein Appetitmacher für diejenigen sein, die es bisher noch nicht gelesen haben.

Nun, der Blick nach Argentinien kann uns so manchen Impuls für das eigene politische Handeln hier in Deutschland geben. Ein Impuls könnte sein, dass in Deutschland nach Unendlich tendierende Vertrauen bzw. die unangemessenen Erwartungen in die staatliche Institution zu hinterfragen.

Philipp Bagus | Die Menschen in Deutschland können sich mehrheitlich einfach nichts anderes vorstellen. Sie sind so gewöhnt an den Staat. Der Staat ist wie eine Droge – und wenn man einmal auf dieser Droge ist, dann ist es unheimlich schwierig, von dieser Droge wegzukommen.

Beispiele gibt es viele: Nehmen wir die öffentlichen Straßen. Die Leute können sich nicht vorstellen, dass Straßen privat hergestellt werden, besser, effizienter und gerechter. Auch das Gesundheitswesen ist fest in staatlicher Hand, wie auch das Bildungswesen. Die Menschen können sich gar nicht mehr

vorstellen, dass es auch ohne Staat gehen würde.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe eine Hypothese: Vielleicht ist es ein Stück weit das Ergebnis eines gewissen Wohlstands. Man lehnt sich als Bürgerin oder Bürger nach getaner Arbeit zurück und delegiert möglichst viele Aufgaben an die öffentliche Hand. Der Staat soll sich kümmern und wenn es nicht funktioniert, dann war man wenigstens nicht schuld.

Es war – so meine ich – nicht immer so. Ich erinnere mich an meine Kindheit. Wenn im Sommer Gewitterwolken aufgezogen sind, dann sind wir Kids losgeflicht und haben die Heugabeln geholt. Es galt, dem Nebenerwerbslandwirt in der Nachbarschaft sein Heu zu Schochen aufzustapeln, bevor es nass wird. Mit Heuschochen sind die auf der Wiese zum Trocknen aufgeschichteten Heuhaufen gemeint.

Was ich meine, ist, dass damals keiner sagen musste, was notwendigerweise zu tun ist. Es war eh klar und man hat Erkenntnis in Handlung umgesetzt. Die Eigen- und die Mitverantwortung scheint in unserer Zeit vielen Menschen unbequem geworden zu sein.

Philipp Bagus | Ja, ich nenne das Staatskultur. Die Kultur ist maßgeblich durch den Staat und seine Eingriffe in das Leben der Menschen geprägt worden. Die Leute wurden abhängig gemacht vom Staat ...

Ralf M. Ruthardt | ... und haben sich abhängig machen lassen.



Philipp Bagus | Sie müssen die Steuern bezahlen und bekommt man dann wieder etwas zurück. Von Bismarck wird gesagt, er hätte die staatliche Rente eingeführt, damit die Deutschen loyal zum Deutschen Reich stehen. Er hat durch die staatlichen Sozialversicherungen die Arbeiter vom Staat abhängig gemacht. Er hat ihnen ihre Unabhängigkeit genommen.

Klar, die Arbeiter wollen natürlich, dass der Staat erhalten bleibt, wenn ihre Rente von ihm abhängt. Das ist bis heute so. Die Leute sind völlig abhängig geworden vom Staat. Und unser aktueller Sozialstaat in Deutschland ist ja noch viel größer als zu Bismarcks Zeiten. Man hat sprichwörtlich von der Wiege bis zum Tod mit dem Staat zu tun.

Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass mit dem Ausbau der Zuständigkeiten des Staats gleichzeitig die sozialen, horizontalen Verbindungen zurückgegangen sind. Dazu gehören die Familie, die Nachbarschaft – wie Sie das angesprochen haben. Damit nimmt sich der Einzelne mit der Übernahme von Verantwortung ganz selbstverständlich zurück. Infolgedessen sind die Menschen immer egoistischer geworden und haben ihre soziale Mitwirkung reduziert.

Ralf M. Ruthardt | Will man nach einer Therapie sucht, bedarf es zunächst einer Diagnose. Und eine Diagnose beinhaltet in der Regel, dass man nach einer Ursache sucht. Ist die Ursache jetzt eher darin zu sehen, dass Menschen, die in Regierungsverantwortung sind oder in Parlamenten sitzen, in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten den Staat präsenter gemacht haben? Wollte man willentlich eine Abhängigkeit erzeugen, wie Sie es am Beispiel Otto von Bismarcks gezeigt haben? Oder hatte es damit zu tun, dass Leute in Amt und Würde ja irgendwie auch eine Aufgabe brauchen und so das eine zum anderen kommt? Oder liegt es gar an der

tendenziellen Bequemlichkeit, die wir einzelnen Bürgerinnen oder Bürger haben?

Philipp Bagus | Ja, Sie haben natürlich auch recht, wenn Sie auf den Wohlstand hinweisen. Wenn es den Leuten gut geht, dass sie dann nicht so sehr auf die politische Entwicklung achten. Sie merken die Kosten des Staates natürlich auch nicht, denn sie hatten ein bedeutendes Wirtschaftswachstum. Da waren Produktivitätsfortschritte durch technologische Fortschritte, wie das globale Internet oder neuerdings die Künstliche Intelligenz. Ohne dieses Produktivitätswachstum wären wir Bürger durch das enorme Anwachsen des Staates absolut betrachtet spürbar ärmer geworden. Der Staat hat einen großen Teil des potenziellen Zuwachses an Wohlstand abgesaugt. Es ist wenig oder nichts beim nettosteuerzahlenden Bürger angekommen; nur der Staat ist größer geworden.

Wenn man einen gewissen Wohlstand hat und durch das Anwachsen der Staatsausgaben – zwar nicht ärmer wird, dann ist man jedoch weniger wohlhabend, als man hätte sein können. Daher gab es wenig Widerstand gegen das Wachstum des Staates, denn wir sehen ja nicht, wie viel reicher wir hätten sein können, ohne Staat. Wir können es nur erahnen.

Ralf M. Ruthardt | In den vergangenen Jahrzehnten hat der Produktivitätszuwachs dafür gesorgt, dass wir uns als Bürgerinnen und Bürger diesen Staat nicht willentlich geleistet haben, sondern es ist irgendwie so gekommen, weil wir einen aufgeblähten Staat durch die Zuwächse an Produktivität und schlussendlich an Steuereinnahmen leisten konnten. Und jetzt ignorieren wir notwendige Korrekturen und häufen Schuldenberge auf, die uns oder unseren Kindern erwartbar auf die Füße fallen werden.

Ja, viele Menschen haben sich ins Private zurückgezogen und wenden sich von politischen Fragen ab. Jedoch gibt es viele Leute, denen klar ist, dass es nicht ewig so weitergehen kann. Mindestens erkenne ich das in den vielen Gesprächen, die ich führe. Viele Menschen hinterfragen das, was uns Politik und weite Teile der Medien offerieren. Brauchen wir in Deutschland wieder mehr liberale Stimmen, damit wir die Staatsquote massiv und nachhaltig reduziert bekommen?

Philipp Bagus | In Deutschland beschleunigt sich die Abwärtsbewegung und ein Grund liegt in den negativen Auswirkungen des Staatswachstums. Gerade die Energiepolitik zeigt ja exemplarisch, dass dieses Agieren rund um wetterabhängige Energiequellen so für Deutschland nicht funktionieren kann. Vielleicht ist jetzt der Punkt erreicht, an dem viele Leute aufwachen und erkennen, dass es in die falsche Richtung läuft.

Da wird natürlich nach neuen Ideen zur Lösung der Herausforderungen gesucht. Wir haben es ja bei Javier Milei in Argentinien erlebt. Die Leute haben sich quasi für einen Revolutionär entschieden und erwarten, dass er das radikal umsetzt, was er an liberalen Ideen im Wahlkampf erklärt hat. Klar, Javier Milei verkauft sich gut und das ist natürlich auch wichtig. Denn die Linken haben den Kampf der Narrative in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich geführt und für sich gewonnen. Wir sehen es ja auch in Deutschland, an den Narrativen, dass die Reichen immer reicher werden auf Kosten der Armen. Oder daran, dass Unternehmer nur wenig Wertschätzung erfahren. Immer klingt bei den Linken durch, dass Gewinne nur auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter möglich seien. Es ist ein marxistisches Narrativ und doch ist es in der Gesellschaft weit verbreitet.

Die Liberalen, das muss man ganz nüchtern

konstatieren, sind im Kampf der Ideen in den vergangenen Jahrzehnten nicht erfolgreich gewesen. Die Linken haben es geschafft, die öffentliche Meinung maßgeblich zu bestimmen. Schlussendlich auch durch Instrumente wie eine effektive Kontaktschuld. Mit dieser zwingt man die Leute, die Gegenargumente erst gar nicht vorzutragen, sondern um seine Reputation fürchtend die Narrative widerstandslos hinzunehmen.

Ralf M. Ruthardt | Man gestatte mir eine weitere Hypothese. Während die Liberalen womöglich viel Zeit dafür aufbringen, ihre volkswirtschaftlichen Modelle wissenschaftlich zu argumentieren, haben es die Menschen auf der linken Seite mit sozialistischen Tendenzen einfacher. Denn die Umverteilung von bereits erwirtschaftetem Wohlstand ist einfacher, als einer Gesellschaft den Wohlstand als solchen zu bringen.

Philipp Bagus | Ja, generell ist – und das hat auch Milei gesagt – der Liberalismus eine Sache von Thinktanks und Stiftungen. Viele davon scheuen sich oder sind zu schüchtern, ihre Ideen in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Ja, man muss die Ideen selbstbewusst an die Öffentlichkeit tragen und auch so kommunizieren, dass viele Leute es verstehen können.

Nach dem Fall der Mauer war die Erkenntnis, dass der Kapitalismus effizienter als der Sozialismus ist, da. Man könnte sich daran erinnern, dass es bei der Effizienz letztlich um die Fragen von Armut oder Wohlstand oder von Verhungern oder Überleben geht. In jedem Fall führte der Sozialismus in die absolute Armut. ...

Ralf M. Ruthardt | ... aber ist der Kapitalismus nicht ungerecht?

Philipp Bagus | Genau, das Argument haben die Linken, vor allem nachdem das ökonomische





mische Versagen des Sozialismus nach dem Fall der Mauer offensichtlich war, gebracht. Die Armen würden im Kapitalismus ausgebeutet. Er wäre nicht sozial gerecht. Das ist völlig falsch. Vielmehr ist der Kapitalismus nicht nur das einzig wirksame System, um möglichst vielen Menschen Wohlstand zu ermöglichen. Der Kapitalismus ist auch das einzig gerechte System, da er auf freiwilliger Kooperation beruht. Der Sozialismus hingegen basiert auf Neid, Missgunst und Ressentiments. Mit Gewalt von den einen nehmen und den anderen geben, ist eben nicht gerecht. Vielmehr ist es total ungerecht. Milei hat es verstanden, dieses Argument und diese Erfahrungen zu verkaufen. Die Liberalen sollten mehr hinsichtlich der Moral und Ethik argumentieren, weil jedes System natürlich auch eine moralische Rechtfertigung benötigt.

Die Marktwirtschaft braucht das ebenfalls, und die Linken haben ihre moralische Rechtfertigung systematisch über Jahrzehnte unter Volk gebracht und dadurch kam es zu diesen langfristigen Tendenzen hin zu mehr Staat.

Ralf M. Ruthardt | Wenn man in die eine oder andere Publikation des Ökonomen Friedrich August von Hayek reinschaut, dann findet man sehr wohl solche Sätze, die eine moralische Rechtfertigung definieren. Da ist dann von Bescheidenheit die Rede und man findet das Wort Demut und so weiter und so fort. Also, es scheint im Liberalismus durchaus einen moralischen Unterbau zu geben, der womöglich in der Kommunikation in die Allgemeinheit völlig untergeht. Vielleicht auch deshalb, weil es – wie in jedem System – das ein oder andere negative Vorbild gab.

Und noch eine Hypothese: Während der Kapitalismus im Allgemeinen für mehr Wohlstand sorgt, wird die Sozialdemokratie ab und an gebraucht, um überbordende wirtschaft-



liche Ungerechtigkeiten auszugleichen. Ich denke da an Berlin 1864, wo die Arbeiterfamilien zum dritten Mal ihre Kartoffelschalen auskochen mussten, weil nichts zum Essen da gewesen ist.

Während die Sozialdemokratie um Ausgleich im Miteinander bemüht ist, führt der Sozialismus eine Gesellschaft in ein destruktives Moment – und legt das Gemeinwesen in Schutt und Asche. Dann braucht es wieder den Kapitalismus, um eine Gesellschaft zu Wohlstand zu bringen. Nun, das ist ein wenig infantil beschrieben.

Philipp Bagus | Da möchte ich Ihnen widersprechen! – Das Normale in der Menschheitsgeschichte war Armut. Bittere Armut. Hungersnöte waren vor mehr als 200 Jahren an der Tagesordnung. Was hat die Menschen aus der Massenarmut geführt? Das war der Kapitalismus. Es waren die Ideen der Freiheit. Die haben zur industriellen Revolution geführt und dafür gesorgt, dass Menschen dann die Kartoffelschalen nicht mehrmals aufkochen mussten.

Fakt ist, dass die Reallöhne im 19. Jahrhundert kontinuierlich gestiegen sind und dazu geführt haben, dass die Kindersterblichkeit enorm gesunken ist. Schauen Sie sich die Entwicklung der Weltbevölkerung seit Beginn der industriellen Revolution an.

Ja, die Sozialisten erzählen natürlich, dass die Gewerkschaften dafür gekämpft haben, dass die Auswüchse korrigiert wurden. Nein, die Kinder haben im Mittelalter immer auf dem Hof gearbeitet. Die haben auch Tag und Nacht, oder die haben jeden Wochentag auf dem Land gearbeitet. Sie sind dann freiwillig in die Städte gezogen, weil sie da ein geregeltes Einkommen hatten, wo nicht ihr Einkommen vom Wetter abhing. Die Realeinkommen sind zwar anfangs auf einem sehr niedrigen Niveau gewesen. Da wird man

immer Episoden von großer Armut finden, wie die von Ihnen angesprochenen Verhältnisse in den Arbeiterfamilien von 1864. Aber auf lange Sicht ist der Wohlstand natürlich enorm angestiegen. Denken wir an die Annehmlichkeiten von Heizung, Hygiene und medizinischer Versorgung. Von 1800 bis heute – das ist doch eine enorme, positive Entwicklung. Es ist ein historischer Irrtum zu glauben, wir bräuchten die Sozialdemokratie, um irgendwelche Auswüchse zu bekämpfen.

Ralf M. Ruthardt | Bedeutet, dass der Kapitalismus nicht die Sozialdemokratie oder den Sozialismus und auch kein anderes konkurrierendes Gesellschaftsmodell benötigt. Er ist in sich selbst wirksam. Habe ich Sie so richtig verstanden?

Philipp Bagus | Ja, der Kapitalismus ist eine Marktwirtschaft, in der auch gespart wird. Dadurch wird Kapital akkumuliert. Diejenigen, die nicht ihr ganzes Einkommen konsumieren, sind nicht nur die Reichen, sondern das sind eben auch Leute aus der Mittelschicht und Unterschicht. Diese „Kapitalisten“ sparen und dadurch kommt es zur Kapitalakkumulation. Diese führt dazu, dass die Produktivität steigt, was dazu führt, dass die Reallöhne steigen. Ja, also jeder, dem die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, der muss konsequenterweise Kapitalist sein.

Ralf M. Ruthardt | Können Sie bitte auf die Kapitalakkumulation nochmals eingehen?

Philipp Bagus | Durch die Kapitalakkumulation wird die Arbeit produktiver. Wenn wir zum Beispiel an einen indischen Landwirt in sehr ländlichen Gebieten denken: Da zieht womöglich ein Ochse den Pflug. Durch Sparen und Kapitalakkumulation, also die Ansammlung von Kapital, kann ein Traktor zum Einsatz gebracht werden. Der fährt dann GPS-gesteuert und zieht dabei einen Pflug mit heutzutage bis zu 20 Pflugscharen. Es ist



erkennbar, dass dadurch die Produktivität steigt und damit das Einkommen.

Ralf M. Ruthardt | Womöglich ist der Begriff „Kapitalist“ in weiten Teilen unserer Gesellschaft durch permanentes Framing so negativ besetzt, dass die eigentliche Bedeutung kaum mehr präsent ist.

Philipp Bagus | Es kommt – um beim Beispiel zu bleiben – ja noch dazu, dass der Landwirt nicht mal selbst das Kapital ansparen muss. Sein Reallohn steigt auch dann, wenn Fremdkapital zum Einsatz kommt.

Ralf M. Ruthardt | Okay, hier sprechen wir vom Leverage-Effekt; also die Produktivität und damit einhergehend die Chance auf Gewinn ist höher, als der Zins, der für das fremde Kapital aufzubringen ist. Das hört sich nach Günter Wöhles „Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“ an – jetzt in der 28. Auflage erhältlich. (lacht)

Halten wir fest: Das Einkommen des besagten Landwirts wird steigen, wenn er produktiver seine Arbeit verrichten kann.

Bitte lassen Sie uns, lieber Herr Bagus, einen Gedankensprung machen und über die Lehren eines Friedrich August von Hayek und anderer aus der Österreichischen Schule sprechen.

Philipp Bagus | Hayek hat ein schönes Büchlein verfasst: „Capitalism and the Historians“. Da spricht er über die industrielle Revolution und wie die Arbeiter immer wohlhabender wurden. Es geht um das, was ich soeben ausgeführt habe.

Hayek ist jemand, der gut erklärt, wie der dynamische Marktprozess funktioniert. Es geht darum, wie kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert und warum gegenteilige Modelle nicht funktionieren können.

Im dynamischen Marktprozess versuchen immer Unternehmer, Gewinnmöglichkeiten zu entdecken, um die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen besser zu befriedigen als ihre Wettbewerber. Sprich: bessere Güter oder Dienstleistungen zu günstigeren Preisen.

Sie orientieren sich an Informationen über die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen. Wenn die Unternehmer richtig liegen, haben sie Gewinn. Und wenn sie falsch liegen, schreiben sie Verluste. Im Sozialismus, also in der Planwirtschaft, entscheidet der „Staat“ für die gesamte Wirtschaft oder für Teilbereiche wie die Energie, die Bildung oder das Gesundheitswesen, was wie produziert wird.

Ralf M. Ruthardt | Es ist unschwer erkennbar, dass das nicht funktionieren kann. Es ist kaum bewältigbar, die von Ihnen genannten Informationen über die Bedürfnisse zu sammeln und zu verarbeiten. Zudem fehlen die wettbewerblichen Alternativen, von denen sich welche durchsetzen und andere eben nicht. Außerdem spielt der Faktor Ressourceneinsatz und Zeit eine Rolle: Sprich, ein freier Markt ist weitgehend agil, also reaktionsschnell.

Philipp Bagus | Genau. Das erforderliche Wissen kommt erst im Marktprozess zustande, und das ist eben, was Hayek gezeigt hat, die Bedeutung dieses unternehmerischen Wissens. Der Sozialismus scheitert alleine schon wegen eines Wissensproblems. Er kann nicht wissen, was in welcher Quantität und Qualität hergestellt werden soll.

Ralf M. Ruthardt | Wir erinnern uns an die vergangene Regierung, die sogenannte Ampelkoalition. Lassen Sie uns für einen Moment auf die Energiewende fokussieren. Kann man davon sprechen, dass es im Grunde genommen sozialistische Methoden waren, mit denen die Bundesregierung hier zugange gewesen ist?

Philipp Bagus | Auf jeden Fall. Das ist Planwirtschaft. Hayek hat von verhängnisvoller Anmaßung gesprochen. Hier ist es die Anmaßung von Wissen, welches die besten Energiequellen sind, wann geeignete Speicherkapazitäten verfügbar sind ...

Ralf M. Ruthardt | ... und ging so weit, dass Unternehmen gefälligst nur produzieren sollten, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Zugleich haben sich die regierenden, also staatlichen Akteure, für eine Arbeitswoche mit vier Tagen ausgesprochen und alle möglichen Regularien im Kopf gehabt, bei denen die Verfügbarkeit von Energie überhaupt nicht zu den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen eines produzierenden Unternehmens passt. Infantil. Geradezu seltsam, also nicht begreiflich.

Philipp Bagus | Eine der Antworten bei der Energiewende hätte – ganz im Sinne Hayeks – die Technologieoffenheit sein müssen. Am Markt muss ergebnisoffen herausgefunden werden, welche Technologien wie zum Einsatz gebracht werden können. Und man sieht es ja: Die deutsche Energiepolitik ist ein Alleingang! Die Regierung lag völlig falsch. Während andere Länder auf die Atomkraft setzen, ist in Deutschland keine Antwort zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit gegeben. Vom hohen Strompreis mal ganz abgesehen.

Welche Risiken mit einer staatlich verordneten Energiewende einhergehen, hatten wir vor einiger Zeit in Spanien erlebt: ein Blackout mit allen Konsequenzen. Wirtschaftlicher Schaden. Und Menschen sind dabei leider auch zu Schaden gekommen. Dieses staatliche Lenken ist natürlich purer Sozialismus.

Ralf M. Ruthardt | Wir greifen zum Schluss dieses Beispiel auf: Der Blackout in Spanien und Portugal. Ich habe in der deutschen Medienlandschaft, insbesondere bei den



öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten (ÖRR), recherchiert. Ich bin für mich zum Ergebnis gekommen, dass insbesondere der ÖRR – ganz dem Vorurteil, Mainstream zu sein – den Blackout mit einer unangemessenen Leichtigkeit kommuniziert hat. Es hat in manchen Beiträgen geradezu nach einem Event ausgesehen. Da haben Journalistinnen und Journalisten mit einem Lächeln auf den Lippen darüber gesprochen, wie sich die Menschen behelfen und dass es da und dort zu fröhlich-surrilen Szenen gekommen sei. Es wurde berichtet, dass ein Dorf in Spanien den Stromausfall nicht spürte; was im Kontext von Millionen Betroffener irgendwie irritierend anmutete.

Mein Eindruck war, dass besagte Mainstream-Medien eher wenig über die Ursachen und Auswirkungen gesprochen haben. Dass beispielsweise allein an den Schlachthöfen Tausende von Tonnen Fleisch kaputtgegangen sind, weil die Kühlanlagen ausgefallen sind und der Schaden bei 180 Millionen Euro lag, konnte ich der Auslandspresse, der Fachpresse oder sogenannten alternativen Medien in Deutschland entnehmen.

Mir scheint, als ob komplexe oder komplizierte Zusammenhänge in sozialistischen Gesellschaftssystemen wenig zur Sprache gebracht werden. Man konzentriert sich auf einfache Botschaften und wendet ein seinen politischen Interessen entsprechendes Framing an. Ganz nach dem Motto, den Leuten so lange Sand in die Augen streuen – bis überraschte und entsetzte Bürgerinnen und Bürger sich die Augen reiben.

Philipp Bagus | Der Blackout hat hohe wirtschaftliche Kosten mit sich gebracht und es hat Tote gegeben. Die Ampeln sind ausgefallen. Infolgedessen gab es Verkehrsstaus und Menschen konnten nicht rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht werden.



Ja, Sie haben da einen Punkt getroffen. Ich glaube auch, dass die liberalen Ideen in der Kommunikation besser verpackt werden müssen. Das ist eine große Kunst, weil es steht ja was Komplexes dahinter.

Nehmen wir Javier Milei. Er hat diese Fähigkeit, sehr komplexe Ideen allgemein verständlich rüberzubringen, *ohne* sie so zu vereinfachen, dass sie nicht mehr der Wahrheit entsprechen würden. Das ist natürlich sehr wichtig, dass man da nicht aufgrund der Vereinfachung etwas unter den Tisch fallen lässt.

Mit Milei sollte man daher sagen: Weniger Staat und mehr Freiheit bedeutet mehr Wachstum. Oder, dass der Staat das Problem ist. Das ist natürlich eine sehr komprimierte Form der Theorie.

Ralf M. Ruthardt | Dann könnten wir doch zum Schluss sagen, dass wir in Deutschland und darüber hinaus eine liberale Renaissance benötigen. Wenn wir diese als Gesellschaft wollen, dann bekommen wir diese auch hin. Wir verfügen über positive Beispiele: Nehmen wir die Abschaffung des Postministeriums Anfang 1995. Heute haben wir eine erfolgreiche Deutsche Telekom AG im Bereich Telekommunikation und bei Paket- und Brieflogistik sehen wir die Erfolge einer DHL. Zum Zeitpunkt der Transformation war es jedoch eine Kraftanstrengung. Da mussten Zehntausende Menschen bei vollen Bezügen zu Hause bleiben – weil es eben neuer Prozesse und Strukturen bedurfte. Nein, auf die Deutsche Bahn gehe ich an dieser Stelle nicht ein – diese scheint mir eher ein „sozialistisches“ Unternehmen zu sein, welches nicht wirklich „am Markt“ frei agiert bzw. frei agieren darf.

Philipp Bagus | Ja, die Transformation einer Staatsgesellschaft in eine freie Gesellschaft ist natürlich ein interessanter Prozess. In Deutschland könnten viele Behörden ganz einfach aufgelöst werden, wie in Argentinien,

wo über 200 Behörden aufgelöst wurden. Bei vielen würde man nicht merken, dass es sie nicht mehr gibt.

Um mit Milei zu sprechen, da muss man mit der Kettensäge ran. Und wenn man zu viel wegschneidet, dann merkt man es und korrigiert es.

Ralf M. Ruthardt | Wir nehmen die „Kettensägen“ als Schlusswort und lassen das genauso stehen. Herzlichen Dank für das Gespräch.



Prof. Dr. Philipp Bagus

ist Professor für Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid.

Er ist Autor eines Buches zum isländischen Finanzkollaps („Deep Freeze: Island’s Economics Collapse“ mit David Howden). Sein Buch „Die Tragödie des Euro“ erschien in 14 Sprachen.

Gemeinsam mit Andreas Marquart ist er Autor von „Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden ... und welche Rolle der Staat und unser Papiergeld dabei spielen“ sowie „Wir schaffen das – alleine“. Im September 2024 erschien sein Buch „Die Ära Milei“.

<https://philippbagus.de/de>

Die Sehnsucht nach **Freiheit** und die Bereitschaft zur **Eigenverantwortung**.

„Der Protagonist denkt über die Lage in Deutschland nach. Das hat Konsequenzen.“

Prof. Dr. Werner J. Patzelt
Politikwissenschaftler

„Dieser Roman ist wichtig, den er gibt den Blick in die Mitte der Gesellschaft frei.“

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas
hat den Roman ins Spanische übersetzt (Fundalib, Madrid)

Das laute Schweigen des Max Grund

Roman von Ralf M. Ruthardt
Edition PJB
ISBN 978-3982574905
Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch





„Wir verlieren das Wir“

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Stephan Grünewald



Illustration: Ralf M. Ruthardt

„Wir verlieren das Wir“ – die neue Verbundenheitsstudie des Rheingold-Instituts alarmiert: 89 Prozent der Deutschen erleben einen Verlust des Gemeinschaftsgefühls. Zwei Drittel misstrauen demokratischen Institutionen. Diese Entwicklung birgt Sprengkraft – nicht nur für die politische Stabilität, sondern auch für das gesellschaftliche Miteinander. Was steckt hinter dieser tiefen Entfremdung? Wo liegen die Ursachen für den Vertrauensverlust – und welche Wege führen heraus aus der Krise?

Darüber spricht Ralf M. Ruthardt, der Herausgeber des Magazins *MITMENSCHENREDEN* mit Stephan Grünewald, Psychologe, Bestsellerautor und Leiter des Rheingold-Instituts, der in seiner aktuellen Studie und seinem Buch aufzeigt, wie sich gesellschaftliche Spaltungen schließen und ein neues Wir-Gefühl entstehen kann.

Ralf M. Ruthardt | Es ist mir ein Anliegen, Erkenntnisse aus der Verbundenheitsstudie des Rheingold-Instituts vom Juni 2025 zu besprechen. Einige der Zahlen lassen aufhorchen – und bestätigen womöglich die eine oder andere Befürchtung.

Nun, es freut mich sehr, lieber Stephan Grünewald, mit Ihnen als Leiter des Instituts sprechen zu dürfen. Ihre Studie zeigt einen dramatischen Vertrauensverlust in die staatlichen Institutionen und ein brüchiges Wir-Gefühl. Was hat sich in den letzten Jahren so gravierend verändert, dass knapp 90 % der Menschen einen Verlust von Verbundenheit empfinden?

Stephan Grünewald | Wir erleben eine Grundbewegung. Angesichts der Vielzahl der Krisen ziehen sich die Menschen zusehends ins Private zurück. Menschen spalten ihre Welt auf: Einerseits in eine private Eigenwelt, die überschaubar ist und die man unter Kontrolle hat. Da herrscht eine große Zuversicht, wie bereits unsere Zuversichtsstudie vor zwei Jahren gezeigt hat. Laut der blicken 87 % ganz zuversichtlich in ihre private Zukunft. Andererseits: nur 23 % blicken mit Zuversicht auf Politik und Gesellschaft. Man sieht hieran diese Aufspaltung der Welten. Und die Welt „da draußen“ ist gekennzeichnet von Dauerkrisen. Das will man daher ausblenden und

spannt einen Verdrängungsvorhang zwischen der eigenen Welt und der Außenwelt.

Ralf M. Ruthardt | Diese Unterscheidung bleibt nicht ohne Folgen ...

Stephan Grünewald | ... ja, man erkennt eine gesteigerte Selbstbezüglichkeit. Die Zuversicht entsteht durch Selbstoptimierung. Man betreibt beispielsweise Sport und hegt und pflegt die privaten Wohlfühloasen.

Damit sind wir jetzt bei einem zentralen Verbundenheitsthema. Ich nenne es das soziale Bollwerk. Die Menschen beschreiben uns, dass sie – nochmals verstärkt durch die Corona-Zeit, wo eine Menge an Kontaktregulierung und Minimierung angesagt war – angefangen haben, ihre Freundeskreise zu sortieren. All diejenigen, die eine andere Meinung vertreten oder die anstrengend sind, werden aussortiert. Dadurch entsteht eine zunehmende Hermetik im Sozialen – eine Art Wagenburg-Mentalität.

Das ist natürlich Gift für ein Miteinander. Da werden Menschen plötzlich nicht mehr mit einbezogen, was viele Kränkungen erzeugt. Wieso werde ich nicht mehr eingeladen? Wieso bin ich in den Gesprächsforen nicht mehr dabei? Gleichzeitig erleben wir in den sozialen Bollwerken eine fundamentalistische



Tendenz. Man schließt die eigenen Reihen, indem man immer entschiedener wird. Das heißt, wir haben Solidarität nur noch jeweils in den Silos. Ich spreche daher von der „Silodarität“, die die Solidarität abgelöst hat.

Ralf M. Ruthardt | Wie findet der Austausch zwischen den Silos statt? Dieser ist ja wichtig, damit wir als Gesellschaft im Gespräch und im Diskurs bleiben.

Stephan Grünewald | Die Silos sind nicht mehr in einem Austausch. Das, was wir früher als Streitkultur hatten, ist verloren gegangen. Früher haben sich die Leute bei einem gemeinsamen Bier in der Kneipe kontrovers die Köpfe heißgeredet. Dabei war klar, dass man sich respektiert. Man ist kontrovers in der Meinung, aber es gibt ein Grundwohlwollen und einen Grundrespekt dem anderen gegenüber.

Die Philosophin Dr. Svenja Flaßpöhler hat ein kleines und, wie ich finde, sehr lesenswertes, weil sehr persönliches Büchlein geschrieben. „Streiten“ heißt das Buch. Darin markiert sie den Unterschied zwischen Gegnerschaft und Feindschaft. Nehmen wir nochmals den Sport. Da gibt es Gegner, aber da gibt es auch Spielregeln. Nach einem Spiel klatscht man sich ab oder umarmt sich. Dann kann man ein paar Wochen später wieder gegeneinander antreten. Als Gesellschaft sind wir sozusagen im Übergang von der Gegnerschaft in eine Feindschaft.

Ein Blick unserer Studien in die östlichen Bundesländer zeigt: Wenn man in Leipzig oder Dresden unterwegs ist, trifft man auf ein studentisches Milieu, das stolperfrei gendern kann und sich vegan ernährt. Es ist eher grün oder links orientiert. Jenseits dieses Milieus sind Jugendliche, die stramm für die AfD eintreten. Aber es gibt überhaupt keine Möglichkeiten mehr, dass die beiden Gruppen miteinander ins Gespräch kommen.

Ralf M. Ruthardt | Das erinnert mich an ein Interview mit Katrin Henneberger (Magazin *MITMENSCHENREDEN Ausgabe 2025-03*), welche für DIE GRÜNEN bis 2025 im Bundestag saß. Es war ein inspirierendes Gespräch, für das ich sehr dankbar bin. Katrin Henneberger sagte damals sinngemäß, dass AfD-Wählern nicht verziehen werden könne. Vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen zu den Silos, lieber Herr Grünewald, erscheint mir die Aussage der Klimaaktivistin und Politikerin als Bestätigung eines mangelnden Austauschs.

Es war ja in Ihrer Studie auch die Rede von einem latenten oder gar schon verfestigten Misstrauen. Dies sei quasi Wasser auf die Mühlen von radikaleren Parteien. Muss man die Feststellung treffen, dass im Grunde genommen die sogenannten etablierten Parteien und weite Teile der Medien gänzlich versagt haben? Haben diese mit der Art und Weise ihres Agierens es erst überhaupt möglich gemacht, dass dieser Vertrauensverlust und dieses Misstrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern aufgekommen sind? Das Gefühl, missverstanden zu werden. Das Erkennen von Ungerechtigkeit, die man nicht mehr aushalten kann.

Stephan Grünewald | Ich würde von einer Mitverantwortung sprechen. „Gänzlich versagt“ klingt ein bisschen nach einem „Sündenbock“. Diese Mitverantwortung betrifft nicht nur die Institutionen oder die Medien, sondern auch jeden Einzelnen in der Gesellschaft.

In meinem Buch beschreibe ich die Gesamtgemengelage, die zu dem Vertrauensverlust geführt hat. Damit meine ich den Rückzug ins private Schneckenhaus und die damit verbundene wachsende Selbstbezüglichkeit. Auch die damals von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende hat, psychologisch betrachtet, nicht stattgefunden. Die Menschen haben sich vielmehr in einer

Art „Nachspielzeit“ eingerichtet. Sie fahren auf Sicht und hoffen, dass die bekannte Welt noch ein paar Monate so bleibt, wie man sie kennt.

Das, was ich als Verlust der Streitkultur erlebe, ist sicherlich auch in der Medienlandschaft feststellbar. Natürlich kann in Deutschland alles gesagt werden. Aber wir haben in bestimmten Redaktionen so etwas wie eine Homogenisierung der Meinungen. Wobei ich aktuell das Gefühl habe, dass da jetzt gegengesteuert wird. Auch in Deutschland vollzieht sich eine Rollback-Bewegung – allerdings viel moderater als in Amerika. Mit der CDU sind jetzt wieder eher konservative Kräfte mit in der Regierung, die vorher ein bisschen hintenanstanden.

Ralf M. Ruthardt | Im Rahmen meiner Recherchen für meine Romane „*Das laute Schweigen des Max Grund*“ und „*Untergang der GREEN*“ bin ich mit vielen Menschen auf der Straße ins Gespräch gekommen. Dabei festigte sich ein Eindruck: Es gibt zu viele Leute, die keinerlei Druck im Berufsalltag haben, was beispielsweise den Auftragseingang oder das Erbringen einer bestimmten qualitativen oder quantitativen Leistung anbelangt. Es gibt zu viele Menschen, die überhaupt keine Vorstellung davon haben, was für einen Unternehmer ein Zahlungsausfallrisiko bedeutet. Ein großer Teil der Berufstätigen ist oder scheint in der Selbstwahrnehmung sicher versorgt durch seinen Alltag zu gehen. An diesem Punkt stelle ich fest, dass die Berufstätigen oder Unternehmer, die die vorgenannten Risiken kennen und damit umgehen müssen, die andere Gruppe zunehmend nicht mehr aushalten wollen.

Viele Haushalte bekommen aus Steuermitteln oder aus Sozialversicherungsbeiträgen ihre Arbeitsleistung bezahlt. Eine relativ geringe Anzahl von Nettosteuerzahlenden



– ich weiß, der Begriff wird unterschiedlich definiert – trägt unser Gemeinwesen und diese finden sich politisch kaum wieder. – Kann man meinen Vergleich nachvollziehen? Taugt das von mir gewählte Bild für einen Diskurs?

Stephan Grünewald | Was Sie beschreiben, sehe ich so: Wenn ich werktätig bin oder auf Aufträge angewiesen bin, dann spüre ich die Not des Lebens und muss agieren. Als Gesamtgesellschaft sind wir jedoch in der „Ära Merkel“ in eine Versorgungshaltung reingeraten. Die „gute Mutter“ wird’s schon richten.

Wir brauchen uns nicht um politische Streitfragen zu kümmern, denn es ist sowieso alles alternativlos. Dem Grund nach ist das damals auch von Olaf Scholz kommuniziert worden: Einerseits spricht er in einer Ruckrede von der Zeitenwende und als Gesellschaft stellen wir uns auf neue Zeiten ein. Jetzt müssen wir raus aus der Komfortzone, jetzt müssen wir Einbußen auf uns nehmen. Jetzt müssen wir uns anstrengen. Aber ein paar Tage später spricht Olaf Scholz vom „Doppel-Wumms“. Mit dem „Doppel-Wumms“ ist die Vorstellung verbunden, dass es eine riesige Finanz-Bazooka gibt und damit alle Probleme abgeräumt werden. Im Moment erleben wir das ansatzweise auch unter Friedrich Merz. Zunächst war mit Merz das Gefühl verbunden, jetzt werde umgesteuert oder erneuert. Man würde die Probleme aus einer anderen Richtung anpacken. Aber was ist eine der ersten Handlungen gewesen: Ein riesiges Sondervermögen.

Ralf M. Ruthardt | Eigentlich märchenhafte Erzählungen, die man uns als Bürgerinnen und Bürgern wiederholt auftischt ...

Stephan Grünewald | Lassen Sie uns drei Symbole aus dem Märchen „Tischlein deck dich“ aufgreifen. Das Tischlein versinnbild-



licht den Harmonisierungswunsch, den wir in Deutschland vorfinden. Der Wunsch, an einem von Mutter gedeckten Tisch zu sitzen, an dem wir alle gut versorgt werden. Es geht uns gut, wir verstehen uns prächtig und es herrscht Freude und Sonnenschein.

Der „Knüppel aus dem Sack“ weist jedoch darauf hin, dass es gerade in Krisensituationen einer Entschiedenheit bedarf. Wir müssen das, was falsch läuft, ansprechen und abstrafen. Ja, das kann schmerzlich sein.

Und dieses dritte Symbol ist der Goldesel. Ich glaube, dass die Menschen zwar spüren, dass ein „Knüppel aus dem Sack“ notwendig ist, um mit diesen überbordenden Zukunftsproblemen klarzukommen. Sie hoffen jedoch zugleich, dass der Tisch gedeckt bleibt. Man könnte sagen, dass die Leute darauf setzen, dass der Goldesel dann doch noch den Knüppel ersetzen kann.

Ralf M. Ruthardt | Können wir sogar sagen, dass viele Menschen hoffen, dass der Goldesel wenigstens noch so lange taugt, bis quasi ihr Dasein sowieso vollendet ist?

Stephan Grünewald | Ja, genau das ist es, was ich mit Nachspielzeit meinte. Wir sind nicht in einer Aufbruchstimmung, sondern wir spielen auf „halten“ und unser Zeithorizont geht maximal ein Jahr nach vorne – danach kann dann ruhig die Sintflut kommen und bis dahin wollen wir noch gut leben.

Ralf M. Ruthardt | Ich mag noch einen anderen Begriff einführen: „Opfer“. Meine These ist, dass viele Menschen zur Spende bereit sind. Sie geben ein Stück ihrer überflüssigen Zeit, einer überflüssigen Eitelkeit oder ihrer überflüssigen finanziellen Möglichkeiten. Jedoch zu einem Opfer ist kaum einer bereit. Ich möchte das weit gefasst verstanden wissen und dazu drei Beispiele machen.

Nehmen wir das große gesellschaftspolitische Thema der Rentenversicherung. Gibt es die Bereitschaft, dass verbeamtete Menschen durch ihre Interessenverbände auf eine Absenkung der Pensionen drängen? Also zu einem Opfer bereit sind?

Gibt es Gewerkschaften, die das Ungleichgewicht zwischen Großkonzernen und mittelständischen Unternehmen oder Handwerksbetrieben bei den Gehältern würdigen und für die Subunternehmer oder Lieferanten der – geradezu sozialistisch funktionierenden – Konzerne eintreten, damit dort angemessene Entgelte bezahlt werden? Ist doch den Gewerkschaften erkennbar egal, wenn ihre Mitglieder hauptsächlich in den großen Konzernen sitzen, und was schert sich die IG Metall um die Handwerker?

Oder nehmen wir politische Mandatsträger – die Steuergelder in den sprichwörtlichen Sand setzen und anschließend nicht den Anstand oder die Bereitschaft zum „Opfer“ haben, von Amt oder Mandat zurückzutreten.

Stattdessen wird Bürgerinnen und Bürgern nicht für einen Neuanfang oder eine Reorganisation, sondern für ein destruktives „weiter so“ das Geld aus den Taschen gezogen.

Ich muss mein Bild weiter strapazieren: Ich würde es – gemeiner Bürger, der ich bin – als Opferbereitschaft sehen, wenn im Bundeskanzleramt Shared Desks eingeführt würden. Sprich, keine personifizierten Einzelbüros, sondern Großraumbüros oder wenigstens Büros für zwei Mitarbeitende. Ich würde es als Opferbereitschaft der Politik empfinden, wenn die Anzahl der parlamentarischen Staatssekretäre sich halbieren würde. Braucht es mehr Beispiele für Opferbereitschaft?

Stephan Grünewald | Der gemeinsame Nenner all Ihrer Beispiele ist die Idee der Gerechtigkeit. Zu Opfern sind die Menschen

nur bereit, wenn sie das Gefühl haben, dass alle an diesem „Opferstrang“ ziehen und es dadurch gerecht zugeht. Als das Bundesverfassungsgericht diesen Rückstellungskredit aus der Corona-Zeit für unzulässig erklärt hat, wollte die Politik die benötigten Milliarden Euro durch Kürzungen der Agrarsubventionen von den Landwirten holen. Die Bauern hatten das Gefühl, dass sie es ausbaden müssen, was Politik nicht auf die Reihe bekommen hat. Deshalb ist es zu den Protesten gekommen.

Ein Gegenbeispiel ist die Energiekrise während der Ampelregierung. Da war klar, dass es um Existenzielles geht und wir das nur gemeinsam bewältigen können. Jeder hat an seinem Platz Energie gespart – und das hat ja auch funktioniert. Am Ende haben wir in Deutschland etwa 20 % gespart und alle hatten das Gefühl, ihren Beitrag geleistet zu haben und Politik ihren Job gemacht hat und sich um LNG-Terminals gekümmert hat.

Ralf M. Ruthardt | Um im Bild zu bleiben bedeutet dies, dass – wenn es gerecht zugeht – die Leute zum Opfer bereit sind und dadurch wieder Verbundenheit entsteht.

Stephan Grünewald | Während der Energiekrise hatten wir eine viel größere Verbundenheit, weil wir gemeinsam einem Schicksal getrotzt haben. Das heißt, die Idee der Gerechtigkeit ist eine flankierende Bedingung für Verbundenheit, was ich unter anderem in meinem Buch ausführlich beschreibe. Es muss die Notwendigkeit, also eine greifbare Not, von den Menschen erkannt werden, damit die Leute in eine Wende kommen. Opferbereitschaft bedingt, dass sie mit einem sinnvollen Ziel verbunden wird.

Ralf M. Ruthardt | Die Gerechtigkeit als eine wichtige flankierende Maßnahme und die Sinnhaftigkeit als Bedingung für Opferbereitschaft – das lassen wir als Erkenntnis so





stehen. Jetzt lassen Sie uns bitte noch auf Mehrwerte eingehen, die durch Verbundenheit geschaffen werden.

Stephan Grünewald | Es ist faszinierend, was Verbundenheit schafft. Ich spreche über einen dreifachen Mehrwert. Zunächst ist da die Aufgehobenheit. Einmal im Sinne von Geborgenheit. Ich fühle mich sozusagen von wunderbaren Mächten geborgen; als Teil einer großen Gemeinschaft. Das zweite Momentum von Aufgehobenheit: Ich fühle mich als Person gesteigert und erhoben: Das Ganze ist mehr als die Summe ihrer Teile. Man sieht es bei den Fußballturnieren, wenn alle ihre Fahnen schwenken und der Einzelne vom Zusammengehörigkeitsgefühl getragen über sich hinauswachsen kann.



Das dritte Momentum der Aufgehobenheit ist, dass sich meine Individualität aufhebt. Als Einzelner erlebe ich so eine Art von Diffundierung. Das ist mitunter das, weshalb Menschen die Verbundenheit scheuen. Das Gefühl zu haben, man schwimmt so in einer

Masse rum und ist selbst so seltsam konturlos. Man nivelliert sich oder man hebt sich quasi auf. So lässt sich „der Stachel“ gegen die Verbundenheit beschreiben. Aber da ist eben auch dieses ozeanische Gefühl, aufgehoben zu sein in einem größeren Ganzen, was mich steigert.

Nun, wie kommen wir in diesen Zustand der Verbundenheit? Da gibt es mehrere Bedingungen. Die erste Bedingung liegt in einem sicheren und wertschätzenden Rahmen. Er vermittelt das Gefühl, sich frei bewegen und geschützt bewegen zu können und offen seine Meinung äußern zu können. Ein Beispiel

sind die Gruppendiskussionen in unserem Institut.

Da diskutieren zehn Leute über ein heikles Thema und es entsteht nur Verbundenheit, wenn der sichere Rahmen gegeben ist, dass keiner rausfliegt, wenn er eine Meinung entgegen der Mehrheit vertritt. Da darf jeder ausreden. Da wird man als Person respektiert.

Machen wir einen Perspektivenwechsel und gehen gedanklich durch unsere Innenstädte. Nehmen wir den Stadtteil Altenessen in Essen. Dort ist der sichere Rahmen erodiert, weil die Innenstadt vermüllt ist und vitale Lebensadern einfach schließen. Das Krankenhaus wird dicht gemacht, die Polizeistation ist nicht mehr besetzt – und selbst der McDonald's schließt. Dann ist der sichere Rahmen nicht mehr gegeben, die Menschen fühlen sich verlassen und fremd in der eigenen Stadt und dann kommt es auch nicht mehr zur Verbundenheit.

Eine zweite Grundbedingung für Verbundenheit ist die Bereitschaft, sich zu öffnen. Wer sich alleine genügt, weil man sich als perfekt sieht, ist nicht sozial und ist nicht verbundensfähig.

Dritter Aspekt: Ein gegenseitiges Sich-Einbringen, also eine Resonanzdialektik. Verbundenheit in einem Gespräch entsteht nur, wenn beide reden dürfen. Mein Monologisieren würde dazu führen, dass mein Gegenüber irgendwann abschaltet. Es ist vielmehr wie beim Jazz. Jeder ist mal dran, den führenden Ton anzugeben. Jeder bringt etwas ein und kann dann auch wieder ein Stück zurücktreten.

Vierte Bedingung für Verbundenheit hatten wir eben schon bei der Energiekrise angesprochen. Es braucht ein gemeinsames Schicksal. Denn damit ist die Richtung allseits erkennbar. Ein Beispiel: Man fährt im



Hochsommer mit der Bundesbahn und die Klimaanlage fällt aus. Das ganze Abteil wächst in Minuten zusammen, weil es das gleiche Schicksal erlebt.

Und die fünfte und letzte Bedingung für Verbundenheit ist paradoxerweise die Entbindung. Wir können nur Verbundenheit leben, wenn wir zum Loslassen bereit sind. Es ist wie in der Ehe. Wenn man den anderen sozusagen komplett an sich binden wollte, nehmen wir exemplarisch das Stalken, dann nimmt man ihm die Luft zum Atmen. Im Kontext von Regierungsformen wäre dies bei einem diktatorischen Regime der Fall, welches die Verbundenheit durch drakonische Strafen und durch Überwachung zu erzwingen sucht.

Verbundenheit braucht also immer auch den emanzipatorischen Freiraum, wieder loszulassen und sich anders orientieren zu können.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich, lieber Herr Grünewald, den letzten Punkt aufgreifen: Eine Gesellschaft ist ob dem gut beraten, wenn sie ein liberales Moment beinhaltet, das dem Einzelnen eine nennenswerte Freiheit zur Selbstbestimmung gibt.

Stephan Grünewald | Genau.

Ralf M. Ruthardt | Abschließend bitte noch ein operativer Impuls Ihrerseits an die Politik und einen an uns als Bürgerinnen und Bürger: Was sollten wir tun, damit wir wieder zu mehr Verbundenheit kommen?

Stephan Grünewald | Zunächst die Ebene der Bürger: Wir müssen wieder ins Gespräch kommen. Zuhören und respektvoll sein. Dazu müssen wir wieder trennen zwischen der Wahrnehmung einer Meinung und der Wahrnehmung einer Person. Der Meinung bringen wir unsere Bestätigung oder unseren Widerspruch entgegen, während wir der Person in jedem Fall höflich zugewandt bleiben.

In vielen Studien haben Leute berichtet, dass sie mit ihren konservativen Argumenten in eine rechtsradikale Ecke gestellt worden sind. Das führte zum Gefühl, dass die bürgerliche Mitte sie nicht mehr liebt. Diese Menschen sind dann beschämt und gekränkt. Das führte zu einem Heimatverlust und dieser wiederum dazu, dass sie sich eine alternative Heimat suchten – und bei der AfD gelandet sind. Wo möglich haben sie sich dort nicht wirklich zu Hause gefühlt. Aber dann kamen sie in einen Selbstkorrumpierungsprozess, weil sie nicht erneut die Heimat verlieren wollten. – Dem kann man als Gesellschaft nur entgegensteuern, indem man viel mehr ins Gespräch kommt und eine Streitkultur pflegt.

Staatlich ist es wichtig, dass mehr Begegnungsräume entstehen. Nehmen wir einmal mehr die Stadtplanung. Das offene, intensive Gespräch über einen sicheren Rahmen für ein Miteinander und für Begegnungsräume. Oder nehmen wir das soziale Pflichtjahr, das die Idee der Lehr- und Wanderjahre aufgreift: Früher sind junge Leute, weil sie die Heimat verlassen mussten, auf Menschen anderer



Milieus und Haltungen getroffen. Es gab einen Austausch und somit war man raus aus dieser narzisstischen Selbstbespiegelung. In unserem Schulsystem sind die jungen Leute meist spätestens nach der Grundschule in einem gewissen Milieu verankert. Viele haben zwar die Möglichkeit zu reisen, aber gleichwohl ist man dort häufig auch wieder in touristischen Blasen unterwegs.

Nun, ein soziales Jahr oder einen Grundwehrdienst bei der Bundeswehr finde ich sinnvoll. Dort wird diese Hermetik durchbrochen und es öffnen sich neue Erfahrungshorizonte.

Ralf M. Ruthardt | Aus beiden genannten Beispielen, die Sie eingeführt haben, lässt sich schließen, dass der Perspektivenwechsel das Momentum ist, was uns Menschen zusammenbringt. Vor allem dann, wenn der Wechsel der Perspektive etwas ist, was ich selber für mich als inspirierend empfinde und ich ihn praktiziere, weil ich etwas Wohlwollendes in mir trage und nicht ständig danach suche, wie ich mich abgrenzen kann.



Stephan Grünewald | Ja, der Perspektivwechsel ist die Voraussetzung und zugleich der Vorteil der Streitkultur. Nicht nur einen Standpunkt beziehen, sondern die Möglichkeit eröffnen, die Welt mit anderen Augen zu sehen. Erst der Wechsel der Perspektive ermöglicht die Bereitschaft zum Kompromiss.

Ralf M. Ruthardt | Nun konnten Leserinnen und Leser durch Ihre Ausführungen, Herr Grünewald, Perspektiven wechseln – und dafür bedanke ich mich seitens der Redaktion herzlich bei Ihnen.



Stephan Grünewald

Stephan Grünewald ist Diplom-Psychologe, Psychotherapeut und Mitgründer des renommierten Rheingold-Instituts in Köln. Als Tiefenpsychologe analysiert er seit Jahrzehnten gesellschaftliche Stimmungen und Konsumentenverhalten. Grünewald ist Autor mehrerer Bestseller, darunter *Deutschland auf der Couch*, und gilt als scharfsinniger Diagnostiker kollektiver Befindlichkeiten.



wer liest schon lyrik



Friedensarroganz

Medien.
Sind digital.
In unserer Zeit.

Presse.
Ist gewinnorientiert.
In unserer Welt.

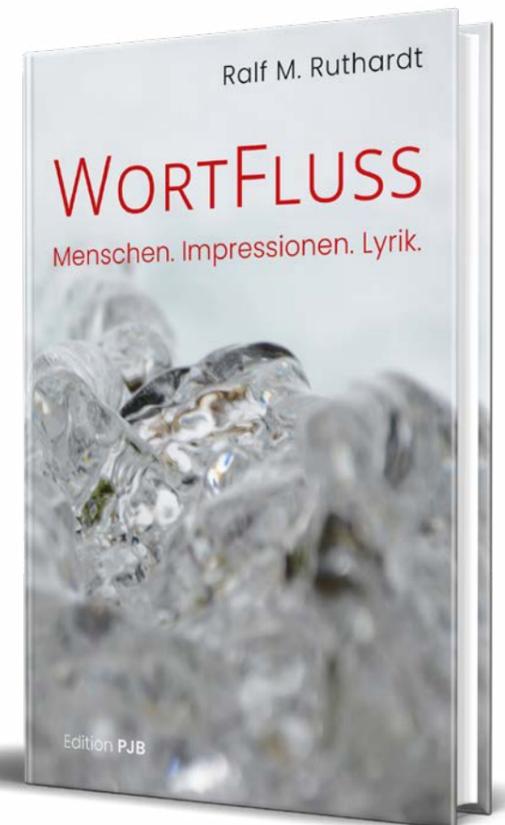
Informationen.
Sind verstümmelt.
Ob unseres Desinteresses.

Erkenntnisse.
Bleiben verborgen.
Mangels Perspektivenwechsel.

Friede.
Er wird zum Ergebnis.
Zum Ergebnis mangelnder Ressourcen.



WortFluss
Edition PJB
Ralf M. Ruthardt
ISBN 978-3982574974
Hardcover | € 28





Wer regiert Deutschland – das Volk oder die Richter?

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit Dr. Ulrich Vosgerau



Foto: pixabay

Der Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau analysiert im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt, wie sich die parlamentarische Demokratie zur gelenkten Postdemokratie gewandelt hat – und warum Verfassung letztlich weniger Text als Mentalität ist. Ein Gespräch über Eliten, Bürgerpflichten und den wechselseitigen Einfluss des Bundestags und des Bundesverfassungsgerichts.

Ralf M. Ruthardt | Mitte Juli 2025 geht es in Politik und Medien maßgeblich um die Juristin Brosius-Gersdorf. Einmal mehr zeigt sich, dass wir in Deutschland eine Polarisierung haben. Noch mehr, die lautstarke politische Auseinandersetzung hat jetzt auch das Bundesverfassungsgericht ereilt – mindestens, was die Neubesetzungen anbelangt. Ein guter Grund, um mit dem Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau zu sprechen.

In der Vorbereitung zu unserem Gespräch, lieber Herr Vosgerau, sind Begriffe wie „Volkssouveränität“, „Richterstaat“ oder „unabhängige Justiz“ auf meinem Interviewleitfaden gelandet. Dabei fühle ich mich keineswegs routiniert, sondern als Bürger bin ich ob der Ereignisse im Juli 2025 eher aufgewühlt. Ich stelle mir die Frage, wohin das aktuelle Agieren maßgebender politischer Parteien führen soll, was die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts anbelangt?

Nun, lassen Sie mich bitte drei Stichpunkte anführen. Das Grundgesetz spricht davon, dass das Volk der Träger der Staatsgewalt ist. Das hört und fühlt sich bedeutsam an. Zugleich kann man erkennen, dass politische Entscheidungen seit Jahren an Gerichte geradezu ausgelagert werden, als ob es kein Parlament gäbe. Und im Bundestag selbst scheinen kaum eine Handvoll Menschen dafür ausschlaggebend zu sein, was auf der Agenda steht und wie darüber befunden wird. Die Hunderte von Abgeordneten erscheinen mir in meiner subjektiven Wahrnehmung fast schon wie Attrappen – also Mandatstragende mit einer sehr, sehr überschaubaren Wirksamkeit. Die Medien als

vierte Gewalt lasse ich an dieser Stelle außen vor, sonst überfordert mich mein Gedankengang. (lacht)

Ulrich Vosgerau | Das ist ein weites Feld. – Ich versuche, Ihre Stichworte in eine Struktur zu bringen. Die Urteile ergehen im Namen des Volkes. Das soll zeigen, dass das Volk der Träger der Staatsgewalt ist. Das ist die nicht nur dem Grundgesetz zugrundeliegende Vorstellung, die sich spätestens seit 1918 im Völkerrecht durchgesetzt hat.

Ursprünglich hat man sich den Fürsten als Souverän vorgestellt. Im aufgeklärten Absolutismus wurde das dann auf den Staat als Abstraktum übertragen. Der Gedanke der Volkssouveränität wurde erstmals 1815 auf dem Wiener Kongress, der vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni 1815 stattfand, von Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord als Rechtsargument vorgetragen. Es ging damals darum, nach der Niederlage Napoleons Bonapartes in den Koalitionskriegen Europa territorial neu zu ordnen. Talleyrand wollte damit die Vorstellung stützen, dass Frankreich auch in Reaktion auf frühere Eroberungskriege territorial nicht verstümmelt werden dürfe. Denn der Staat gehöre weder nach Art von zivilrechtlichem Eigentum einem Fürsten, noch abstrahierend-zirkelschlüssig irgendwie sich selbst, sondern dem französischen Volk, das aber mit dem Staat nicht identisch ist. Deswegen kann es auch nicht kollektiv für die gegenüber anderen Völkern oft rücksichtslosen Taten Napoleons haftbar gemacht werden. Wenn heute Gerichtsurteile „im Namen des Volkes“ ergehen, wie früher nicht selten „im Namen des



Königs“, bringt das genau den Wechsel des Trägers der Souveränität zum Ausdruck. Und die Wendung bedeutet auch nicht, dass das „Volk“, wer immer das dann sein mag, diese Urteile verstehen oder billigen muss. In früheren Zeiten haben die Könige, in deren Namen Urteile ergingen, diese ja auch nicht gekannt und hätten sie oft auch nicht verstanden; sie hatten eben andere Aufgaben im Rahmen organisierter Staatlichkeit.

Demokratie bedeutet dem Wortlaut nach ja Volksherrschaft. Das Volk kann aber mangels Organisiertheit ja als solches nicht „herrschen“. Dem Selbstbestimmungsrecht ist aber Genüge getan, wenn die Verfassungsgebung in einem Staat sich als Ausdruck des formellen Selbstbestimmungsrechts eines Volkes plausibilisieren kann. Bei dieser Plausibilisierung kommt es weniger auf bestimmte Formalien des Gründungsaktes der Verfassungsgebung an – denn diese kann man nicht verallgemeinerbar im Voraus und auch für andere Völker irgendwie festlegen, und es muss auch nicht jede Verfassung geschrieben oder an einem bestimmten Tag ausgerufen worden sein, denn sie kann ja auch historisch allmählich erwachsen –, sondern eher auf das gelebte, kollektive Einverständnis mit der Verfassung, also das, was Ernest Renan das „plébiscite de tous les jours“ genannt hat. Artikel 146 des Grundgesetzes, insofern ein nationales Alleinstellungsmerkmal, bringt meines Erachtens diesen Gedanken hervorragend zum Ausdruck. Aber wie dem auch sei: Jede Verfassung enthält dann jeweils bestimmte Möglichkeiten der Mitwirkung des Volkes

an der Gesetzgebung und Staatsleitung – mittelbar oder unmittelbar. Den Inbegriff dieser Teilhaberegeln könnte man dann als Demokratie im formellen oder rechtspositivistischen Sinne bezeichnen. Aber in diesem formellen oder positivistischen Demokratiebegriff erschöpft sich auch juristisch die „Demokratie“ nicht, vielmehr sind das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht der Völker und der staatsrechtliche Gedanke „Volkssouveränität“ eng verwandt und teilweise, eigentlich weithin, identisch. Da wird gewissermaßen dieselbe Sache einmal aus der Außen- und einmal aus der Innenperspektive benannt.

Ralf M. Ruthardt | Die Verfassung – oder eben unser Grundgesetz in Deutschland – regelt die Volksherrschaft. Was ist, wenn jedoch Bürgerinnen und Bürger zu einem Großteil nur bedingt ihre Einflussnahme ausüben oder das Einhalten der Verfassung einfordern? Es drängt sich mir ein Gedanke auf: Als Bürgerinnen und Bürger können wir unser Wahlrecht wahrnehmen. Wir haben zudem Möglichkeiten, uns wählen zu lassen. Vielleicht haben „wir“ – verleitet durch den zunehmenden Wohlstand der vergangenen Jahrzehnte – es uns bequem gemacht oder unsere Mühe um Produktivität hat viel Zeit und Kraft gefordert. Als Konsequenz aus fleißigem Arbeiten, ehrenamtlichem Engagement oder einer aufgetakelten Bequemlichkeit haben „wir“ unsere Mitgestaltungsmöglichkeit vernachlässigt.

Erstens: Wie sehr sind „wir“ in Parteien engagiert? Womöglich muss man sich nicht

über die eingeschränkten Qualifikationen beklagen, welche sich personifiziert in den Parlamenten wiederfinden.

Zweitens: Die Qualität oder mangelnde Qualität des sogenannten Mainstream-Journalismus mag auch daran liegen, dass uns Informationen über Politik und Gesellschaft nicht mehr viel wert sind. Früher hatten die Haushalte ein Zeitungsabonnement und dafür monatlich einen nennenswerten Betrag bezahlt. Und heutzutage? Man gibt in weiten Teilen der Gesellschaft erkennbar wenig für eine professionelle, möglichst objektive Berichterstattung aus.

Drittens: Wie viele Bürgerinnen und Bürger, die beispielsweise als Nettosteuerzahlende die finanziellen Möglichkeiten in unserem Staat schaffen, versammeln sich regelmäßig zwecks politischer Meinungsäußerung auf dem Stuttgarter Schlossplatz oder sonst wo? – Ist im Winter das Skifahren oder jetzt im Sommer ein schöner, erholsamer Tag bei herrlichem Wetter am Bodensee wichtiger?

Ulrich Vosgerau | Das kann man sicherlich so sagen. Aber es liegt ein Stückchen in der Natur des menschlichen Zusammenlebens und der menschlichen Gesellschaft.

Die ganze moderne Gesellschaft beruht ja bekanntlich auf dem Prinzip der Arbeitsteilung. Es sind offenbar nur die Kommunisten und die Anarchisten, die immer ihr Problem mit dem Prinzip Arbeitsteilung gehabt haben. Unsere Erfahrung zeigt doch, dass die Arbeitsteilung im Großen und Ganzen eine vernünftige Erfindung ist. Sie macht das Leben leichter und den Wohlstand größer. Natürlich wird das Prinzip Arbeitsteilung auch auf Politik und Kommunikation übertragen. Also wir lassen uns dann eben regieren. Solange das halbwegs funktioniert, sparen wir dadurch Zeit.

Wir lassen uns auch medial irgendwie versorgen. Nun kommt in Deutschland hinzu, dass wir dieses eigenartige System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) haben. Der ÖRR genießt ein besonderes Vertrauen. Viele Bürgerinnen und Bürger sagen heute noch, dass sie sich gar nicht so groß Gedanken machen müssen, was für ein Medium sie eigentlich lesen, hören oder anschauen. „Ich gucke abends Tagesschau und dann bin ich ganz bestimmt objektiv und ausgewogen informiert.“ Das stimmt natürlich überhaupt nicht. Die meisten Bürger wissen gar nicht, dass 90 % von dem, was abends in der „Tagesschau“ gesagt wird, zumal bei juristischer Betrachtung gar keine „Tatsachen“ sind, sondern Einordnungen und juristisches Framing der politisch linken Tagesschau-Redaktion, juristisch gesehen also Meinungen.

Die bereits erwähnte „Arbeitsteilung“ im Hinblick auf die Politik – Politik wird von spezialisierten Berufspolitikern gemacht – hat in Deutschland zu einem ausgeprägten „Parteienstaat“ geführt. In diesem Zusammenhang ist an den Göttinger Staatsrechtslehrer und langjährigen Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz zu erinnern. Nach seiner bis heute enorm wirkmächtigen Lehre kann es in der modernen Gesellschaft, jedenfalls in großen Flächenstaaten wie Deutschland, keine direkte Demokratie geben; dieses „Partizipationsdefizit“ werde aber durch die politischen Parteien ausgeglichen, in denen der Bürger sich eben vor Ort engagieren und durch die er auch der „großen Politik“ wirksame Impulse geben könne.

Ralf M. Ruthardt | Man könnte auf die Schweiz und deren Tradition und Erfolgsgeschichte verweisen, was die direkte Demokratie angeht. Gleichwohl fällt natürlich auf, dass wir in Deutschland über rund 60 Millionen wahlberechtigte Menschen sprechen und die Schweizer nur über rund 6 Millionen.





Ulrich Vosgerau | Ja genau, da hat dann Baden-Württemberg mit etwa 7,6 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern bereits mehr Menschen als die Schweiz, die man zur Wahlurne bitten würde. Wie will man für ein beispielsweise bundesweit zur Entscheidung anstehendes, konkretes Vorhaben ein Quorum von 50 % der Wahlbevölkerung erreichen? Man müsste die vorgeschriebene Wahlbeteiligung deutlich niedriger ansetzen. Daraus resultiert die Frage, wie niedrig die Wahlbeteiligung denn sein darf, damit nicht die Demokratie dadurch endet und dass man sich in die Hände von Aktivisten begibt.

Ralf M. Ruthardt | Direkte Demokratie könnte Kampagnen von Aktivisten oder NGOs zum Opfer fallen. Irgendwie kann ich mich als gemeiner Bürger heute schon diesem Eindruck nicht gänzlich erwehren.

Ulrich Vosgerau | Wir reden hier über eine der Lieblingsvorstellungen der radikalen Linken. Die radikale Linke hat den Anspruch, für sich genommen sehr demokratisch zu sein. In Wahrheit geht sie davon aus, dass die „trägen“ Erwerbsbürger sich sowieso nicht sonderlich für Politik interessieren. Die sollen sich raushalten und linke Aktivisten sollen die Welt bestimmen. Das beschreibt das Problem mit dem Quorum, was eine direkte Demokratie in einem bevölkerungsreichen Land anbelangt.

Zurück zu Gerhard Leibholz. Er argumentierte, dass das Engagement der Bürger in politischen Parteien dies kompensieren könnte. In diesem Sinn sind die Parteien eher als das Bindeglied zwischen Volk und letztlich dem gesetzgebenden Parlament und der Regierung zu sehen. Machen wir es konkret: Wenn alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, die sich über die Grenzöffnung von Angela Merkel aufgeregt haben, in die CDU eingetreten wären und dort dann ihre mitgliedschaftlichen Rechte geltend gemacht

hätten, wären Entscheidungen der regierenden CDU völlig anders getroffen worden.

Ralf M. Ruthardt | Einmal mehr ist das Wasser auf die Mühlen meiner volatilen Überlegungen: Zu sehr schauen wir auf die in der Politik agierenden Personen und beschweren uns als Bürgerinnen und Bürger über deren Handeln. Gleichwohl oftmals gut begründet. Allerdings würde der morgendliche Blick in den Spiegel womöglich jemanden zu erkennen geben, der sich sehr wohl politisch wenig einbringt. Die Frage stellt sich, was man selbst beigetragen hat?

Danke für den Perspektivwechsel, Herr Vosgerau, was die direkte Demokratie und deren Komplexität anbelangt. Brauchen wir für unsere parlamentarische Demokratie eine Wiederbelebung, also eine Renaissance? Besteht diese darin, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns mehr einbringen? Sollten wir unsere freie Zeit vermehrt dem politischen Engagement widmen?

Eine meiner Hypothesen ist, dass sich in der Theorie vieles sehr plausibel anhört und in der Anfangszeit einer Entwicklung auch funktioniert. Auf der Zeitachse wird so manches dann womöglich durch menschliches Verhalten eher destruktiv. Bedeutet parlamentarische Demokratie auf der Zeitachse, dass nach Jahrzehnten es nur noch sehr wenige Leute sind, die Ansagen machen? Gibt es zu viele Menschen in den Parlamenten, die primär ihr Mandat behalten und im Falle eines ungewollten Ausscheidens von der Partei beruflich versorgt werden wollen? Haben wir Abhängigkeiten zu würdigen, die diesen reinen Gedanken einer parlamentarischen Demokratie wieder ad absurdum führen? Und wie ist das am Ende mit Richtern? Irgendjemand bringt diese ja auch auf die Richterbank und es ist nicht der Zufall. Sorgt Wohlstand mit der Zeit dafür, dass

segensreiche, erfolgreiche und funktionierende Einrichtungen dysfunktional werden?

Ulrich Vosgerau | Ja, das ist in der Tat schon vielfach beobachtet worden. Erstens, dass zum Beispiel Parlamentarier sich in der Sache nicht als Parlamentarier und als Gesetzgeber sehen, die nur ihrem Gewissen verpflichtet, gleichzeitig Vertreter des ganzen Volkes sind, wie es im Grundgesetz steht. Sondern die Bundestagsabgeordneten verstehen sich quasi als mittlere Angestellte einer politischen Partei und haben zumeist das Ziel, zu leitenden Angestellten aufzurücken. Das heißt, man will eines Tages Minister oder wenigstens Parlamentarischer Staatssekretär werden.

Wir sahen im Juli 2025, dass die Unionsfraktion bei der Wahl der in der Diskussion stehenden beiden Bundesverfassungsrichterinnen in Schwierigkeiten steckt. Die SPD-Fraktion, mit der sie in einer Koalition sich befindet, wollte sie geradezu zwingen, zwei Linksaktivistinnen als Verfassungsrichterinnen zu wählen. Die Leute in der Unionsfraktion sehen sich massivem Widerspruch von ihrer Basis ausgesetzt. Die Unionsabgeordneten möchten nach Möglichkeit diesem Druck entgehen. Deswegen wird jetzt über Verfahren nachgedacht, die die derzeitige Situation nicht hätten entstehen lassen. In der Unionsfraktion wird oder wurde deshalb allen Ernstes erwogen, die Richterwahl wieder in die Hände eines kleinen Gremiums zu legen.¹ Sprich, man versucht, dieser Verantwortung zu entgehen. Man will nichts damit zu tun haben und könnte dann der Wählerbasis sagen, dass man keinen Einfluss darauf hatte. Das ist in der Tat ein mentalitätsmäßiges Problem in der Politik.

Idealisten träumen davon, dass selbst auf Bundesebene ein „Feierabendparlament“ die Arbeit verrichten könnte. Nehmen wir die Freie und Hansestadt Hamburg: Die wird

– wenigstens auf dem Papier – von einem „Feierabendparlament“ regiert; aber das ist es natürlich in Wirklichkeit schon lange nicht mehr. Das ist nur eine Tradition.

Andererseits wissen wir, dass Max Weber schon am Ende des Ersten Weltkriegs die Hände über dem Kopf darüber zusammengeschlagen hat, dass es in Deutschland – im Gegensatz zu Großbritannien – keine leistungsfähige politische Klasse von Berufsparlamentariern gab. Politiker müssen wohl Berufspolitiker sein und dann bilden sich eben bestimmte Mentalitäten aus, die Abgeordneten sind verfassungsrechtlich Vertreter des gesamten Volkes, aber eben nicht mentalitätsmäßig.

Ralf M. Ruthardt | Sie haben, lieber Herr Vosgerau, tiefe Einblicke in den politischen Betrieb und Sie kennen sich intensiv im Staatsrecht aus. Sind viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Außensicht oftmals mit infantilen Fragen und Sichten unterwegs? Ich schließe mich in diese Frage mit ein.

Ulrich Vosgerau | Ein Stückweit ist das mit „ja“ zu beantworten. Es geht um die immer gleiche Frage, wie ein Gemeinwesen organisiert sein muss, damit es vernünftig funktioniert.

Ich werde sehr häufig gefragt, ob ich nicht mal eine Musterverfassung entwerfen könne. Da steckt der Wunsch dahinter, dass eine neue, irgendwie verbesserte und reformierte Verfassung für Deutschland dann endlich „alles in Ordnung“ bringt. In der Tat haben schon Kollegen Versuche in diese Richtung unternommen und entsprechende Entwürfe vorgelegt. Ich halte das in der Tat für eher naiv. Ein wesentliches Ergebnis meiner jahrelangen wissenschaftlichen Befassung mit dem Recht ist, Grund ist, dass die „Verfassung“ eine Mentalität ist und nicht primär ein Text. Großbritannien galt spätestens seit dem frühen 19. Jahrhundert nicht nur als



ein Verfassungsstaat, sondern geradezu als der mustergültige Verfassungsstaat weltweit. Als der Staat, in dem der Grundgedanke „Der Staat ist um des Menschen willen da“ bzw. der Grundsatz, dass eine Politik, die die individuelle Freiheit nicht respektiert, auch durch Notstandsnarrative oder Werte-Erzählungen nicht richtig wird, besonders zuverlässig verankert sind. Aber in Großbritannien gibt es bekanntlich gar keine geschriebene Verfassung, die Verfassung beruhte auf geschichtlicher Entwicklung bzw. Erfahrung, hergebrachten Gewohnheiten und gemeinsamen Überzeugungen. Dies zeigt, dass es nicht auf den Wortlaut eines Verfassungstextes ankommt, wohl aber auf die Mentalität der Bürger, der Politiker, der Presse. Gerät diese verfassungsstaatliche Mentalität in Wegfall, nützt der Rekurs auf den Verfassungstext nicht viel. Vor allem braucht es Bürger, die in erster Linie frei sein wollen und nicht grundversorgt.

Ralf M. Ruthardt | Stellen wir es gegenüber: Der Mensch ist nicht um des Staats willen da, sondern umgekehrt. Politik hat dem Gemeinwesen zu dienen und die Freiheit des Einzelnen zu wahren.

Ulrich Vosgerau | Ich sagte ja, die britische Verfassung „beruhte“. Heute zerfällt Großbritannien entlang der ethnokulturellen Bruchlinien, die Regierung verlegt sich darauf, die einheimische Bevölkerung zu erziehen, damit die Probleme nicht öffentlich thematisiert werden.

Hier in Deutschland wird das Grundgesetz – ohne dass am Text etwas geändert werden müsste – seit Jahren radikal umgedeutet, es wird von einer seit Jahrzehnten weltweit vorbildlichen Musterverfassung eines demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaates zu einem Moralkatechismus für die Bürger gemacht, der diese angeblich zum Klimaschutz zwingt und ihnen Einwanderungskritik

verbietet. Hinter dieser Umdeutung steht dabei nicht der juristische Fachstab, sondern die Medien, vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk, und staatlich finanzierte „NGOs“.

Der gesamte Grundrechtskatalog richtet sich nicht an die Bürger, die Grundrechte sind staatsgerichtete Abwehrrechte. Demgegenüber wird heute sogar in Verfassungsschutzberichten behauptet, ein Bürger, der z. B. die Einwanderung in unsere Sozialsysteme unmissverständlich kritisiert, verletze dadurch die Menschenwürde der Einwanderer. Das kann er eigentlich technisch gar nicht, der Staat, nicht der Bürger, ist grundrechtsverpflichtet. Und der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat sich 2021 im sogenannten Klimaschutz-Beschluss zu der Rechtsauffassung verstiegen, alle Grundrechte stünden unter dem Vorbehalt des Klimaschutzes, um die Rechte noch ungeborener Generationen zu wahren.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe bisher nicht darüber nachgedacht, wie stark die Mentalität der Bürgerinnen und Bürger die Verfassung eines Staates prägt. Es ist faszinierend, wie sich über Jahrhunderte ein kollektives Selbstverständnis bildet. In unserer Zeit erscheint der Ruf nach einem mentalen Wandel hin zum Bürgerlichen sehr berechtigt.

Vielleicht sind wir uns unserer gestalterischen Kraft als souveränes Volk gar nicht bewusst. Doch genau jetzt ist sie gefordert – nicht zuletzt, weil klassische Arbeitsplätze zunehmend verschwinden. Es braucht wieder mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative.

Dem steht eine nahezu allmächtige mediale Kraft gegenüber, die von wenigen Akteuren gesteuert wird. Aus wirtschaftlichem Opportunismus passen sich viele Medien einem lautstarken Narrativ an, ohne es offen kritisch zu hinterfragen. So überlagern mediale Ein-



flüsse mitunter indirekt sogar die Wirksamkeit eines Parlaments, einer Regierung oder eines Bundesverfassungsgerichts. Dann wird die sogenannte „vierte Gewalt“ quasi zur maßgeblichen Gewalt.

Ulrich Vosgerau | Ihre Grunddiagnose teile ich. Sie ist genau richtig und beschreibt das Problem an unserer Demokratie. Eine echt funktionierende Demokratie ist sie nicht mehr. Sie ist eine gelenkte Demokratie, bei der ein erstaunlich kleiner Personenkreis mit Unnachgiebigkeit und Intoleranz Einfluss ausübt. Das sind Leute, die den ganzen Tag nichts anderes zu tun haben,

als zu beeinflussen. Man lenkt die „Schafherde“ in beträchtlicher Weise. Nun möchte ich aber gleich einwerfen, dass ich gerade an dieser Stelle in der letzten Zeit wieder Anlass für Optimismus sehe!

Nochmals: Ich beobachte, dass bestimmte Medien versuchen, nicht nur über Politik zu berichten, sondern aktiv die Demokratie und ihre Bürger zu lenken. Dabei fällt auf, dass es vor allem aus dem politisch linken Spektrum immer wieder dieselbe – recht fantasievolle – Argumentationsstrategie gibt: Es wird suggeriert, es gebe eine überwältigende Mehrheit, die bestimmte linke Überzeugungen teilt. Diese angebliche Masse sei intolerant und zornig – und man selbst solle sich gefälligst anpassen, um nicht negativ aufzufallen.

Wie wenig Substanz hinter solchen Kampa-

gnen steckt, zeigte sich jüngst beim Versuch, das ARD-Sommerinterview mit Alice Weidel zu stören. Dort standen gerade einmal 20 Personen, die angeblich „demonstrierten“ – samt einem riesigen Lautsprecherbus mit ohrenbetäubender Technik. Es ist fraglich, ob so ein Gefährt überhaupt im Straßenverkehr zulässig ist. Die Veranstalter waren offensichtlich nicht in der Lage, jedenfalls am Wochenende eine halbwegs eindrucksvolle Menschenmenge zu mobilisieren – selbst nicht mit möglichen „Aufwandsentschädigungen“, die, wie unlängst bekannt wurde, bei linken und regierungsfremden Demonstrationen gegen Andersdenkende nicht selten bezahlt werden. Die Lösung: technisch erzeugter Lärm ersetzt die nicht vorhandene Masse. Der Bus mit der Beschallung simuliert eine nicht zu mobilisierende Menschenmenge.

Hier sind wir an dem Punkt, der Hoffnung macht: Man bekommt die Leute nicht mehr zusammen. Diese Strategie – den Eindruck einer übermächtigen Mehrheit zu erwecken – funktioniert nur noch bedingt. Menschen neigen zwar dazu, „mitzulaufen“, wenn es um Themen geht, die sie nicht wirklich interessieren oder von denen sie wenig verstehen. Modefragen sind dafür ein gutes Beispiel: Ob nun lange oder kurze Röcke, Streifen oder Punkte – viele richten sich schlicht danach, was „die anderen“ tragen. Aber bei existenziellen Fragen, die das eigene Leben betreffen, endet dieses Mitläufertum irgendwann.

Wenn man Menschen konkret fragt, ob sie



es wirklich befürworten, in Zukunft nur noch vier private Autofahrten pro Jahr unternehmen zu dürfen – beantragt drei Wochen im Voraus, ohne Anspruch auf Genehmigung, wie es linke Berliner Initiativen offenbar gerne hätten, auch die weitere SPD-Bundesverfassungsgerichtskandidatin Ann-Katrin Kaufhold scheint mit vergleichbaren Maßnahmen zu sympathisieren – dann fällt die Zustimmung deutlich geringer aus. Ein einfaches Gedankenexperiment zeigt das: Die meisten Menschen würden es am Ende akzeptieren, reich zu sein, auch wenn fast alle anderen arm wären; nur sehr wenige würden sagen: wenn alle arm sind, will ich auch arm sein, bevor ich noch dumm auffalle! Bei eigenen Fundamentalinteressen hört insofern das Mitläufertum dann auf.

Ein zweiter Punkt, der von den linken Meinungsmachern übersehen wird, ist ein psychologisches Phänomen: die Reaktanz. Wer instinktiv spürt, dass er manipuliert werden soll, lehnt das dann ab. Und Menschen reagieren erst recht mit innerem Widerstand, wenn sie merken, dass sie nicht höflich gebeten oder eben geschickt manipuliert, sondern erzogen oder gedrängt werden sollen, zumal durch offene oder verdeckte Drohungen. Dieses autoritäre Vorgehen löst dann Trotz und Wut aus statt der erwünschten Folgebereitschaft. Das heißt, Menschen nehmen dann sogar real drohende Nachteile in Kauf, weil sie im Prinzip nicht am Ohr über die Straße gezerrt werden wollen, und schon gar nicht von Menschen, die selbst nie produktiv gearbeitet und von der fraglichen Sachmaterie erkennbar wenig Ahnung haben.

Ralf M. Ruthardt | Wenn ich auf meine soziologischen Feldbeobachtungen der letzten Zeit zurückblicke, gewinne ich den Eindruck, dass viele Menschen – insbesondere aus der gesellschaftlichen Mitte, also jenem Teil mit einer gewissen Wohlstandsroutine – noch immer in einer Art mentalem Dämmer Schlaf

verharren. Frei von jedem historischen Vergleich scheint es, als sei die Grundhaltung oft „ach, so schlimm wird es schon nicht kommen“ oder „das kann ich mir nicht vorstellen“.

Gerade gegenüber politischen Zumutungen von links, die schrittweise in den Alltag einsickern, herrscht wohl zu oft eine gewisse Gleichgültigkeit – bis dann konkrete Eingriffe spürbar werden, wie etwa die Debatte um den Heizungskeller. Da zucken manche kurz auf, nur um sich danach wieder zurückzulehnen.

Daher meine Frage an Sie, Herr Vosgerau: Wie nehmen Sie die gesellschaftliche Stimmung aktuell – wir schreiben Juli 2025 – wahr? Erleben wir heute ein wacheres, politisch aufmerksameres Land als noch vor zwei, drei oder vier Jahren? Oder ist die Mehrheit der Menschen weiterhin im Privaten und dort in der Hoffnung, die Zumutungen aus Berlin möglichst ausblenden zu können?

Ulrich Vosgerau | Das lässt sich schwer pauschal beantworten. Meines Erachtens sind es gerade die Soziologen und Sozialpsychologen, die seit Jahren – um nicht zu sagen: seit Jahrzehnten – darauf hinweisen, dass es „die Gesellschaft“ so heute eigentlich gar nicht mehr gibt. Vielmehr ist unsere Gesellschaft heute stark fragmentiert und aufgespalten in ganz unterschiedliche Milieus, die mitunter keinerlei Berührungspunkte mehr zueinander haben.

Ich würde allerdings sagen, dass es in den letzten Jahren durchaus und in erheblichem Ausmaß ein „Aufwachen“ jedenfalls in bestimmten Teilen der Bevölkerung gegeben hat – insbesondere in jenen bürgerlichen Kreisen, in denen Menschen bislang schlicht wenig Zeit hatten, sich mit Politik zu befassen. Denn es sind vor allem die Bürgerlichen, die täglich arbeiten – häufig deutlich mehr als acht Stunden – und sich danach und außer-

dem noch um Familie und Kinder kümmern. Diese Menschen hatten kaum Ressourcen frei, sich intensiv mit politischen Entwicklungen auseinanderzusetzen.

Demgegenüber steht ein anderes Milieu: der aktivistische, oft linksorientierte Bereich, wo viele Akteure durch NGOs und deren staatliche Finanzierung faktisch von der regulären Erwerbsarbeit freigestellt sind. Sie haben die Möglichkeit, sich ganztätig politisch zu engagieren – und tun das auch. Dieses Ungleichgewicht in der politischen Sichtbarkeit und Schlagkraft besteht seit Langem.

Dennoch ist in den arbeitenden, steuerzahlenden Schichten inzwischen ein wachsendes Unbehagen festzustellen. Es handelt sich ohnehin schon um eine Minderheit – und sie schrumpft weiter –, die mit ihren Steuern den Staat im Wesentlichen noch trägt und am Laufen hält. Gleichzeitig erleben viele von ihnen, dass die Leistungen, die sie für ihre hohen Abgaben erhalten, zu diesen in keinem Verhältnis mehr stehen. Ein oft genannter Vergleich ist die Schweiz: Dort ist die Steuerbelastung deutlich geringer, aber öffentliche Dienstleistungen – etwa im Verkehrssektor – funktionieren sehr viel besser.

In diesen Kreisen findet derzeit ein tiefgreifender Bewusstwerdungsprozess statt, der darauf hinausläuft, den Status quo infrage zu stellen. Zugleich gibt es aber auch andere Milieus, in denen die ideologische Verblendung größer zu sein scheint als je zuvor.

Ich höre zum Beispiel aus der CDU, dass dort ältere Berufspolitiker – oft über 60, viele mit konservativer Prägung, Schützenverein inklusive – inzwischen zunehmend unter Druck geraten. Nicht etwa durch die Öffentlichkeit, sondern durch die eigenen Enkelkinder. Diese bringen das „woke“ Weltbild samt Regenbogenflagge direkt aus der Schule mit nach Hause und setzen ihre Großeltern emotional



unter Druck, sich von traditionellen Überzeugungen, die sie unter schulischem Einfluss als „unmoralisch“ erkannt zu haben glauben, zu distanzieren. Der emotionale Hebel ist hier oft die familiäre Bindung – etwa die Liebe zum Enkel.

Das alles zeigt: Die gesellschaftliche Entwicklung ist vielschichtig. Doch die Haupttendenz scheint mir zu sein: Die Minderheit, die finanziell alles trägt und dafür immer weniger bekommt, wird zunehmend kritischer.

Ralf M. Ruthardt | „Der Fisch stinkt“ sprichwörtlich vom Kopf her. Und wir Bürgerinnen und Bürger sind als Souverän der Kopf – oder? Um auf den Anfang unseres Gesprächs zu kommen: Müssen wir als Bürgerinnen und Bürger uns einfach ein Stück weit neu erfinden, indem wir als Souverän in unserem Gemeinwesen zu agieren haben?

Ulrich Vosgerau | Ha, das habe ich unlängst irgendwo gelesen, also diesen Vorschlag, quasi alles umzudrehen in der politischen Theorie. Man spricht ja in der Politikwissenschaft international von der „bottom-to-top-Legitimation“ als übergreifendes Merkmal von Demokratien. Und da hat nun auch gerade einer vorgeschlagen: Da wir doch die Volkssouveränität haben, muss es doch eigentlich „top-to-bottom-Legitimation“ heißen, der Souverän ist doch wohl oben und nicht unten! Aber das ist Unsinn, der „Kopf“ eines Gemeinwesens sind selbstverständlich nicht die Bürger. Dass das Volk rein rechtlich gesehen Träger der Souveränität ist, nicht mehr ein Fürst oder der Staat, bedeutet faktisch noch lange nicht, dass es auch die Führung innehat. Wer über Politik spricht, muss über das Denken und Handeln der Eliten sprechen – denn es sind immer Eliten, die politisch handeln und die politischen Entscheidungen treffen.

Wenn ich mich dazu öffentlich äußere, so z. B.



auch auf „X“, erhalte ich empörte Zuschriften. Menschen schreiben mir dann immer, dass man doch ausgerechnet jene, die z. B. in der Bundesregierung die Entscheidungen treffen – die aber nach Meinung der empörten Bürger durchweg schlecht seien –, nicht ernsthaft auch noch als „Elite“ bezeichnen solle! Meine Antwort ist dann stets dieselbe: Der Begriff „Elite“ ist natürlich rein funktional gemeint und nicht irgendwie wertend oder gar lobend. Es geht nicht darum, jemandem positive Eigenschaften zuzusprechen, sondern darum, wer faktisch Macht ausübt und die Richtung des Landes bestimmt.

Natürlich zählen dazu die Mitglieder der Bundesregierung, aber ebenso die Personen an der Spitze der Medien – insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es sind diese Akteure, auf deren Denken und Handeln es ankommt.

Ein einfaches Kriterium zur Bestimmung von Elite lautet: Elite ist, wer sagen kann „ich wurde da wohl öffentlich missverstanden, also gehe ich nächsten Sonntag zu Caren Miosga oder dann zu ‚Hart aber Fair‘, um das mal klarzustellen.“ Wer hingegen allenfalls Leserbriefe schreibt, die dann doch nicht veröffentlicht werden, gehört hingegen offensichtlich nicht dazu. Neulich gab es ja eine große Aufregung, da sagten Leute: So weit ist es nun schon gekommen mit der öffentlichen Kritik an allem und jedem, dass sogar eine Bundesverfassungsgerichts-Kandidatin jetzt zu „Markus Lanz“ gehen muss, um sich zu erklären! Aber entscheidend ist eher, dass sie dort hingehen konnte, weil sie sich eben einen Vorteil davon versprach angesichts der Vorwürfe. Ich würde gerne mal meine Ansichten und Einsichten bei Markus Lanz verbreiten, gern auch mehrmals im Jahr – werde aber nicht eingeladen.

Aber wie dem auch sei: Beobachtet man die politische Realität, kann man sich dem

Eindruck kaum entziehen, dass unser politisches System heute in einem Ausmaß von den Parteien dominiert wird, welches weit über das hinausgeht, was das Grundgesetz ursprünglich vorsah. Diese parteipolitische Überformung trägt aber offensichtlich erstaunlich wenig zu einer sinnvollen Elitenauswahl bei. Leistung, Kompetenz, Integrität – das scheinen alles keine Eigenschaften zu sein, die zur Auswahl für ein Staatsamt durch die innerparteilichen Mechanismen unabdingbar wären, ja man könnte den Eindruck gewinnen, dass diese Eigenschaften insofern nicht einmal ansatzweise vorteilhaft zu sein scheinen.

Ein Beispiel ist Außenministerin Annalena Baerbock. Das Außenministerium gilt traditionell als eines der wichtigsten Ressorts – es war nach dem Finanzministerium jedenfalls traditionellerweise eigentlich das bedeutendste. Dass Baerbock dieses Amt bekleidet hat, ist bemerkenswert – und in vielerlei Hinsicht irritierend. Ihre internationale Wirkungslosigkeit war deutlich erkennbar: Es kam vor, dass ausländische Amtskollegen sie nicht mehr persönlich empfangen, sondern Gespräche offenbar teils bis auf die Ebene eines stellvertretenden Abteilungsleiters herunterdelegierten, in China soll man ihr auch teils Bürgermeister von irgendwelchen Städten vorgesetzt haben. Ein deutliches diplomatisches Signal.

Ralf M. Ruthardt | Reden wir nochmals über die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts ...

Ulrich Vosgerau | ... es ist ganz einfach so, dass das System der Richterauswahl zum Bundesverfassungsgericht heute nicht mehr funktioniert. Es hat lange funktioniert, und es ist letztlich in diesen Strudel der totalen Umgestaltung unserer politischen Verhältnisse gekommen. Das erleben wir im Grunde seit der Wiedervereinigung. Es gibt

keinen richtig adäquaten Ausdruck für das neue, nun aufkommende politische System, daher beschreibe ich es als den Übergang zur Postdemokratie.

Das kann man und das muss man meines Erachtens auch tun, denn wenn wir beispielsweise das System, das wir in Westdeutschland im Jahre 1985 gehabt haben, als funktionierende liberale Demokratie oder auch rechtsstaatliche Demokratie beschreiben, was mir adäquat erscheint, dann können wir das System, was wir heute haben, nicht einfach mit demselben Wort beschreiben. Dafür sind die Unterschiede zu groß, teils nimmt man völlige Gegensätze wahr. Früher sah man die Demokratie als entscheidend vom Gegensatz von Regierungslager und Oppositionslager geprägt. In der Demokratie ist die „Spitze gespalten“, wie Luhmann sagt, Opposition ist dann eben nicht mehr, wie im Absolutismus, „Hochverrat“.

Zwischen Regierung und Opposition bestehen tiefgreifende politische Gegensätze. Die Opposition hält völlig andere Anschauungsweisen und Lösungen für die Probleme bereit. Und durch Wahlen kann die Opposition völlig legal und unblutig in die Regierung verwandelt werden und umgekehrt. Wir kennen ja diese Demokratiedefinition. Die Postdemokratie beginnt im Grunde seit der Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung infolge einer Selbstgleichschaltung der Presse. Weite Teile der Presse und der Medien, allen voran der öffentlich-rechtliche Rundfunk, haben sich im Großen und Ganzen auf eine grün-linke Linie als die einzig politisch-moralisch erlaubte Richtung festgelegt. Auf die bislang konservativen oder wirtschaftsliberalen Parteien wurde so ein massiver Druck ausgeübt.

In der Postdemokratie gelten dann nennenswerte inhaltliche Abweichungen zur





rot-grünen Medienmeinung etwa in Fragen des Klimaschutzes oder der Einwanderung nicht mehr als legitime Opposition, sondern als undemokratisch, „menschenverachtend“ und vor allem bald auch als „verfassungsfeindlich“. Der Medienkonsens wird dann zum Elitenkonsens.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns an dieser Stelle der Zeit wegen nur kurz auf Dr. Angela Merkel und die Alternativlosigkeiten in ihrer Zeit als Bundeskanzlerin eingehen ...

Ulrich Vosgerau | Angela Merkel hat dann, auch schon in den Jahren vor 2015, für die CDU gesagt: wir regieren nicht mehr gegen die Medienlandschaft an, sondern übernehmen einfach die rot-grünen Positionen. Wir können und wollen einfach nicht mehr das große Feindbild der veröffentlichten Meinung sein. Und das hat in der Tat dazu geführt, dass Medien und öffentlich-rechtlicher Rundfunk regelrecht zur Schutzmacht der CDU wurden, diese gegen die Opposition in Schutz nahmen, was ja vorher eigentlich noch nie passiert war – jedenfalls, so lange Angela Merkel dort den Kurs bestimmte.

Wir sehen diese Veränderungen nun auch bei der zunächst fehlgeschlagenen Wahl neuer Verfassungsrichter. Als die Demokratie des Grundgesetzes noch gut funktionierte, wurden Leute Bundesverfassungsrichter, die besonders angesehene Juristen waren und auf die sich Regierung und Opposition letztlich geeinigt hatten, letzteres wurde durch das Kriterium der Zweidrittelmehrheit bewirkt. Heute hingegen schlägt die Unionsseite einen sehr angesehenen und fachlich qualifizierten Kandidaten vor. DIE GRÜNEN lehnen diesen Kandidaten aber ab, weil dieser die Zurückweisung von Asylbewerbern an den Grenzen nicht unter allen Umständen ausschließt. Und was macht die CDU: Sie zieht ihren Kandidaten sofort zurück, weil DIE GRÜNEN für eine Zweidrittelmehrheit benötigt

werden – solange die Brandmauer steht. Das ist das Axiom, was die Postdemokratie wesentlich ausgemacht hat. Nicht so bei der SPD ...

Ralf M. Ruthardt | ... es wird die stärkste Oppositionspartei mit ihren rund 20 % ausgeschlossen, weil bisher niemand sich an den Einriss der Brandmauer wagt.

Ulrich Vosgerau | Das Schema ist einfach: Die größte Oppositionspartei gilt nicht mehr als legitim, sondern als verfassungsfeindlich. Diese muss man niederkämpfen, vielleicht gar verbieten – jedenfalls hat sie perspektivisch zu verschwinden. Weil das erkennbarer Mehrheitswille der anderen Parteien ist, gibt es auch diese Neigung beim Bundesverfassungsgericht als quasi Schiedsrichter. Denn in der Postdemokratie kommt es entscheidend auf den – ursprünglich von den Medien gestifteten – Elitenkonsens an, aus dem auch das Bundesverfassungsgericht nicht ausscheren will, denn es will ja Teil der Eliten bleiben. Man könnte sagen, so wie der mediale Konsens die Demokratie erledigt hat, erledigt der Elitenkonsens, der aus dem Medienkonsens hervorgeht, auch die Gewaltenteilung bzw. den Pluralismus überhaupt.

Das können Sie sich so vorstellen: Wenn ein bislang noch so berühmter und anerkannter Klimaforscher morgen öffentlich sagen würde: „Also, zu welchem genauen Anteil der Klimawandel eigentlich menschlich verursacht ist und ob er überhaupt nennenswert mit dem CO₂-Ausstoß zu tun hat, das weiß doch in Wahrheit kein Mensch!“ – Dann würde das ja nicht bedeuten, dass der Elitenkonsens gescheitert ist, weil die Eliten sich zerstritten haben. Sondern es würde bedeuten, dass dieser Forscher ab sofort nicht mehr Teil irgendwelcher Eliten ist, sondern überall geschnitten und aussortiert würde. Zustimmung zum Elitenkonsens ist Voraussetzung der Elitenzugehörigkeit, ganz anders

als früher in der Demokratie, wo die Opposition eben die Gegen-Elite war.

Das Bundesverfassungsgericht läuft durchaus noch mit einem großen Selbstbewusstsein herum, es sagt eben: bei politischer Uneinigkeit sind wir der Schiedsrichter! Aber bei politischen Konflikten, an denen die AfD bzw. ihre Bundestagsfraktion beteiligt ist, versagt das Bundesverfassungsgericht immer wieder. Es sagt dann quasi: was braucht man einen Schiedsrichter, wenn alle sich einig sind? Gemeint damit ist: wenn alle, auf die es ankommt, sich einig sind, und das ist eben nicht die AfD! Und der Hintergrund dessen ist: die Bundesverfassungsrichter fürchten eben, selbst nicht mehr als „Elite“ anerkannt zu werden, wenn sie der AfD zu oft Recht geben...

Mit rein rechtlichen Argumenten kann man das nicht erklären. Das kann man nur verstehen, wenn man die Mentalität kennt, und die Veränderungen der Mentalitäten in der Postdemokratie.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich, bevor wir die Leserinnen und Leser ins selbstbestimmte Nachdenken entlassen, noch eine Frage stellen. Stehen Sie mit Ihren Argumenten als Staatsrechtler alleine oder sehen Sie sich eingebettet in eine doch womöglich in weiten Teilen schweigende Schar von Rechtswissenschaftlern, die das, was Sie ausführen, teilen?

Ulrich Vosgerau | Weder das eine noch das andere, denn beides wäre übertrieben. Jedenfalls, alleine bin ich nicht. Es gibt viele Staatsrechtler, die das ebenso sehen. Ein Heidelberger Kollege hatte mir damals unmittelbar nach der Grenzöffnung gesagt: Selbstverständlich hätte ich recht, aber er werde das nicht öffentlich sagen, sonst würden ihm seine Studenten die Fensterscheiben einwerfen. Wobei das nicht „seine

Studenten“ gewesen wären, sondern eher die linken Berufsaktivisten, die sich seit geraumer Zeit an den Universitäten herumtreiben, was nicht sein müsste...

Ralf M. Ruthardt | Danke für das Gespräch, Herr Dr. Ulrich Vosgerau.

Quellen:

¹ <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2025/wie-die-richterwahl-auf-eine-ueberforderte-unionsfraktion-trifft/>



Dr. Ulrich Vosgerau

(Jg. 1974, Pinneberg/Holst.), studierte Rechtswissenschaften in Passau und Freiburg, promovierte 2006, habilitierte 2012, war Privatdozent für Öffentliches Recht in Köln bis 2024. Seit 2004 als Rechtsanwalt in Berlin tätig, publiziert und referiert regelmäßig.





Medienkritik. Bürgerrechte. Perspektivenwechsel.

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Joana Cotar

Foto: pixabay



Es ist kein übliches Interview. Es ist ein Gedankenaustausch – und genau das soll es sein. Joana Cotar spricht über politische Entfremdung, Medienkritik und ihren Weg vom Bundestag in die außerparlamentarische Öffentlichkeit. Sie fordert mehr Bürgerbeteiligung und echte Debatten. Dabei stellt sie sich gegen den Rückzug ins Private, zu der sich viele Menschen – ob deren Entfremdung von Politik – entschlossen haben.

Ralf M. Ruthardt | Joana Eleonora Cotar wurde 2017 in den Deutschen Bundestag gewählt und war dort bis November 2022 Mitglied der AfD-Fraktion. Anschließend, bis zum Ende der Legislaturperiode im März 2025, war sie fraktionslose Abgeordnete. Liebe Joana Cotar, ich freue mich sehr auf unser Gespräch. Seit Ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag sind Sie mir geradezu täglich in den sozialen Netzen präsentiert worden – und ich habe gesehen, dass Tausende von Kommentaren zu Ihren Positionierungen voll Lob und Anerkennung sind.

Was haben die letzten Wochen und Monate mit Ihnen gemacht und welche Erkenntnisse sind im Kontext von Interviews und dem Austausch in den sozialen Netzen dazugekommen? Oder anders gefragt: Wie geht es Ihnen?

Joana Cotar | Zum einen geht's mir sehr gut. Ich hatte tatsächlich befürchtet, dass sich nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag so eine Art Wehmut oder ein Bedauern einstellt. Schließlich kann ich dort jetzt nicht mehr mitreden. Aber das ist tatsächlich ausgeblieben. Der Bundestag fehlt mir also nicht, aber ab und zu ärgere ich mich, dass ich nicht mehr im Plenum zu Wort komme und Friedrich Merz und anderen widersprechen kann.

Deswegen habe ich nach anderen Wegen gesucht, um mich zu Wort zu melden und meine Erfahrungen und Argumente in die Diskussion einzubringen. Meine aktuelle Erfahrung hat gezeigt, dass ich über die

sozialen Netzwerke eine Menge Leute erreicht habe.

Meine Einstellung zur Politik hat sich seit dem Ausscheiden aus dem Bundestag nicht geändert. Ich bin engagiert und mir liegt Politik immer noch am Herzen. Sie haben es ja bereits angesprochen, dass ich mich in vielen Interviews zu dem geäußert habe, was ich im Bundestag tatsächlich erlebt habe. Dieser Blick hinter die Kulissen hat viele Menschen sehr überrascht und beschäftigt. Es gilt, grundsätzliche Fragen zu stellen – das geht über die Frage, welche Partei man wählt, weit hinaus.

Ralf M. Ruthardt | In einem Interview habe ich von Ihnen gehört, dass dem Grunde nach keine der Parteien im Bundestag besser als die andere sei. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger eine Veränderung wählen – und dann doch wieder das bekommen, was sie eigentlich abgewählt haben.

Joana Cotar | Man wählt und hat das Gefühl, dass sich jetzt etwas ändern wird. Schlussendlich wird man wieder geradezu betrogen. Bundeskanzler Friedrich Merz hat das gemacht, noch bevor er zum Kanzler gewählt wurde. Deswegen müssen wir uns ganz andere Fragen stellen. Die Resonanz der Leute auf meine Hinweise, welche das sind, ist sehr positiv. Deshalb stimmt mich das hoffnungsvoll.

Ralf M. Ruthardt | Mich überrascht, dass Sie hoffnungsvoll sind. Bitte teilen Sie mit uns



diese Hoffnung, wo doch so viel Irritation, Frustration und Resignation in Deutschland begründeter Weise vorhanden ist. Und um es zu versachlichen, weise ich auf die Verbundenheitsstudie des Rheingold-Instituts hin: Dort wurde festgestellt, dass 89 % der befragten Menschen in Deutschland die Gesellschaft als gespalten sehen.

Joana Cotar | Sehen Sie, es war früher nicht ganz so einfach, zu den Leuten durchzudringen. Ich möchte den Menschen erklären, dass wir grundsätzliche Probleme haben. Und durch die sozialen Medien und die alternative Presse ist das heutzutage viel leichter möglich.

Wir müssen würdigen, dass die meisten Leute in ihrem Alltag gefangen sind. Die gehen zur Arbeit, kümmern sich um ihre Kinder, sind ehrenamtlich in Vereinen engagiert – und müssen oftmals mit dem durch die Inflation geringer gewordenen Realeinkommen umgehen. Die Menschen sind ausgelastet oder gar überlastet. Sie überlegen dann fieberhaft, wen sie wählen können, damit sich das ändert. Also welche Partei das kleinere Übel ist, welche am wenigsten schadet.

Meiner Meinung nach ist das jedoch genau verkehrt. Wir sollten als Gesellschaft nicht danach entscheiden, welche Partei am wenigsten Schaden in Deutschland anrichtet, sondern was wir in unserem Parteiensystem ändern müssen, damit es besser wird. Es geht darum, dass Deutschland wieder auf einen „grünen Zweig“ kommt. Ich habe den Eindruck, dass jetzt viele Menschen bereit sind, darüber nachzudenken. Viele Menschen sind

auch bereit, über die Freiheit nachzudenken. Die Freiheit ist in Deutschland jahrelang von der Politik und weiten Teilen der Medien mit Füßen getreten worden. Spätestens seit der Corona-Krise sind viele Menschen aufgewacht und haben erkannt, dass Politik ihnen einfach so die Grundrechte wegnehmen kann. Das war etwas, was viele Leute und auch ich nie für möglich gehalten hätten. Die Abwehrrechte der Bürger gegenüber dem Staat zählen offensichtlich nichts mehr. Schauen wir auf die „Aktionstage gegen Hass“ im Internet oder nehmen Sie beispielsweise die Hausdurchsuchungen und Prozesse bei Michael Ballweg. Ballweg saß mehrere Monate in Haft – letztendlich wohl wegen 19 Euro angeblicher Steuerhinterziehung. Da fragt man sich, was passiert, wenn man sich selbst engagiert und Demonstrationen gegen die Entscheidungen der Regierung initiiert. Was die Menschen lange ignoriert haben, das lässt sich jetzt nicht mehr unter dem Teppich halten. Es geht grundsätzlich etwas sehr schief in Deutschland. Die Menschen sind bereit, darüber nachzudenken und drängen darauf, dass sich etwas in ihrem Sinne ändert. Erkennbar agieren die Bundesregierungen spätestens seit der „Ampel“ gegen eine bürgerliche Mehrheit.

Ralf M. Ruthardt | Mein Eindruck ist, dass während der 16 Jahre Kanzlerschaft von Frau Dr. Angela Merkel es für weite Teile der Menschen ein angenehmes Gefühl war, sich einer angeblich alternativlosen Politik und einem womöglich mütterlichen Kümmern anzuvertrauen. Man ist seiner Arbeit nachgegangen, hat sich um ein schöneres Auto gekümmert, hat überlegt, in welchem Land man bisher

noch keinen Urlaub verbracht hat. In den sozialen Netzen und vor den digitalen Endgeräten hatte man seine Unterhaltung – und bei Live-Konzerten oder im Fußballstadion seine gesellschaftlichen Höhepunkte.

Dann kam die Pandemie. Und Corona hat uns überrollt. Als Gesellschaft sind wir nahezu komplett in Reih und Glied gestanden. Manche ohne Nachzudenken. Manche aus Überzeugung. Und andere, um ja nicht aufzufallen. Letztere haben schnell begriffen, dass man mit einem Polizeiauto quer durch einen Stadtpark verfolgt werden kann, wenn man keine Maske trägt.

Jetzt stellen wir fest, dass wir als Bürgerinnen und Bürger der Politik, den Medien und den staatlichen Institutionen in weiten Teilen kritisch gegenüberstehen. Wir fühlen uns zunehmend nicht mehr so sehr verbunden, wie das vor Jahrzehnten noch der Fall gewesen ist. Dabei könnte unsere Positionierung dahin gehen, dass wir uns auf unsere bürgerlichen Rechte und Pflichten konzentrieren und diese wahrnehmen. Wir könnten uns vermehrt parteipolitisch konstruktiv einbringen und nicht nur den Unmut mehr oder oftmals auch wenig qualifiziert den sozialen Netzen anvertrauen. Wir könnten die Perspektiven wechseln, unsere Sicht reflektieren und damit unsere Argumentation justieren.

Schaffen wir es als Gesellschaft, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich außerparlamentarisch am Diskurs beteiligen und damit den Mandatstragenden in unserer parlamentarischen Demokratie eine Wegweisung beziehungsweise Rückenstärkung geben? Wäre es nicht ein versöhnendes Momentum, wenn im Bundestag nicht mehr wohl kaum eine Handvoll Personen die Hunderte von gewählten Repräsentanten dominieren? Hätte das nicht etwas Konstruktives und Versöhnendes?

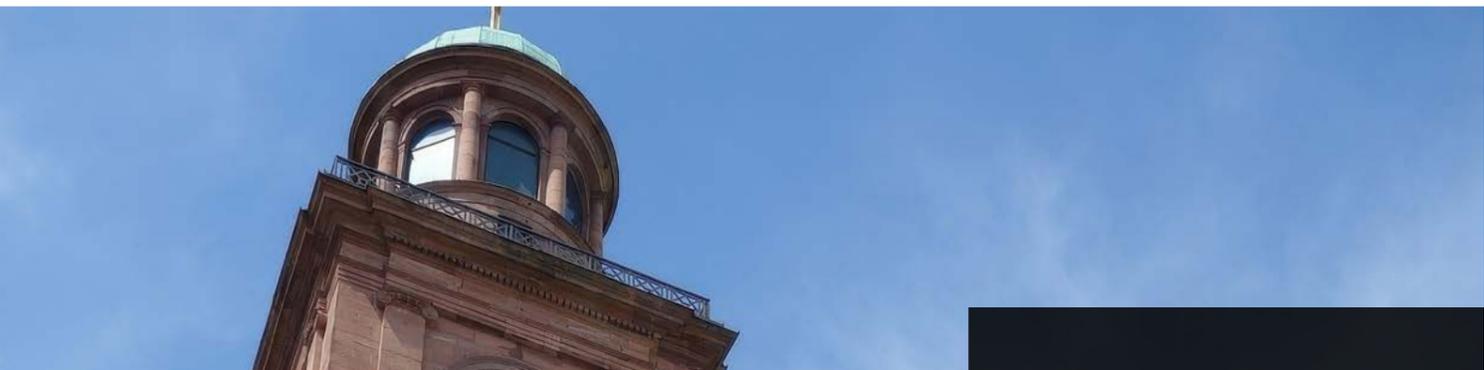
Joana Cotar | Das ist eine schwierige Frage. – Also, Sie haben recht und ich habe früher auch immer gesagt, dass in der Regierungszeit von Merkel das Motto in Deutschland galt, die „Mama Merkel und Vater Staat“ kümmern sich schon um uns. Selber denken gilt in Deutschland als nicht erforderlich, das überlassen wir den Politikern. Die Regierung wird schon für uns sorgen.

Die Regierung redet einem ein: Du brauchst als Bürger keine Angst zu haben, wir beschützen dich. In der DDR war es ja auch ein antifaschistischer Schutzwall und keine Mauer, an der Menschen erschossen wurden, die nur versuchten, das Land zu verlassen.

Diese Narrative gilt es zu durchbrechen, gemeinsam.

Ralf M. Ruthardt | Narrative und Framing – Worte schaffen Wirklichkeiten, wenn man nicht mit selbstbestimmtem Denken dagegenhält und prüft, was einem von Politik und Medien gesagt wird.

Joana Cotar | Langsam wachen mehr und mehr Menschen auf. Die merken, dass ja genau das Gegenteil von dem geschieht, was man eigentlich haben möchte. Ich weiß nicht, wie lange es dauern wird, bis wir lagerübergreifend wieder in den Diskurs kommen werden. Im Moment habe ich das Gefühl, dass sich die Gesellschaft mit jedem Monat mehr spaltet. Klar, es gibt ja genug Themen, die dazu genutzt werden können. Wenn wir ein paar Jahre zurückgehen, dann hat es mit der Migrationskrise angefangen. Irgendwann hatten wir die Corona-Zeit. Heute haben wir den Russland-Ukraine-Krieg und die maßgeblich durch die Energiekosten angetriebene Inflation. Letztere hat dauerhaft die Kaufkraft der Menschen geschwächt, auch wenn es die Leute unterschiedlich hart trifft. Dann sind da Israel und die Palästinenser





in Gaza. Wieder stellt man fest, wie sich die Lager weiter aufspalten.

Ralf M. Ruthardt | Es ist ja auch unübersichtlich geworden: Vielleicht war jemand für die Aufnahme der Flüchtlinge, aber gegen die Impfpflicht. Heute ist er womöglich für die Unterstützung der Palästinenser, aber gegen eine bedingungslose Unterstützung der Ukraine. Sodann wieder für eine Vermögenssteuer, aber bei der Abschaltung der Kernkraftwerke hat er dies unlogisch empfunden, weil man darüber CO2 eingespart hätte und nicht das dreckige LNG-Gas in diesem Umfang gebraucht hätte.

Joana Cotar | Ja, es ist so, dass Leute für irgendwelche Partikularinteressen auf die Straße gehen und das große Ganze aus dem Blick verlieren. Sie hatten vorher ein weiteres Problemfeld angesprochen: den Rückzug des Einzelnen ins Private. Ich bin ehrlich, ich hatte für mich diesen Gedanken auch: mich nach meiner Zeit im Bundestag und nach zehn Jahren Parteiarbeit zurückzuziehen. Der Gedanke ist auch begründet. Das politische Geschäft ist so „dreckig“ – damit komplett aufzuhören, seine Sachen zu packen und auszuwandern, wird da schon zur Option. Es ist erkennbar, wenn sich in Deutschland nicht Wesentliches ändert, dann geht es so weit bergab, dass die Lebensqualität hierzulande mit der bisherigen keineswegs zu vergleichen sein wird.

Ich habe mich aber entschieden, weiterhin den Mund aufzumachen, solange das noch möglich ist. Menschen, die die Freiheit und Selbstbestimmung lieben, müssen in Deutschland sehr viel lauter werden. Und gerade die Leute, die ihre Argumente einbringen, müssen sich politisch engagieren. Es geht darum, frei reden und argumentieren zu können. Es geht darum, dass Politik sich wieder am Wählerwillen orientiert.

Eigentlich sollen die Parteien an der Willensbildung des Volkes mitwirken. So steht es im Grundgesetz. Wenn wir uns die Realität angucken, bestimmen in Deutschland die führenden Köpfe in den Parteien, was in unserem Land passiert. Es passiert das, was in den Zentralen der regierenden oder indirekt mitregierenden Parteien beschlossen wird. In den Regierungsfraktionen wird das dann durchgepeitscht – komme, was wolle. Nur bloß nicht gegen das eigene Gesetz abstimmen. Fraktionsdisziplin! Wenn man von der Politik in Deutschland spricht, dann ist es eine sehr kleine Clique, die die Macht in der Hand hält.

Ralf M. Ruthardt | Welche Bedeutung haben an der Stelle die Medien? Mir kommt es oftmals so vor, als ob die sogenannte vierte Gewalt manchmal fast schon die erste Gewalt ist. Es richten sich Leute in der Politik danach aus, in den Medien nicht negativ aufzufallen. Und die Medien ihrerseits brauchen möglichst hohe Impressions bzw. Kickraten, um sich über Werbeeinnahmen zu finanzieren oder um im internen Wettbewerb der Bessere zu sein. Am Ende hat es dann zu oft mit einer sachlichen Berichterstattung wenig zu tun. Und bei den angesprochenen Leuten, die Regierungsverantwortung haben, blickt man wohl immer mit mindestens einem Auge darauf, dass man ansprechend ankommt. Nicht nur inhaltlich, sondern – wie wir unter anderem seit Annalena Baerbock wissen – auch ästhetisch optimiert auftritt.

Joana Cotar | Gerade bei DIE GRÜNEN sieht man exemplarisch ganz gut, wie wichtig die Medienarbeit ist. Auf den Sommerreisen 2025 sitzen Leute von DIE GRÜNEN im Zug auf dem Fußboden. Da könnte man schon erkennen, dass es eine choreografierte Inszenierung ist. Die Medien sind tatsächlich diejenigen, die das Ganze noch am Laufen halten. Die Journalisten sollten ihren Job machen und den Finger in die Wunden legen. Kritisch nachfra-

gen und erkenntnisbereichernde Recherche betreiben. Nicht selber Politik und eine Haltung verkaufen wollen, sondern berichten, was tatsächlich ist. In diesem Fall wäre in Deutschland wohl einiges anders als heute.

Aber die Medien scheinen sich weitgehend an die Politik angepasst zu haben. Kein Wunder, wenn man sich anschaut, wer beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeitet. Da ist viel grüne und linke Haltung im Spiel.

Ralf M. Ruthardt | Für meinen ersten Roman „Das laute Schweigen des Max Grund“ und für den aktuellen Roman „Untergang der GREEN“ habe ich intensiv recherchiert. Die Verzahnung von Politik und Medien – und da rede ich nicht nur anlässlich von Sommerfesten in den Landesvertretungen in Berlin – erscheint mir zu eng und geradezu abstoßend. Es gibt nach meiner Einschätzung eine Symbiose zwischen politischen Mandatsträgern und Entscheidern und zwischen Menschen, die in den Medien was zu sagen haben, die für mich als einfachen Demokraten kaum aushaltbar ist.

Joana Cotar | Wenn Sie dann noch überlegen, dass Leute aus den Medien anschließend Regierungssprecher werden können. Bei solchen Optionen will man sich doch eher nicht mit Kritik an Politik reiben. Schließlich könnte sich ja dort irgendwann ein lukrativer Job ergeben. Das dürfte es eigentlich nicht geben: Diese Drehtür zwischen Politik und Medien.

Ralf M. Ruthardt | Und dann sind da noch die „Tagesschau“ und andere Apps für die Smartphones. Dieser Tage habe ich mit einem Soziologen geredet. Dieser meinte, dass viele junge Leute in Umfragen sagen: Ich habe die Tagesschau-App und dadurch bin ich gut informiert. Die eigene Meinungsbildung durch verschiedene Quellen abzusichern, ist offensichtlich der Zeit wegen



oder weil man es an den Schulen und im Elternhaus nicht vermittelt bekommen hat, gar nicht mehr üblich.

Joana Cotar | Mir fällt generell auf, dass wir uns ganz gerne in unseren eigenen Blasen bewegen. Also, sowohl die Leute, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk folgen, als auch diejenigen, die sich in den Social Media – oftmals maßgeblich bei X – informieren. Hier müsste man die Frage nach der Medienkompetenz stellen.

Ralf M. Ruthardt | Das Wort Perspektivenwechsel ist einer meiner Lieblingsbegriffe. Er hat so etwas Hoffnungsvolles: Dort, wo man die Perspektive wechselt, lernt man sein Gegenüber besser zu verstehen – und kommt damit einem Konsens näher. Es ist ja für mein Magazin *MITMENSCHENREDEN* eine wesentliche Aufgabe, den Perspektivenwechsel den Leserinnen und Lesern anzubieten. So hatten wir beispielsweise in der [Ausgabe 2025-03](#) Katrin Henneberger im Interview. Einer ihrer Kerngedanken war, dass Menschen, die die AfD wählen, nicht verziehen werden könne.

Joana Cotar | Ist ja irre.

Ralf M. Ruthardt | Ich fand es hochinteressant. Denn auf meine Nachfrage nach beispielsweise dem Umstand, dass die Partei auf dem Wahlzettel steht, blieb Katrin Henneberger bei ihrer Sicht der Dinge: Es könne diesen Leuten nicht verziehen werden. Ich bin ob dieser harten Ansage etwas erschrocken gewesen, gleichwohl es ein schönes Gespräch mit einer sehr sympathischen Katrin Henneberger gewesen ist.

Nun bin ich von der Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein wahrhaftiger Fan. Warum? – Weil man dort nicht von potenziellen Werbeeinnahmen getrieben sein muss. Man könnte journalistisch arbeiten und sich auf Berichterstattung und Kommentare



fokussieren. Man stelle sich vor, dort wären vor allem Menschen, die Freude an einer möglichst objektiven Berichterstattung hätten. Berichten, was ist! Man stelle weiter vor, da wären Leute, die die Demut hätten, nicht einkommensmaximierend arbeiten zu wollen. Menschen, die nicht vor Eitelkeit strotzen oder sich als politisch ausschlaggebend erleben wollen.

Wie inspirierend und bereichernd sind meine Geschäftsreisen gewesen, auf denen ich am sehr frühen Morgen und am späten Abend vom Deutschlandfunk über die Geschehnisse des Tages informiert wurde! Und heute leide ich geradezu, weil ich ständig wachsam sein muss, dass ich keinem Framing zum Opfer falle. Kann ich bitte „meinen“ Deutschlandfunk wieder zurückhaben? – Haben Sie, liebe Frau Cotar, einen Zauberstab? (lacht)

Joana Cotar | Ja, wenn wir so einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk hätten, wäre es ja toll. Aber das ist er nun mal nicht und diesen Zauberstab habe ich noch nicht gefunden. Deshalb lassen Sie uns über das reden, was geht: Keine Zwangsabgaben für den Rundfunk! Und wenn schon einen ÖRR, dann bitte eine journalistisch gute Berichterstattung. Es braucht keine Kochsendungen und keine Unterhaltungsserien auf Kosten der Beitragszahler. Vielleicht würde darin ein Kompromiss liegen, um neutrale Nachrichten zu bekommen und nicht komplett eingefärbt und mit Erziehungsauftrag.

Und noch ein Punkt: Viele der Journalisten arbeiten freiberuflich oder jedenfalls ohne eine gesicherte Festanstellung. Da ist schon Druck drin – und man will seine Einkommensquelle nicht verlieren. Das ist nachvollziehbar, macht aber nicht frei.

Jedenfalls können wir festhalten, dass in Deutschland an vielen Stellen große Herausforderungen auf uns warten und wir als

Menschen uns einmischen und einbringen müssen.

Ralf M. Ruthardt | Ihren Hinweis auf unsere Bürgerrechte und Ihren Appell, unseren Bürgerpflichten nachzukommen, nehmen wir als Schlusswort und entlassen Leserinnen und Leser in die selbstbestimmte Meinungsbildung. – Herzlichen Dank, Joana Cotar, für das Gespräch.



Joana Cotar

war von 2017 bis 2022 Bundestagsabgeordnete der AfD und bis März 2025 fraktionslos tätig. Seit ihrem Ausscheiden engagiert sie sich öffentlich über Interviews und soziale Medien für mehr bürgerliche Freiheiten.



www.saskia-thurner.de
Saskia Thurner | Ölmalerei



Infrastruktur neu denken

Lehren aus der Ahrtal-Katastrophe

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Markus Becker

Foto: Ralf M. Ruthardt

Die Flut im Ahrtal im Juli 2021 hat eine Katastrophe ausgelöst. Die schweren Überschwemmungen sind durch lang anhaltenden Starkregen verursacht worden. Nun sind rund vier Jahre vergangen – und nun ist Ralf M. Ruthardt mit Markus Becker im Gespräch: Becker kommt aus dem Ahrtal und ist in mehrfacher Hinsicht involviert. Seine Erkenntnisse hat er zudem gemeinsam mit Prof. Dr. Guido Quelle in „Und dann fällt der Strom aus ...“ (Mentoren-Media-Verlag, 2024) festgehalten. In der Beschreibung des Buches wird darauf verwiesen, dass die Erkenntnisse aus der Flutkatastrophe im Ahrtal vor allem an Bürgermeister und Landräte adressiert sind.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns, lieber Markus Becker, an Ihren Erfahrungen und Erkenntnissen teilhaben. Dabei wollen wir uns an dieser Stelle auf die *kommunalen* Infrastrukturen konzentrieren. Unbenommen dessen ist uns allseits das Schicksal der vielen Menschen durch die Katastrophe im Ahrtal in Erinnerung. Ebenso die beeindruckende Hilfsbereitschaft – und die Mühen der staatlichen Institutionen, mit der Katastrophe umzugehen.

Markus Becker | Seit rund 30 Jahren unterstütze ich Kommunen bei der strategischen Planung und operativen Umsetzung von Tiefbauprojekten – mit einem besonderen Fokus auf unterirdische Infrastruktur. Ich leite ein Ingenieurbüro im Ahrtal, das sich bereits in zweiter Generation auf diesen Bereich spezialisiert hat.

Entsprechend sind wir unter anderem für Kommunen im Ahrtal das beratende Ingenieurbüro, was technische Fragestellungen angeht. Vor allem geht es um unsere Expertise – von der Planung über die Umsetzung bis zum Betrieb. Im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe 2021 waren wir als Ingenieurbüro natürlich als Wissensträger eingebunden.

Ralf M. Ruthardt | Wenn wir von Infrastruktur sprechen, dann geht es vor allem um Frischwasser, Abwasser, Straßen und Fernwärme ...

Markus Becker | ... ja, genau. – Diese war im Einflussbereich der Flut faktisch völlig zerstört. Unmittelbar nach der Katastrophe hat die Blaulichtfamilie – also die Rettungskräfte – Lebensmittel, Wasser und andere lebenswichtige Dinge zu den Betroffenen gebracht. Das hat alle Beteiligten sehr gefordert, denn die Unterstützung war teilweise viele Wochen oder sogar Monate notwendig.

Natürlich kann man den Rettungskräften nicht auf alle Zeiten diese Aufgabe zumuten, sondern die kommunalen Akteure mussten irgendwann selber in die Gänge kommen. Das war bei dieser in ihrem Ausmaß riesigen Katastrophe eine besondere Herausforderung. Man darf nicht übersehen, dass die Verantwortlichen für den Betrieb eines Wasser- oder Abwasserwerkes teilweise ja selbst zu Hause betroffen gewesen sind.

Ralf M. Ruthardt | Selbst betroffen und mit dem Wiederaufbau beschäftigt zu sein und dann parallel die berufliche Aufgabe, beispielsweise für einen Wasserzweckverband den kompletten Neuaufbau einschließlich Krisenmanagement zu bewältigen – das klingt nach nicht machbar.

Markus Becker | Die Größe der Aufgabe hat überfordert. Ein Grund mehr, weshalb Prof. Dr. Guido Quelle und ich das erwähnte Buch verfasst haben. Ich wollte, dass Erfahrungen dokumentiert sind – über das Bewältigen der Ahrtal-Katastrophe hinaus. In den Krisen-



staben haben meine Kollegen und ich die fachliche Seite bedient. Vor den Ereignissen von 2021 und danach haben wir ohnehin eine Fülle von Projekten betreut. Da kommt einiges an Wissen und an Erfahrungen zusammen. Deswegen gehe ich seit geraumer Zeit aktiv auf Bürgermeister und Landräte zu.

Ralf M. Ruthardt | Mit Kommunalpolitik und der Arbeit von Stadtrat und Kreistag sind Sie bestens vertraut. Schließlich haben Sie Erfahrungen aus 20 Jahren Kommunalpolitik.

Markus Becker | Für die CDU war ich über 20 Jahre in der Kommunalpolitik aktiv. Daher habe ich ein tiefes Verständnis dafür, wie im ländlichen Raum Demokratie funktioniert. Da sind viele Abende, die man sich um die Ohren schlägt, bis alles und alles von jedem gesagt wurde. Vieles ist zäh – braucht also Zeit. Man muss damit zurechtkommen.

Nun, davon bin ich tief geprägt und habe großen Respekt vor Menschen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren. Es ist sehr einfach, sich dem Ganzen zu entziehen und seiner Freizeit nachzugehen. Aber unsere Demokratie braucht engagierte Leute. Wenn wir auf die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister schauen, dann sind dort am Ende der Legislaturperiode oftmals Existenzängste. Da geht dann keiner her und startet ein großes Infrastrukturprojekt, welches eine jahrelange Laufzeit hat. Projekte mit Komplexität und mit einer langfristigen Strategie kommen dann unter die Räder. Dabei verlangen die erwartbaren Entwicklungen eine Energiewende, eine Verkehrswende ... solche strategischen Projekte. Und die haben alles etwas mit der kommunalen Infrastruktur und deren Umbau, Ausbau oder Erneuerung zu tun.

Ralf M. Ruthardt | Wenn man an das Ahr-tal denkt, dann denkt man zum einen an die Katastrophe. Die Bilder haben sich geradezu eingebrannt. Man denkt an das Leid der

Menschen und man denkt an die beeindruckende Hilfsbereitschaft. Vielleicht kommen Leserinnen und Lesern als nächste Punkte die Vorwürfe an Politik und die Überforderung in die Erinnerung. Womöglich denkt man eher weniger an das operative Geschehen: Die komplexen Details einer Wiederherstellung von Infrastrukturen und was damit zusammenhängt.

Konnte Ihr Buch bereits eine Wirksamkeit entfalten, indem sich Verantwortliche in Kommunen und Landkreisen an den dort dokumentierten Erkenntnissen und Hinweisen orientiert haben?

Markus Becker | Seit Sommer 2024 versuche ich, jeden Monat einen Bürgermeister und in jedem Quartal einen Landrat zu besuchen. Bisher bin ich bei etwa zehn Bürgermeistern und bei vier Landräten zum Gespräch gewesen. Das Fazit ist, dass man sich der Problematik bewusst ist, aber sich nicht gut aufgestellt sieht.

Ralf M. Ruthardt | Bedeutet, dass die politischen Verantwortungsträger auf ihre Verwaltungen hoffen. So nach dem Motto, die werden das hoffentlich im Griff haben.

Markus Becker | Genau. Es wird durch die Verwaltung geregelt. Aber es braucht strategische Vorgaben und gemeinsame Planungen. Die Hoffnung, dass die Verwaltung die Infrastruktur am Laufen hält und Bürgerinnen und Bürger durch Baumaßnahmen möglichst nicht beeinträchtigt werden, ist trügerisch.

Man braucht einen Plan und man muss die Menschen mitnehmen. Letzteres ist genauso wichtig wie der Plan. Es nützt nichts, wenn man einen Katastrophenplan oder irgendein Konzept hat und es ist nicht mit geeigneten und ausgebildeten Leuten unterfüttert. Es

braucht die Menschen, die das verstehen und die es umsetzen wollen.

Deshalb sage ich zu den Landräten, dass sie auf die Fluktuation bei den technischen Führungskräften und auf die Schulungsmaßnahmen schauen sollen. Wenn die Leute gehen oder nicht weitergebildet werden, dann sind die Probleme absehbar. Eine hohe Fluktuation in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere im technischen Bereich ist ein akutes Problem. Da spielt die Demografie eine Rolle. Die Fachkräfte können es sich aussuchen, wo sie arbeiten wollen.

Ralf M. Ruthardt | Und die Fluktuation bringt neben den Kosten für die Neurekrutierung das große Problem mit sich, dass Kenntnisse über die lokalen Gegebenheiten, also über Brücken, Wassernetze und so weiter, mindestens temporär verloren gehen. Neue Leute müssen sich einarbeiten und diese Kenntnisse zuerst wieder bei sich aufbauen. Das braucht Zeit – und diese Zeit ist eher nicht gegeben.

Markus Becker | Vor allen Dingen gehen die Zusammenhänge verloren. Bei Planungen und Realisierungen wird zwischen den Gewerken, den Fachbereichen und auch kommunenübergreifend viel gesprochen. Klar, der schlussendliche Plan fasst das zusammen. Aber weshalb es zu den einzelnen Planungsdetails gekommen ist, steht da natürlich nicht drin. Gerade diese Zusammenhänge sind für den Betrieb und für weitere Entwicklungen von hohem Nutzen. Wenn die erfahrenen Leute erst mal weg sind, fängt man fast von vorne an.

Die Kommunen brauchen langfristige Konzepte und müssen ihren Bestand im Blick haben. Beides ist oftmals ein Problem. Denn für Bürgermeister und Landräte geht es bei Infrastrukturprojekten meist um zwei Kenngrößen: Die eine Kenngröße ist „es muss

funktionieren“ und die andere Kenngröße lautet „keine Gebührenerhöhung“.

Ralf M. Ruthardt | Da ist womöglich nicht der Betrag als solcher im Wahlkampf ein Problem, sondern alleine die mediale Berichterstattung, dass zum Beispiel Abwasser teurer wird. Bürgerinnen und Bürger versuchen dann womöglich gar nicht erst, den Zusammenhang zu verstehen, obwohl dieser sie selbstredend betrifft. Und es braucht also die Bürgerinnen und Bürger, die solche wichtigen Maßnahmen mittragen, weil sie deren Notwendigkeit und Nutzen verstanden haben.

Markus Becker | Nun, da wird die Wassergebühr um 15 Euro im Jahr erhöht und die Leute schimpfen. Zugleich kauft man sich für 600 Euro ein neues Smartphone. Wo bleibt da die gesunde Relation? Die Menschen brauchen die Einsicht, dass Infrastruktur nicht selbstverständlich ist. Viele haben nicht auf dem Radar, dass die kommunale Infrastruktur in Deutschland meist sehr alt ist. Gerade im ländlichen Raum.

Ralf M. Ruthardt | Da versteht man, dass Bürgermeister und Landräte darauf hoffen, dass ihre Legislaturperiode möglichst nicht durch große Infrastrukturmaßnahmen gestört wird. Der Neubau einer Mehrzweckhalle ist da schon angenehmer. (lacht)

Markus Becker | Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem Tiefbauamtsleiter aus Baden-Württemberg. Der verwies auf über 100 von ihm zu betreuende Bauwerke in seiner Stadt: Brücken, Stützmauern und so weiter. Seinem Bürgermeister sei jedoch die Sichtbarkeit eines schönen Stadtkerns das Wichtigste – und deshalb wird da alle zehn Jahre was Neues draus gemacht.

Ein schöner Stadtmittelpunkt – darauf liegt die Fokussierung. Es muss aber etwas für die Brückeninstandhaltung getan werden. Lei-





tungen für Frischwasser und Abwasser und so weiter müssen instand gehalten werden.

Ralf M. Ruthardt | Die flächendeckende Einführung von Frisch- und Abwassersystemen in deutschen Städten und Gemeinden erfolgte hauptsächlich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, wobei der genaue Zeitpunkt je nach Region und Stadtgröße stark variierte. Damit haben sich Hygiene und Lebensqualität für alle erkennbar und wesentlich zum Besseren entwickelt. Heute haben wir uns daran gewöhnt – und man nimmt es selbstverständlich.

Da schimpft der gemeine Bürger, wenn mal wegen Baumaßnahmen seine Garage für zwei Wochen nicht erreichbar ist oder für acht Stunden kein Frischwasser verfügbar ist. Dabei sind Erneuerungen oftmals komplex: Zwischen Haupt- und Nebenstraßen müssen die einzelnen Adern angefasst werden ...

Markus Becker | ... und man darf nicht vergessen, dass über den tiefer liegenden Frisch- und Abwasserleitungen zumeist noch ein ganzes Spinnennetz von Glasfaserleitungen und vielem mehr liegt. Wenn man da unten zwecks umfassender Erneuerung ran will, dann muss zunächst das darüberliegende Spinnennetz entwirrt werden. Mangels klarer, übergeordneter Kompetenzen beispielsweise der Kommunen legen zwischenzeitlich die Energieversorger und Kommunikationsunternehmen ihre Leitungen fast schon planlos rein. Hauptsache drin. Erde und Asphalt drüber – und fertig. Das ist nicht gut und verursacht enorme Kosten, wenn man dann an die darunterliegenden Leitungsnetze ran muss.

Ralf M. Ruthardt | Können Sie auf diese Problematik etwas genauer eingehen?

Markus Becker | Früher hatte der Leiter des Tiefbauamtes einer Stadtverwaltung die

Hoheit über den öffentlichen unterirdischen Raum. Heute gibt es die vielen Akteure, die Konzessionsrechte haben. Bei Schäden nimmt man sich gegenseitig in Regress. Das ist oft ein riesiges Schauspiel – auch für spezialisierte Anwaltskanzleien. Da wurde das Allgemeingut privatisiert – und jetzt wird es für Einzelinteressen, etwa von Kommunikationsanbietern, verbraucht.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns bitte, lieber Markus Becker, der Frage nachgehen, welche Lösung es für das von Ihnen beschriebene und nachvollziehbare Problem gibt?

Markus Becker | Man braucht jemanden, der eine gewisse Ordnungsmacht hat. Es muss jemand Korridore zur Verfügung stellen. Das wird zwar mehrfach versucht, aber bisher mit eher wenig Erfolg. Mein Eindruck ist, sobald man mit „anonymen“ Akteuren in großen Konzernen unterwegs ist, die ihrerseits wiederum Subunternehmen einsetzen, haben die kommunalen Verantwortungsträger quasi keine Chance. Wenn, dann müssten andere gesetzliche Regelungen her.

Ralf M. Ruthardt | Die Vergabe an Subunternehmen ist in vielen Branchen ein Problem. Ja, Kostenreduzierung auf der einen Seite, aber die Frage nach den Arbeitsergebnissen in dieser dadurch komplexer werdenden Arbeitsteilung, nach den Arbeitsbedingungen und nach dem höher werdenden Abstimmungsaufwand müssen schon gestellt werden.

Markus Becker | Im Tiefbau haben wir viele Konstellationen mit Subunternehmen. Es wird insgesamt um Arbeitskräfte gekämpft. Dass der Tiefbau wichtig ist und die dortigen Berufe hochrelevant sind, sollte uns als Gesellschaft bewusst sein.

Es gibt noch weitere Herausforderungen: Da ist der Umgang mit Fördermitteln. Dann

gibt es die Potenziale durch eine fortschreitende Digitalisierung. Nicht jede Idee wirkt sich produktiv aus. Am Ende sind die Tiefbaukosten hoch und den auf einen Return on Invest getrimmten Konzernen der Privatwirtschaft stehen auf der anderen Seite die kommunalen Träger gegenüber – und am Ende die Steuer- und Gebührenzahler. Straßenausbaubeiträge, Kanalgebühren, Wassergebühren und Co. lassen grüßen.

Ralf M. Ruthardt | Wir sprechen hier über die kommunalen Infrastrukturen und fokussieren uns auf das, was vergraben liegt. Müssen wir die kommunalen Interessen und deren Realisierung neu denken? Braucht es eine neue Ordnung von Verantwortung und Kompetenzen?

Markus Becker | Ja, da bin ich ganz bei Ihnen. Ich habe lange überlegt, welchen Beitrag ich im Kontext der kommunalen Infrastruktur leisten kann. Das Ergebnis ist, dass ich eine Genossenschaft gegründet habe. Lassen Sie mich einen Vergleich suchen: Man kennt die DATEV als eingetragene Genossenschaft. Diese steht seit fünf Jahrzehnten für die buchhalterische oder steuerberatende Datenverarbeitung ihrer über 40.000 Mitglieder. Da sind Interessen gebündelt worden – und zwar zum Vorteil der Mitglieder.

Mit der *inframeta eG* versuche ich und meine Partner etwas Ähnliches. Wir haben dort einzigartige „Produkte“: das Wissen, die Erfahrung und daraus resultierende Planungsvorlagen und so weiter für Wasser- netze oder für Schulbauten. Man stelle sich eine große Bibliothek mit Daten vor. Das Ziel: Die genossenschaftliche Struktur ermöglicht es Kommunen, kommunalen Betrieben, Versorgungsunternehmen, Ingenieurbüros und Baufirmen, ihre Infrastrukturprojekte reibungsloser, wirtschaftlicher und ressourcenschonender umzusetzen. Dabei bleibt die uneingeschränkte Selbststän-



digkeit und Souveränität aller Beteiligten gewahrt. – Das beschreibt die Idee hinter der Genossenschaft.

Ralf M. Ruthardt | Ich finde es immer wieder begeisternd, wie aus der Komplexität heraus neue Lösungen, neue Strukturen und Prozesse entstehen. Es sind die freiheitlichen Elemente, welche eine liberale Gesellschaft kennzeichnen und wo das Unternehmertum Mehrwerte für die Gesellschaft hervorbringt.



Markus Becker

Markus Becker ist Ingenieur, Coach und Unternehmer. Er bringt Menschen zusammen, engagiert sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der unterirdischen Infrastruktur – und treibt dabei auch die Digitalisierung praxisnah und lösungsorientiert voran. Seine Begeisterung gilt zukunfts-fähigen, kommunalen Projekten.



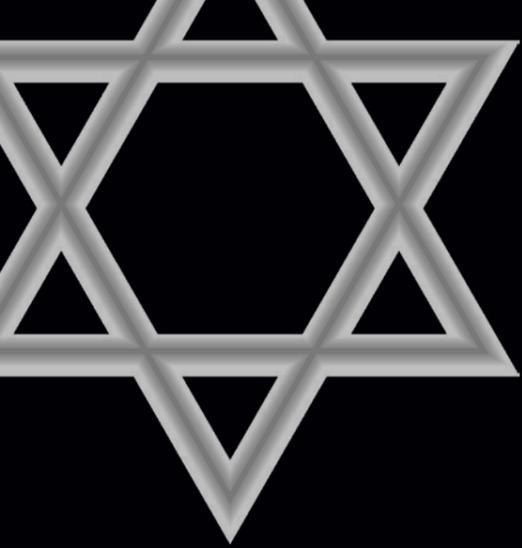


Foto: pixabay Ri_Ya



Jüdisches Leben hörbar machen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit Thomas Spindler



Thomas Spindler spricht im Magazin *MITMENSCHENREDEN* über das deutsch-israelische Projekt *Arche Musica*, das jüdisches Kulturerbe durch Musik, Bildung und gelebten Alltag sichtbar macht – gegen Antisemitismus und für eine offene Gesellschaft

Ralf M. Ruthardt | Über jüdisches Leben in Deutschland haben wir in der Ausgabe 2025-02 von *MITMENSCHENREDEN* mit Prof. Dr. Roland Rixecker gesprochen. Und in der Ausgabe 2025-03 vom Juli 2025 berichtet Andreas E. Mach über jüdische Unternehmer in München zur Zeit des Nationalsozialismus. Es ist mir als Herausgeber ein Anliegen, dass wir gemeinsam das Judentum in Deutschland in Erinnerung und im aktuellen Blick behalten.

Nun, es freut mich sehr, mit Thomas Spindler über ein Projekt zu sprechen, das das Jüdische als Bestandteil unseres Alltags versteht. Als etwas ehemals Selbstverständliches, was wiederum zu etwas Selbstverständlichem werden darf. Schön, Thomas Spindler, dass Sie Zeit für das Gespräch haben.

Lassen Sie uns zunächst über Ihre Rolle im deutsch-israelischen Forschungs- und Bildungsprojekt „Arche Musica“ sprechen.

Thomas Spindler | Das jüdische Leben, die jüdisch-deutsche Geschichte und die deutsch-israelische Geschichte sind für mich wichtige Themen, die ich gemeinsam mit unseren Projektpartnern wieder zurück in unsere Zivilgesellschaft bringen möchte.

Heute, in einer Zeit, in der Antisemitismus und Juden Hass offen zutage treten, werden das Wissen über unsere Geschichte und die Erinnerungskultur zu zentralen Handlungsfeldern unserer demokratischen Gesellschaft. Das Wissen über das jüdische Leben und jüdische Erbe ist nur in kleinsten Bruchstücken vorhanden. Diese große Wissenslücke begünstigt den zunehmenden Antisemitis-

mus, besonders in den jungen Generationen. Das vorhandene Defizit in ersten Ansätzen mit Wissen zu füllen, ist der Kernansatz unserer Projektarbeit, die zu großen Teilen durch ehrenamtliche Arbeit getragen wird.

Unser 2018 gegründetes deutsch-israelisches „Projekt 2025 – Arche Musica“ ist ein in Deutschland einzigartiges Bildungs- und Forschungsprojekt im Bereich der aktiven Erinnerungskultur und Antisemitismusprävention. Die Projektziele sind die Erforschung, Digitalisierung und Bewahrung des weltlichen jüdischen Kulturerbes und die Etablierung der musikalischen Erinnerungskultur. Alle im Projekt erarbeiteten Inhalte werden über die digitale Dialogplattform „Arche Musica“ weltweit und mehrsprachig zur allgemeinen Teilhabe zur Verfügung gestellt. Die Inhalte werden in Bildungseinrichtungen und Schulen eingesetzt, um das jüdische Erbe nachhaltig sichtbar zu machen.

Durch unsere Zusammenarbeit mit dem von Alt Bundespräsident Christian Wulff geführten Deutschen Chorverband wurden wir gemeinsam zu einem der wirkungsvollsten Projekte der aktiven Erinnerungskultur in Deutschland. Der Deutsche Chorverband ist der größte Musikverband Europas. Seine mehr als 700.000 Sängerinnen und Sänger in nahezu 11.000 Chören übernehmen Inhalte unserer Forschungsarbeit in ihr Repertoire und bringen diese weltliche jüdische Musik zurück in die Mitte der Zivilgesellschaft. Diese Zusammenarbeit ist nun das größte Projekt zur chormusikalischen Erinnerungskultur in Europa.

Ralf M. Ruthardt | Das Projekt „Arche Musica“



bringt vergessene oder verdrängte musikalische Werke jüdischer Komponisten zurück ins Bewusstsein. Wie weit sehen Sie darin nicht nur einen kulturellen, sondern auch einen gesellschaftspolitischen Beitrag gegen das schleichende Vergessen jüdischen Lebens in Deutschland?

Thomas Spindler | Kaum ein Kind, Jugendlicher oder Erwachsener kennt aktives jüdisches Leben oder jüdische Kultur aus seinem eigenen Lebenszirkel. Jüdisches Leben bleibt, aus bekannten Gründen, weitgehend unsichtbar für die breite Masse der Zivilgesellschaft. Es ist wichtig, hier einen Austausch und Dialog zu beginnen und jüdischem Leben wieder Raum zu geben, das Kennenlernen zu fördern. Nicht zu Unrecht fordert Dr. Josef Schuster: „sprecht nicht über Juden, sprecht mit Juden“. Auch wenn es den jüdischen Gemeinden schwerfällt, sich weiter zu öffnen, aber an einem „meet a jew“ führt kein Weg vorbei.

Ralf M. Ruthardt | Viele Initiativen zur Erinnerungskultur wirken oft museal oder ritualisiert. Ich nehme wahr, dass Sie mit Ihrem Engagement mehr bewirken sollen.

Thomas Spindler | Ja, es geht mir um das Alltägliche. Jüdisches Leben im Alltag stattfinden lassen, indem das gemeinsam nicht nur anlassbezogen betont, sondern tagtäglich gelebt wird.

Wenn wir die Zeit nehmen, aus der unser 2019 in Jerusalem wiederentdecktes „jüdisch-deutsches Liederbuch von 1912“ stammt, dann sehen wir eine Epoche, in der Deutsche jüdischen Glaubens und Deutsche christlichen Glaubens nahezu vollständig emanzipiert und gleichberechtigt waren. Man stand gemeinsam an den Werkbänken der Fabriken, nahm gemeinsam am Schulunterricht teil, war in Sport- und Chor-

gemeinschaften und opferte gemeinsam als Soldat sein Leben im 1. Weltkrieg.

Wir sind von dieser Art des Zusammenlebens und Respekts Lichtjahre entfernt. Dennoch ist es für uns gerade in unseren Schulprojekten ein wichtiges Moment, auf diese Epoche hinzuweisen, die nicht Fiktion, sondern gelebte Realität war.

Ralf M. Ruthardt | Angesichts wachsender antisemitischer Tendenzen in Deutschland und darüber hinaus: Welche Wirksamkeit sehen Sie bei der Kultur, über das einzelne Erlebnis hinaus aktiv eine Haltung zu bewirken, bei der jüdisches Leben sichtbar willkommen ist?

Thomas Spindler | Kultur kann viele verbindende Elemente aktivieren. In unseren schulpädagogischen Projekten, wie Alef-Bet (hierüber ist auch ein sehr gutes Video auf unserer Projektwebseite zu sehen: www.arche-musica.org), setzen wir viele Arten von Musik ein. Gemeinsames Singen ist ein wunderbares Mittel. Mit der Lernmethode unseres israelischen Projektleiters Danny Donner lernen unsere deutschen Schüler innerhalb von 45 Minuten, ein hebräisches Lied zu singen.

Durch unsere barrierearme Notation der Zaubersharfen ermöglichen wir den Schülern, innerhalb weniger Minuten gemeinsam deutsche oder hebräische Lieder zu spielen.

Natürlich bildet auch die Literatur eine wichtige Säule durch die vielen jüdischen Autorinnen und Autoren, die weltbedeutende Werke geschrieben haben, die wir Schülern und Pädagogen wieder nahebringen.

Der Wille, sich auf eine Begegnung mit jüdischer Kultur einzulassen, ist der erste Schritt, den unsere Kursteilnehmer eigenständig gehen müssen. Dann öffnen sich für sie



viele Ebenen, auf denen wir ihnen Begegnungen zu den unterschiedlichsten Themen, Lebensgeschichten, Werken und Emotionen ermöglichen.

Bildung ist der zentrale Weg, über den Verständnis und Vertrauen entwickelt werden kann. Nur wer einander kennenlernt, schafft eine Chance für den Dialog und die Begegnung. Antisemitismus ist Menschenfeindlichkeit. Menschenfeindlichkeit wird schwieriger, wenn man einander kennt.



Thomas Spindler

Jahrgang 1963, ist Journalist, Musikproduzent und Leiter des deutsch-israelischen Projekts „Arche Musica“. Für seine Bildungs- und Erinnerungsarbeit erhielt er 2023 den Preis der Leipziger Buchmesse „Best Musikedition 2023“ und 2024 das Bundesverdienstkreuz.



Hexenmeister oder Zauberlehrling? Über Wissen, Verantwortung und die Risiken des Stillstands

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Dr. Alexander Schatten

In seinem neuen Buch „Hexenmeister oder Zauberlehrling?“ wirft Dr. Alexander Schatten einen kritischen Blick auf die Krise der Wissensgesellschaft. Im Gespräch mit *MITMENSCHENREDEN* erläutert er, warum wir Expertise neu denken müssen – und was passiert, wenn Erkenntnis durch Ideologie ersetzt wird. Ein Interview über Wissenschaft, Macht und Verantwortung.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Herr Dr. Alexander Schatten, was war der zentrale Auslöser oder persönliche Impuls, dieses Buch zu schreiben?

Alexander Schatten | Im Grunde genommen schreibe ich an diesem Buch bereits seit 15 Jahren. Ich entdecke immer wieder neue Wechselwirkungen: Erkenntnisse der Wissenschaft, die Frage, was als Expertise gelten kann und wie diese zustande kommen – und deren Wirkung auf die Welt und unsere Gesellschaft. Aber auch die Wirkung auf die Gesellschaft im Sinne von Lebensqualität. Es gibt eine Fülle von Blickwinkeln. Überall verbirgt sich etwas Neues. Vor allen Dingen sind es die gegenseitigen Wechselwirkungen, die mich fasziniert und zum Teil verstört haben.

Wahrscheinlich habe ich dieses Buch in Summe dreimal geschrieben – der vielen Iterationen wegen. Mein persönlicher, interner Lernprozess ist ein wesentlicher Teil des Inhalts geworden. Und dann ist da noch die Frage, was denn eigentlich Fortschritt ist – gut, das ist dann vielleicht eine Frage, mit der ich mich im nächsten Buch beschäftige.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns über Ihre Motivation sprechen. Was wollen Sie bei uns Leserinnen und Lesern mit dem Buch bewirken?

Alexander Schatten | Der Buchtitel spricht vom Hexenmeister und vom Zauberlehrling. Klar, der Titel nimmt Bezug auf das Goethe-Gedicht, manche mögen die Geschichte auch aus dem Disney-Klassiker Fantasia kennen, wo Mickey Maus den Zauberlehrling

spielt. Man könnte beispielsweise sagen: Ein Mensch bekommt vom Hexenmeister den Auftrag, das Treppenhaus zu kehren. Wie unangenehm anstrengend, stellt der Mensch fest und hat dann eine schlaue Idee: Warum soll er sich so sehr anstrengen? Wenn der Hexenmeister sich die Arbeit mit Zauberei erleichtern kann, dann sollte er das wohl auch einmal versuchen. Hier können wir etwas über Innovation lernen. Der Mensch versucht, frei von eigener Expertise, schlau zu sein – und das Ganze gerät ihm außer Kontrolle. Er überschwemmt das Treppenhaus, den Flur – und ist am Ende froh, dass der Hexenmeister zurückkommt und die Sache in Ordnung bringt. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Nun, unsere Lebenswirklichkeit kennt einen allwissenden und das Chaos beherrschenden Hexenmeister nicht ... (lacht)

Alexander Schatten | Genau. Bei uns kommt kein Hexenmeister. Wir sind nicht Mickey Maus – und doch: Wir streben als Menschen ständig nach Innovationen. Wir wollen neue Dinge machen, die das Leben angenehmer, weil sicherer oder entspannter oder beherrschbarer, machen. Das bringt uns als Menschheit erkennbar nach vorn. Aber es bleibt die Frage offen: Sind wir der Zauberlehrling, der über die eigene Hybris stolpert? Oder sind wir doch der Hexenmeister, der Innovation mit Geschick zum Nutzen der Menschen einsetzt? Wir sind wohl beides.

Blicken wir 100 Jahre zurück: Wenn man sich bewusst macht, wie die damaligen Lebensumstände waren, will aus heutiger Sicht



niemand mehr so leben. Aber das Ausprobieren und Nach-etwas-Neuem-Suchen ist eben immer auch mit Gefahr verbunden. Dieses Dilemma bleibt, dass Dinge außer Kontrolle geraten können. Hier sehe ich einen sehr interessanten Konflikt. Einen Konflikt zwischen Risiko, Chance – und auch potenzieller Katastrophe. Aber das Perfide und oft Übersehene ist, dass auch der Stillstand enorme Risiken birgt. Wir sind, sozusagen, dynamisch stabilisiert und müssen ständig schwimmen, um nicht unterzugehen.

Ralf M. Ruthardt | Beim Lesen des Manuskripts habe ich mir die Frage gestellt, ob ich „Hexenmeister“ oder doch eher ein „Zauberlehrling“ bin. Was sagen Sie: Sind wir Menschen unserer eigenen Wissensproduktion noch gewachsen?

Alexander Schatten | Ich würde sagen, dass diese Frage nicht eben mal so beantwortet werden kann. Vielmehr sollten wir das als prozessuale Herausforderung sehen. Wie gehen wir als Menschen damit um, dass wir ständig mit Neuem konfrontiert sind und was macht es mit uns, wenn wir Fehler machen – also uns etwas misslingt? Probieren wir es erneut und versuchen, das wieder in den Griff zu bekommen? Diese Frage ist also immer wieder aufs Neue zu stellen und findet keine endgültige Antwort.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe mir vor dem Hintergrund, dass ich in den vergangenen Jahren einige Start-ups rund um Innovationen zur Prozessautomatisierung basierend auf künstlicher Intelligenz gegründet habe, die Frage gestellt, ob ich jetzt der Hexenmeister oder der Zauberlehrling gewesen bin? Oder haben die Rollen gewechselt, je nach Kontext?

Alexander Schatten | Das Buch *Radical Uncertainty: Decision-Making Beyond*

the Numbers von John Kay und Mervyn King untersucht etwa, wie man Entscheidungen trifft, wenn sich Ereignisse derart unberechenbar zeigen, dass ihnen keine Wahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können – was die Autoren als radikale Unsicherheit bezeichnen. Eine Situation, die einen großen Teil unseres Lebens umfasst.

Ralf M. Ruthardt | Das bedeutet, dass Risiken sich oft probabilistisch fassen lassen – Unwägbarkeiten hingegen nicht. Damit sind Modelle hinfällig, die glauben, dass alles mess- oder modellierbar sei.

Alexander Schatten | Ja, die Welt ist komplex und in einem sehr radikalen Sinne unsicher. Selbst mit Künstlicher Intelligenz (KI) und mit immer besser werdender Technik können wir aus sehr prinzipiellen Gründen nicht vorhersagen, was passieren wird. Wir werden immer wieder von dem überrascht sein, was kommt.

Das ist sozusagen die Natur der Sache. Leute, die langfristige Vorhersagen machen, sind geradezu sehr gefährlich, weil sie ein Vertrauen in eine Planbarkeit oder eine Vorhersagbarkeit der Welt vortäuschen, das schlicht nicht gegeben ist. Anders ausgedrückt:

Gerade Sie als Unternehmen werden es wissen, dass man eine Idee hat und noch während man an der Idee arbeitet, stellt man fest, dass sie eigentlich nicht funktioniert – und aus der ursprünglichen Idee wird eine weitere Idee. Man muss agil sein und seine Vorhaben und Pläne stets mit dem tatsächlichen Effekt auf die Welt abgleichen. Erst dann entsteht irgendwann etwas produktiv Neues, etwas, was man als Fortschritt begreifen kann. Wir müssen den Umgang mit der prinzipiellen Unsicherheit lernen. Daraus ergibt sich ein anderer Zugang zur Welt.

Ralf M. Ruthardt | Ihre Ausführungen erinnern mich spontan an meinen Hauptschullehrer. Der hatte uns Kindern in den 1970er-Jahren gesagt: 1920 hatte keiner eine verlässliche Vorahnung, was 1933 sein wird. Und 1933 hatte keiner eine Vorstellung, wie das 1942 oder 1945 in Deutschland ausschaut. Und 1945 hatte keiner die Vorhersagekraft, dass es bald schon ein „Wirtschaftswunder“ geben wird. – In diesem Sinn habe ich Ihre Hinweise verstanden.

Alexander Schatten | Ja, so war es gemeint.

Ralf M. Ruthardt | Medienerfahrene Experten – oder solche, die dort als Experten angekündigt werden – haben oftmals die Neigung, sich eines Narrativs zu bedienen, um den komplexen Diskurs zu vermeiden. Man will nicht über grundsätzliche Unsicherheiten bei Prognosen sprechen. Es wird eine Sicherheit suggeriert, die faktisch nicht vorhanden ist.

Nehmen wir politische Themen, wie die Prognosen zum Klimawandel oder die Erwartungen, dass die Migrationspolitik seit 2015 unsere Sozialsysteme entlasten würde. Experten schildern in den Diskussionen zu oft die Sachverhalte, die ihre Erzählung stützen. Widersprechende Daten und Fakten werden ausgespart. Talkshows und Parlamente sind voll davon.

Ich habe den Eindruck, dass wir als Gesellschaft in Deutschland trotz massiven Wissenszuwachses und trotz vorhandener Methodologie – um mit diesem Wissen umzugehen – zu viele unvernünftige Entscheidungen fällen.

Alexander Schatten | Dem stimme ich zu. Ich würde noch einen Schritt zurückgehen. Es ist ein Thema, über das ich sehr lange nachgedacht habe. Wir verwenden Begriffe wie „Expertise“ und „Wissen“ ganz gern als Synonyme. Es sind aber keine Synonyme.

Mir scheint es sehr wichtig zu sein, zunächst einmal die Frage zu stellen, was überhaupt Expertise ist und worüber man Expertise haben kann. Dies beschreibe ich im Buch auch genauer. Kurz gesagt: Es gab schon in der Antike aus gutem Grund zwei Begriffe; sowohl die Griechen als auch die Römer unterschieden zwei Arten des Wissens, *Scientia* & *Episteme*: für Wissen um seiner selbst willen; *Ars*, *Techne*: für angewandtes Wissen, das sich gerade auch im römischen Reich durch zahlreiche herausragende architektonische und technische Leistungen manifestiert. (Heute könnte man vielleicht noch *tacit vs. implicit knowledge* ergänzen.)

Die Universität ist sehr stark in allem, was formalisierbar und niederschreibbar, vielleicht sogar mathematisch ausdrückbar ist. Das ist schön und gut, aber nur ein Teil des relevanten Wissens und ein noch kleinerer Teil der Expertise der Welt.

Unis sind auch im Zeitalter mangelnder journalistischer Kompetenz sehr stark im Selbst-Marketing, und daher glauben viele Menschen, die wesentliche Expertise der Zeit läge an den Unis. Dies ist eine unzulässige Verkürzung.

Ralf M. Ruthardt | Danke für diesen Impuls. Ich muss mich an einer ähnlichen Stelle selbst korrigieren: Bisher habe ich oft von „Argumenten“ und von „gemachter Erfahrung“ gesprochen. Das ist nicht stimmig. Ich muss zukünftig von „Wissen“ und „gemachten Erfahrungen“ sprechen, die in Argumentationen angeführt werden.

Alexander Schatten | Meine Definition von „Expertise“ wäre: Sie ist die Fähigkeit, Veränderungen der Welt zuverlässig vorauszusagen oder herbeizuführen. Nehmen wir ein einfaches Beispiel. Ein Installateur wird beauftragt, ein Waschbecken anzubringen. Wenn er das schon hundertmal gemacht





hat, verfügt er über eine umfassende Expertise. Da kann er prognostizieren, wie lange es dauern wird und was es kostet. Am Ende wird das Waschbecken hoffentlich ordnungsgemäß angeschlossen sein und funktionieren. Außerdem lässt sich die Expertise empirisch relativ leicht überprüfen.

Ralf M. Ruthardt | Das ist eindrücklich. Was sagt uns das?

Alexander Schatten | Ich halte diese Unterscheidung für zentral. Unsere Diskussionen werden heute oft unrund, weil Menschen in Politik und im Journalismus bei „Expertise“ an Menschen mit einer Professur denken. Aber nur, weil jemand forscht, lehrt oder ein Fachbuch geschrieben hat, lässt das noch nicht automatisch auf eine Expertise, also auf eine gemachte Erfahrung, schließen.

Ralf M. Ruthardt | Das bedeutet: Um zu vernünftigen Lösungen zu kommen, braucht es *angewandtes* Wissen. Oder anders formuliert: Wenn wir einen lösungsorientierten Diskurs führen wollen, ist es notwendig, dass Menschen involviert sind, die über Expertise aus der realen Welt verfügen.

Lassen Sie mich den Versuch unternehmen und ein Beispiel machen: Wissenschaftlich kann durch Modelle prognostiziert werden, wie viel eine spezifische Windkraftanlage an

Strom ernten kann. Mindestens so interessant wäre die Einschätzung und das Korrektiv von Menschen zu hören, die irgendeine Windkraftanlage schon mal aufgebaut und in Betrieb genommen haben.

Ich könnte noch Beispiele beisteuern, die aus der Softwareentwicklung kommen. Dort hat mich mein Berufsleben gelehrt, dass zwischen dem Softwareentwicklungskonzept und der schlussendlich produktiv nutzbaren Softwarelösung fast schon sprichwörtliche Welten liegen können.

Alexander Schatten | Ja, das Beispiel trifft es exakt. – Es kommt noch ein zweiter Punkt hinzu. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten eine Hyperspezialisierung erlebt. Da gibt es an den Universitäten Leute, die sich mit der Kante des Windflügels beschäftigen und der Frage nachgehen, was aerodynamisch passiert. Das ist auch gut und richtig. Nur, solche Leute reden dann gerne über Windkraft als solche, obwohl sie nur zu einem ganz spezifischen Teil Ahnung haben. Sie haben jedoch keine Ahnung, wie das systemisch ausschaut – wie das in der realen Welt mit tausenden anderen technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aspekten wechselwirkt.

Thomas Sowell betont, dass Expertise in der Gesellschaft weit verbreitet ist. Es werde

der Fehler gemacht, dass die Erwartung an Expertise oft auf eine Person mit Professur fokussiert wird.

Expertise bezieht sich aber hauptsächlich auf den Bereich von Techne und Ars und ist zudem in der Gesellschaft breit verteilt. Dies ist auch einer der wesentlichen Gründe, warum Planwirtschaft nicht funktioniert. Weil eben diese verteilte Expertise nicht richtig genutzt wird und die Menschen nicht motiviert sind, weitere Expertise aufzubauen und die Risiken einzugehen, diese zu nutzen.

Somit kann es einen großen Spalt zwischen Wissen und Expertise in der realen Welt geben.

Ralf M. Ruthardt | ... und das geht dann unmerklich schief. (lacht) – In Ihrem Buch schreiben Sie von Hoffnung und Verantwortung.

Alexander Schatten | Es gibt ein Zitat von Karl Popper aus den 1990er-Jahren: „Die Intellektuellen scheinen sich geradezu verschworen zu haben, uns immer wieder zu erzählen, wie schlecht die Welt ist, in der wir leben. Ich halte das für einen fürchterlichen Unsinn, eine wirkliche Lüge, die aber fast allgemein geglaubt wird. In der Zeit meiner Jugend gab es in Deutschland, Österreich, Frankreich, England noch Sklaverei. Vor allem Frauen waren damals versklavt – als Haushaltsgehilfinnen, Köchinnen, Wäscherinnen usw. [...] Daneben hat es fürchterliches Elend gegeben.“

Warum wir mit Blick auf innovative Entwicklungen gute Gründe zur Hoffnung haben, will ich an einem Beispiel aus 1924 verdeutlichen. Der damalige US-Präsident Calvin Coolidge hatte zwei Söhne. Zum Zeitpunkt des Geschehens waren die Jungs wohl noch Teenager. Beim Tennisspiel auf dem Tennisplatz vor dem Weißen Haus in Washington hatte der jüngere Sohn eine Blase am Fuß bekommen.

Die Blase infizierte sich und es kam zu einer Blutvergiftung (Sepsis). Innerhalb weniger Tage ist der junge Mann verstorben. Das war vor rund 100 Jahren.

Nicht einmal der US-Präsident konnte seinen Sohn vor dem tödlichen Verlauf der Infektion bewahren. Zu dieser Zeit (1924) gab es noch keine Antibiotika. Penicillin wurde erst 1928 entdeckt und erst ab den 1940ern klinisch breit eingesetzt. Heute wäre eine solche Infektion tatsächlich in den allermeisten Fällen leicht behandelbar, meist mit Antibiotika.

Will sagen: Wir haben ungeheure Fortschritte der Lebensqualität gemacht. Und zwar global, also nicht nur in der sogenannten westlichen Welt. Wir haben enorm viele Menschen aus der bitteren Armut herausgeholt. Das sind positive Zeichen unter der Annahme, dass es uns als Menschheit gelingt, ganz große Katastrophen zu vermeiden. Letzteres wäre zum Beispiel ein Atomkrieg, welcher tatsächlich vollkommen verheerend wäre. Übrigens, ein Atomkrieg ist eine der wenigen existenziellen Katastrophen, wobei dieses Risiko heute offenbar kaum mehr jemanden kümmert.

Ralf M. Ruthardt | Das erinnert mich an einen Beitrag von Prof. Dr. Karl Hans Bläsius, bei dem er über „Atomkrieg aus Versehen“ schreibt (*MITMENSCHENREDEN* – Ausgabe 2024-02; ab Seite 40).

Alexander Schatten | „Aus Versehen“ ist ein gutes Stichwort. Denn meine große Sorge ist nicht so sehr, dass zwei mächtige Präsidenten einander den Krieg erklären. Vielmehr liegt meine Sorge genau darin, dass in komplexen Kontexten die Dinge aus Missverständnissen heraus eskalieren.

Zurück zum Thema. Wenn wir uns global umschauen, dann erleben wir viele junge Menschen, die hungrig nach Fortschritten sind. Menschen, die etwas leisten wollen – um





sich etwas leisten zu können. Ich war vor zwei Jahren in Saudi-Arabien. Was sich dort an Entwicklungen und Veränderungen abspielt, ist für uns hier in Europa geradezu unvorstellbar. Indonesien, Vietnam, Indien, China – das sind Milliarden Menschen. Junge Menschen, die positiv in die Zukunft blicken und die Welt positiv ändern wollen. Und auf der anderen Seite blicken wir auf uns in Deutschland oder Österreich. Auch hier könnte man sich für eine gute Zukunft entscheiden – wenn man es wollte.

Da haben die Großeltern beispielsweise die Infrastruktur mit viel Mühe aufgebaut ...

Ralf M. Ruthardt | ... und wir ignorieren in Deutschland bereits zu Zeiten von Dr. Angela Merks Kanzlerschaft, dass Infrastruktur erneuert werden muss.

Alexander Schatten | ... und uns fehlt gesellschaftlich die Sensibilität, wie man priorisieren muss. Konsumtive Ausgaben versus kluge Investitionen. Immer noch der Glaube an staatliche Intervention statt individueller Leistung. Wenn wir das nicht rasch in den Griff bekommen, wird die Welt schnell vorangehen und wir fallen weiter zurück, als es den meisten Menschen heute klar ist.

Sich zu entscheiden ist sowohl eine individuelle Frage als auch eine Frage des sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Konsenses. Und da sind wir wieder bei der Expertise: Die großen Veränderungen sind meist ein Bottom-up-Prozess; also von unten nach oben.

Die Individuen vernetzen sich und schaffen Neues. Sie versuchen verschiedene Dinge – und daraus entstehen Innovationen. Das ist doch auch der Grund, warum Planwirtschaft so oft zum Schaden aller scheitert.

Und was haben wir mit Blick auf Europa? Trotz der massiven politischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre entscheiden wir uns bislang nicht dazu, das individuelle und freiheitliche Agieren zu stärken.

Ralf M. Ruthardt | Diesen Appell für das Liberale nehmen wir als Schlusspunkt. Herzlichen Dank, lieber Dr. Alexander Schatten, für Ihre Ausführungen und Ihre inspirierenden Gedanken. Wir entlassen unsere Leserinnen und Leser in die Erkenntnis- und in die freie Meinungsbildung – und freuen uns über den Perspektivenwechsel, den Sie uns geboten haben.

Dr. Alexander Schatten

hat Chemie, Philosophie und Informatik studiert. Er hat 30 Jahre Erfahrung in Softwareentwicklung und -architektur. Er ist in der Wissenschaft tätig, hat für große Beratungsunternehmen gearbeitet, war Teamleiter und Geschäftsführer mehrerer Softwareunternehmen. Sein Interesse gilt besonders dem Verhalten komplexer Systeme und der Wechselwirkung zwischen technischen Systemen und menschlichen Organisationen.

Er ist heute Senior Researcher bei SBA Research, Lektor an der TU Wien, Managementberater und Podcaster: podcast.zukunft-denken.eu



„... ein rührender Roman über die schwierige Erfahrung, einen geliebten Menschen mit Demenz zu begleiten. Max besucht seinen Freund Moritz, der nach einem Schlaganfall kaum noch sprechen kann.“

Trotz der Stille versucht Max, ihm mit eigenen Geschichten Nähe zu schenken. Das Buch zeigt, wie wichtig Worte und menschliche Verbindung sind, auch wenn Erinnerungen verblasen. Eine berührende Geschichte, die zum Nachdenken anregt. Sehr lesenswert!“

Rezension von Britta Gielow



Samstags bringe ich dir Worte
Roman von Ralf M. Ruthardt
Edition PJB
ISBN 978-3982574936
Taschenbuch | nur € 11,90

auch als eBook & Hörbuch



EDITON PJB

Untergang der »GREEN«

Dieser Roman wirft Fragen zu klimabewegten NGOs auf und endet in einem gnadenlosen Überlebenskampf auf hoher See. Die Gischt der Unvollkommenheit klatscht dem Gutmenschentum eiskalt ins Gesicht.



Das laute Schweigen des Max Grund

Max Grund, ein Bürger wie du und ich, ist irritiert. Er ist mit vielen politischen Entscheidungen nicht mehr einverstanden. Und zu oft wird er von Politik und Medien belehrt, was er denken und wie er leben soll.



Samstags bringe ich dir Worte

Ein geliebter Mensch taucht in eine Welt des Schweigens ab. Dieser bewegende Roman zeigt, wie Freundschaft und Hingabe selbst dann bestehen können, wenn schwere Krankheit den Alltag völlig umkrepelt. Das Buch ist ein Mutmacher.



Mensch sein – Mensch bleiben

Lektionen über Menschlichkeit, Unvollkommenheit, Versöhnung und den wahren Wert des Lebens. Diese bewegende Sammlung von Kurzgeschichten nimmt Sie mit auf eine emotionale Achterbahnfahrt.



bösartig – Ein Kaleidoskop

Ein Kaleidoskop unbequemer Wahrheiten. Es geht um Macht, um Moral und um die Menschlichkeit. Diese Kurzgeschichten bieten eine mehrfache Spiegelung auf Unerhörtes und Unglaubliches.



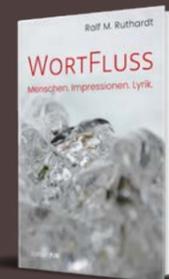
WortFarben

Eine farbenfrohe lyrische Reise um die Welt. Die melodischen Texte zaubern Bilder ferner Kulturen und Landschaften vor das innere Auge. Für Momente der Meditation in einer unruhigen Welt.



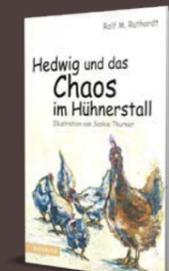
WortFluss

Mitleid, Respekt, Intelligenz, Freundschaft und Vertrauen. Die lyrischen Texte fangen flüchtige Momente ein und verwandeln sie in zeitlose Erkenntnisse. Jedes Gedicht ist eine Einladung, die Welt aus einer neuen Perspektive zu betrachten.



Hedwig und das Chaos im Hühnerstall

Romane. Kurzgeschichten. Lyrikbände. Und jetzt auch noch ein bebildertes Kinderbuch. Ralf M. Ruthardt bedient die Genres mit fröhlicher Leichtigkeit. – Das Chaos im Hühnerstall wurde von Saskia Thurner illustriert.





MENSCHEN IM PORTRÄT



Durch's Reisfeld zum gesunden Gehen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Karl Müller

Foto: Karl Müller

In dieser Rubrik *MENSCHEN IM PORTRÄT* sprechen wir mit Menschen, deren gesellschaftliches Engagement und Wirken uns als Leserinnen und Lesern eine Quelle der Inspiration für unser eigenes Tun sein kann. Als Menschen können wir unsere Gesellschaft bereichern.

Karl Müller gilt als Pionier des gesunden Gehens. Mit den Marken MBT und später Kybun stellte der Schweizer die Schuhwelt auf den Kopf – gegen alle Konventionen. Im Interview erzählt er, wie persönliche Schicksalsschläge, Erfahrungen in Korea und der Glaube ihn prägten, warum er Schuhe als Medizin versteht und stetig weiterentwickelt.

Ralf M. Ruthardt | Es gibt Marken von Schuhen für gesundes Stehen und Gehen, die direkt mit deinem Namen, lieber Karl Müller, verbunden sind. Manche bezeichnen dich als Pionier, was das Entwickeln von Gesundheitsschuhen anbelangt. Woher kam deine persönliche Motivation, dich mit diesem Thema so intensiv auseinanderzusetzen? Sind es eigene Schlüsselerfahrungen gewesen?

Karl Müller | Die Hälfte meines Lebens hatte ich nichts mit Schuhen zu tun gehabt, außer dass ich – wie so viele Menschen – irgendwelche Schuhe gekauft und angezogen habe.

Ich bin Maschinenbauingenieur, habe rund 20 Jahre in Korea gelebt und bin erst mit 44 Jahren zum Thema Schuhe gekommen.

Nun, meine Vorfahren waren seit 1590 Hufschmiede in unserem kleinen Bauerndorf Roggwil (CH). Die haben natürlich auch „Schuhe“ gemacht – allerdings Schuhe für Pferde. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Du meinst, dass es vom Hufschmied zum Hersteller hochwertiger Gesundheitsschuhe nur ein kleiner „Schritt“ ist ... (lacht)

Karl Müller | Nun, ich bin häufiger in meinem Leben durch Umstände dazu „gezwungen“ worden, mich anzupassen oder mir etwas

Neues einfallen zu lassen. – Ich hatte schon als junger Erwachsener häufig Rücken- und Knieschmerzen. Deshalb musste ich mit Mitte zwanzig mit Fußballspielen aufhören. An Jochen war auch nicht mehr zu denken.

In Korea wohnte ich mit meiner Familie inmitten von Reisfeldern in einem Lehmhaus. Immer, wenn ich barfuß durch die Reisfelder gegangen bin, hat mir das gutgetan. Man muss sich das so vorstellen: Wenn Erntezeit ist, läuft das Wasser ab. Die Lehmschicht auf dem Ackerboden lässt einen beim Gehen leicht federn. Ich habe gemerkt, dass meine Achillessehnenprobleme im Nu verschwunden sind.

Ralf M. Ruthardt | War das die Zeit, als du den christlichen Glauben für dich entdeckt hast und quasi ein Leben in großer Bescheidenheit gelebt hast?

Karl Müller | Es war nach meiner Rückkehr aus Korea in die Schweiz. Meine Krankheit hatte mich zu elementaren Fragen des Daseins geführt und so habe ich den christlichen Glauben für mich entdeckt. Nun, ich habe dann in der Schweiz eine Hilfseinrichtung für drogensüchtige Menschen gegründet. Der Bericht in den Evangelien über die Begegnung Jesu mit einem reichen Jüngling hat mich stark beeinflusst. So habe ich all meine finanziellen Mittel in das Heim investiert – und alles verloren.



Ralf M. Ruthardt | Du hast von einer schweren Erkrankung gesprochen ...

Karl Müller | ... wegen dieser sind wir zurück in die Schweiz gezogen. Ja, die Umstände waren nicht erfreulich, weil eine sehr schwere Darm-Magen-Erkrankung es notwendig machte. So habe ich nicht nur mein Unternehmen in Korea aufgegeben und mein Geld in der Hilfseinrichtung verloren, sondern auch noch mit großen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen.

Nun, wir waren zurück in der schönen Schweiz. Meine früheren koreanischen Geschäftspartner haben mich damals immer wieder ermuntert, in der Schweiz ein Business aufzubauen. Schlussendlich habe ich mich intensiv mit dem weichen, federnden Gehen beschäftigt und unter der Marke MBT einen innovativen, gesunden Schuh an den Markt gebracht. Mein Ziel war es, beim Gehen und Stehen sehr nah an das Reisfeldgefühl ranzukommen. Es war dann ein paar Jahre finanziell ziemlich schwierig. Wenn ich wieder ein paar Schuhe verkauft hatte, dann konnten wir wieder ein paar Tage als neunköpfige Familie davon leben. Schließlich wollten

unsere vier Kinder und drei Pflegekinder satt und versorgt werden. Die Weiterempfehlung unserer Schuhe durch zufriedene Kunden hat dafür gesorgt, dass MBT zu einer internationalen Marke wurde.

Ralf M. Ruthardt | Eine beeindruckende Unternehmensgeschichte! – Gibt es bei deinem Konzept für die Schuhe andere Experten, die deinem Ansatz vom weichen Gehen widersprechen? Oder war die Branche einig mit deinen innovativen Schuhkonzepten?

Karl Müller | Damals haben viele oder vielleicht sogar die meisten Experten die Ansicht vertreten, dass ein Schuh den Fuß stützen muss. Damals war Adidas weltweit der absolute Marktführer. Die haben die Biomechanik bestimmt. Die haben auch die medizinischen Ansichten bestimmt. Die haben gesagt, was gut ist und was nicht. Also, der Schuh muss den Fuß stützen und führen. Der Schuh muss Halt geben – wie man es vor allem beim Wanderschuh kennt. Das ist noch immer eine weit verbreitete Meinung. Ich bin da natürlich völlig gegenteiliger Meinung: Der Schuh muss mobilisieren und nicht stabilisieren. Klar, es gibt bestimmte Konstellationen, bei denen z.

B. nach einer Zerrung der Fuß zeitweise stabilisiert werden muss – aber selbst das kann man situativ diskutieren.

Ralf M. Ruthardt | Und wie wird mobilisieren versus stabilisieren heute gesehen?

Karl Müller | Quasi alle Experten der Biomechanik behaupten heute das Gegenteil von damals: Die Schuhe mobilisieren. Die von Nike. Die von Adidas.

Ralf M. Ruthardt | Der Schuh ist etwas, das viele Menschen mit Gesundheit und nicht nur mit Ästhetik verbinden.

Karl Müller | Ohne jetzt zu gesellschaftspolitisch werden zu wollen: Ich bin überzeugt, dass die Medizin bzw. das Gesundheitswesen – neben Verteidigung oder Krieg – ein gigantisch großes Geschäft ist, mit dem Unternehmen Geld verdienen. Da kann man dann schon mal fragen, ob ein Mensch schnell genesen soll – oder ob es eher eine wirtschaftliche Fragestellung ist, wie therapeutisch umgegangen wird.

Ralf M. Ruthardt | Ja, am Ende geht es in weiten Teilen um Umsatz- und Gewinnerzielungsabsichten.

Nun hast du vor einigen Jahren MBT erfolgreich verkauft und später ein neues, innovatives Schuhkonzept an den Markt gebracht: [Kybun](https://ch.kybun.swiss/). Hast du nicht das Gefühl, dass irgendwann mal technologisch alles ausgereift ist?

Karl Müller | Aus meiner Sicht als Ingenieur ist technologische Entwicklung nie abgeschlossen. Als ich MBT, es war schlussendlich ein weltumspannendes Unternehmen mit Wachstumsraten von rund 100 % pro Jahr, nach acht Jahren verkauft habe, hatten wir 2.000.000 Paar Schuhe pro Jahr umgesetzt.

Ja, mit Kybun bin ich meinen nächsten großen Schritt gegangen: Ich habe eine völlig neue, revolutionäre Sohle entwickelt. Auch diese wird immer weiter optimiert. Mir geht es darum, dass Menschen stilvoll und schmerzfrei gehen und stehen können. Das ist der Gedanke, der mich seit vielen Jahren leitet.

Ralf M. Ruthardt | Danke, lieber Karl, für die Einblicke in deine Unternehmensgeschichte und es freut mich, dass du seit geraumer Zeit das Management der *kybun Joya Gruppe* erfolgreich an die nächste Generation weitergeben konntest.



Karl Müller

ist ein Visionär der Schuhindustrie. Der ehemalige Aussteiger kennt Höhen und Tiefen. Karl Müller gründete MBT und führte das Unternehmen zu internationalem Erfolg. Auf den MBT-Verkauf folgte einige Zeit später die Gründung der Kybun AG – einer neuen, innovativen Marke für gesundes Gehen und Stehen.

<https://ch.kybun.swiss/>
<https://kybunjoya.swiss/>





Klima zwischen Wissenschaft und Politik

Fakten, Narrative und Mut zur Kritik



Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Axel Bojanowski

„Was Sie schon immer über das Klima wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten“, hat Axel Bojanowski als Titel seines aktuellen Buches gewählt. Der Wissenschaftsjournalist studierte Geowissenschaften mit den Schwerpunkten Paläoklimatologie, Geophysik und Meereskunde. Bojanowski beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Stand der Klimaforschung. Im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt geht es um die Frage, ob wir uns als Gesellschaft mit politisch vereinfachten Antworten begnügen oder uns der Herausforderung stellen, mehr verstehen zu wollen.

Ralf M. Ruthardt | Woher wussten Sie, lieber Axel Bojanowski, was „ich“ schon immer über das Klima wissen wollte, aber bisher nicht zu fragen wagte? (lacht) Bereits Ihr Buchtitel hat mich sehr abgeholt. Was mag wohl der zentrale Auslöser für das Buch gewesen sein, habe ich mich gefragt. Geht es Ihnen um Aufklärung oder darum, eine andere Perspektive oder gar eine Korrektur in den öffentlichen Diskurs einzubringen?

Axel Bojanowski | Ich komme aus der Naturwissenschaft. Insbesondere in den vergangenen Jahren habe ich als Wissenschaftsjournalist bemerkt, dass es im Journalismus oft nicht um wissenschaftliche Evidenz geht. Mindestens spielt sie zu oft eine untergeordnete Rolle. Man stellt sich nicht den vielseitigen Einflüssen. Es soll möglichst vereinfacht werden. Aber bei wissenschaftlichen Themen ist es nun einmal kompliziert.



Erkennbar zählen andere Dinge: Denn der Journalismus, wie auch die Politik, ist ein soziologischer Prozess. Es geht maßgeblich darum, seiner Peergroup zu gefallen. Den Menschen, die für einen wichtig sind. Denen will man gefallen. Und man will weiterkommen – und da sind Fakten aus der Wissenschaft oder die Komplexität der Probleme nicht das, was wirklich interessiert. Fakten fallen oft hinten runter. Im Kontext des Klimas ist das besonders krass

geworden. Als dann 2018 „Fridays for Future“ aufgekommen ist, gab es kein Halten mehr.

Ralf M. Ruthardt | Damals waren Sie noch beim SPIEGEL tätig. Da gab es dann ein Klimakrisenressort – oder war es ein Ressort zur Weltenrettung?

Axel Bojanowski | Es ging zunehmend kaum mehr um das, was die Wissenschaft sagt. Die Darstellung von Fakten wurde durch den „Krisenmodus“ abgelöst. Vielleicht wollte man sich auch nur auf die Seite schlagen, die gerade den Ton angibt.

In meinem Buch erzähle ich anekdotenhaft, wie aus dem Nischenfach der Meteorologie das dominante Thema unserer Zeit wurde. Und das Podium ist die größte politische Bühne: die Vereinten Nationen. Ich finde es faszinierend, wie Trittbrettfahrer die Wissenschaft ausnutzen. Wohlgermerkt, es geht mir nicht darum, wissenschaftliche Theorien zu widerlegen. Vielmehr beziehe ich mich auf die geltenden wissenschaftlichen Theorien in ihrer ganzen Breite, denn Wissenschaft ist der beste Erkenntnisprozess. Man muss aber verstehen, dass es da selten Konsens gibt, wie der Öffentlichkeit oft suggeriert wird, sondern es gibt eben sehr viele – auch widersprüchliche – Fakten. Im Buch stelle ich die Komplexität dar und zeige auf, wie uneindeutig viele Erkenntnisse der Wissenschaft sind – gerade dann, wenn es beispielsweise um Modelle geht.



Ralf M. Ruthardt | Wenn es kompliziert wird, weil viele Einflussfaktoren eine Rolle spielen, dann hoffen wir Menschen oft auf einfache Antworten. Dabei ignorieren wir den Unsinn, welcher in dieser infantilen Hoffnung liegt.

Mir scheint, dass bei Diskussionen rund um den Klimawandel eine Fülle von „Antworten“ im Umlauf ist, die unvernünftig sind und eigentlich nur ein Narrativ mit einem wirkmächtigen Framing.

Axel Bojanowski | Politische Antworten sind mit Wertevorstellungen verknüpft. Es gibt vernünftige, rationale Antworten, wie man den Klimawandel einhegen könnte. Aber gerade die effektivsten werden nicht so wirklich besprochen, weil sie unpopulär sind. Beispielsweise der Aufbau eines globalen Emissionshandels, Kernkraft oder die CO₂-Abscheidungstechnologie CCS. Stattdessen werden Pseudolösungen propagiert, die sich eher mit bestimmten politischen Zielen verknüpfen lassen und eine Lobby bedienen.

Ralf M. Ruthardt | Dann sind quasi Lobbyinteressen wichtiger als die eigentliche Problemlösung. Nimmt man beispielsweise die Herausforderung einer „Dunkelflaute“, so konnte das politisch und medial vor einiger Zeit noch erfolgreich ignoriert werden. Heutzutage sind viele Menschen diesbezüglich sensibilisiert und fordern Antworten. Kann man sagen, dass Ihr Buch sich explizit an Menschen richtet, die sich bislang nicht so sehr getraut haben, kritische Fragen zu stellen? Also ein Buch für Menschen, die angefangen haben, die klimabewegten Narrative zu hinterfragen?

Axel Bojanowski | Absolut. Viele Leute haben Angst, dass sie in die Ecke der „Klimaleugner“ gestellt werden, obwohl sie den Klimawandel keinesfalls in Frage stellen. Leute, die kritische Fragen stellen, sind eben keine Leugner, sondern sind Kritiker. Besser gesagt: Es sind

einfach Menschen, die begründbare und nachvollziehbare Antworten wollen. Solche Menschen merken, dass viele der Narrative nicht stimmig sind. Vieles von dem, was man uns erzählt, ist oberflächlich oder ideologisch motiviert. Diesen unglaublichen Aussagen spüre ich in meinem Buch nach. Es ist ein Blick hinter die Fassade der Wissenschaft, der Medien und der Politik.

Ich zeige auf, wie bestimmte Sachen auf die große Bühne der Weltpolitik gekommen sind. Manches mutet an wie eine große Show. Ein Beispiel dafür, wie eng Wissenschaft und politische Inszenierung miteinander verknüpft sein können, ist die Anhörung des Klimaforschers **James E. Hansen** im US-Senat im Jahr 1988. Hansen war Direktor des NASA Goddard Institute for Space Studies. Damals stellte der Wissenschaftler das Thema globale Erwärmung erstmals einem größeren politischen Publikum vor. Diese Präsentation war gezielt inszeniert: Man hatte einen besonders warmen Tag des Jahres ausgewählt und die Fenster im Anhörungssaal geöffnet, damit die Klimaanlage nicht gegenankamen und die Hitze noch stärker spürbar wurde. Damit wollte man das abstrakte Konzept der Erderwärmung buchstäblich „fühlbar“ machen. Dieses Beispiel zeigt, dass Klimafragen von Beginn an stark politisiert waren und immer wieder mit strategischen Zielen verknüpft wurden – oft auch hinter den Kulissen.

Ralf M. Ruthardt | Sie dechiffrieren, um zu zeigen, was da eigentlich los ist. Ist Ihr Buch ein Debattenbeitrag oder gar ein Aufklärungsinstrument?

Axel Bojanowski | Es sollen die Mechanismen der öffentlichen Wissenschaftsdebatte aufgezeigt werden. Das betrifft ja nicht exklusiv die Klimadebatte. Während der Corona-Pandemie haben wir als Gesellschaft erlebt, dass vieles zu apodiktisch läuft. Man bemerkt, dass etwas nicht stimmig ist. Die Erkenntnis:

Wissenschaft ist nie so eindeutig, als dass sie oft politisch motiviert dargestellt wird.

Wir müssen sehen, dass aus Wissenschaft keine Handlungen resultieren. Wissenschaft stellt Dinge nach dem Stand aktueller Erkenntnisse dar. Daraus kann man dann alternative Handlungen ableiten.

Es gibt insbesondere in der Politik und in den Medien Leute, die Wissenschaft vereinnahmen. Man suggeriert dem Publikum eine Eindeutigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis, die es so nicht gibt. Nochmals: Wir sehen es beim Klima und wir haben es im Kontext von COVID erlebt.

Ralf M. Ruthardt | Nehmen wir den Klimawandel und hinterfragen, inwieweit dieser von Menschen gemacht oder von Menschen maßgeblich beeinflusst ist.

Axel Bojanowski | Es gibt den anthropogenen Faktor und dieser ist wissenschaftlich gut belegt. Aber was daraus folgt, ist keinesfalls eindeutig. In meinem Buch habe ich dargestellt, wie sich Schritt für Schritt die öffentliche Debatte von der eigentlichen Wissenschaftsdebatte entfernt hat. Es wird aufgezeigt, dass Menschen zu Recht misstrauisch sind ob einer politisierten Wissenschaft.

Ralf M. Ruthardt | Es erscheint unfair, wenn wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger von Politik Antworten verlangen, ohne sich selbst die Zeit und Konzentration zu nehmen, nach ihren jeweiligen Möglichkeiten den Sachverhalt zu verstehen. Wir konsumieren die Schlagzeilen, erfreuen uns am Erregungspotenzial derselben – und beschweren uns anschließend, dass man uns als Gesellschaft mit geframten Narrativen abg gespeist hat. Die Kritik scheint ja nicht ausschließlich an Politik und Medien gerichtet, sondern beim Blick in den Spiegel müssen wir uns der Selbstkritik stellen.



Axel Bojanowski | Ja, genau das müsste man eigentlich vom Einzelnen verlangen können. Es ist nicht einfach. Man hat es bei dem Virologen Christian Drosten gesehen: Am Anfang der Corona-Zeit hat er brillant in seinem Podcast die Unsicherheiten dargestellt und in Diskussionen die Grenzen des Wissens dargestellt. Dafür habe ich ihn sehr bewundert. Leider änderte es sich, als er politisch vereinnahmt wurde.

Denn man kann nicht zwei Rollen zugleich spielen. Man kann nicht einerseits derjenige sein, der die Unsicherheit beschreibt, und im gleichen Moment politische Maßnahmen mit durchsetzen wollen, die mit angeblicher wissenschaftlicher Eindeutigkeit begründet wurden, die es aber nicht gab. Denken wir nur an die Impfdiskussionen während der Pandemie.

Bei der Klimadebatte ist es ebenso: Da agieren Leute, die mit einer Apodiktik kommunizieren und eine große Eindeutigkeit signalisieren. Man sollte Wissenschaftlern misstrauen, die Unsicherheiten nicht darlegen.

Ralf M. Ruthardt | Zu Ihrem Buch gibt es viele Rückmeldungen. Die meisten Leserinnen und Leser schreiben in ihren Rezensionen davon, dass Sie gut recherchiert haben und es wichtige Informationen beinhaltet. Gibt es eine Kritik, die Sie überrascht hat?

Axel Bojanowski | Ja. Ich habe mich sehr darüber erfreut, dass sogenannte Mainstream-Medien das Buch gelobt haben. Selbst National Geographic. Meist ist es ja leider so, dass jede Art einer differenzierenden Betrachtung quasi direkt als Leugnung des Klimawandels interpretiert wird.

Ralf M. Ruthardt | Schließt sich jetzt eine fundierte Medienkritik an, so wie ich das nahezu bei jedem Interview zu gesellschaftspolitischen Themen erlebe, welches ich seit rund



einem Jahr als Herausgeber des Magazins **MITMENSCHENREDEN** führe.

Axel Bojanowski | Ich habe es während meiner Zeit beim SPIEGEL selbst erlebt. Man könnte von einer kulturellen Chiffre sprechen. Als Journalist muss man sich aktiv zu einer bestimmten Deutung bekennen. Wenn man das nicht tut, wird man sofort als „Gegner“ eingeordnet. Der Diskurs ist schwarz-weiß. Oft geht es so: Entweder ist ein Fakt nützlich, dann wird er gedruckt, oder er ist nicht nützlich – dann ist das sofort etwas Feindliches. Die jüngere Generation, so glaub ich, hat das bemerkt, dass der Diskurs von der älteren in Sachen Klima wenig hilfreich und nicht wirklich glaubwürdig ist.

Es fällt ja auch auf, dass die meisten Klimaforscher sich überhaupt nicht am öffentlichen Diskurs beteiligen. Die halten sich da komplett raus, weil sie damit nichts zu tun haben wollen. Und das zu Recht. Ich würde als Wissenschaftler bei diesem öffentlichen Meinungsklima nicht in die Medien gehen. Man läuft Gefahr, bei jeder dem Mainstream nicht gefallenden Information als Klimaleugner bezeichnet zu werden. Das Framing geht ja oftmals noch weiter: Klimaleugner – und dann ist man auch schon fast rechtsradikal.

Im Journalismus muss es darum gehen, den Leuten zu erzählen, was passiert ist. Deshalb gehe ich in meinem Buch dokumentarisch vor, und die Leser sollen frei sein, sich daraus eine Meinung zu entwickeln.

Ralf M. Ruthardt | Bedeutet ja, dass Sie der Kernaufgabe des Journalismus nachgekommen sind, nämlich zu beschreiben, was ist. Wir erleben, dass in den Medien heutzutage ein Selbstverständnis weit verbreitet ist: die Menschen erziehen zu wollen.

Axel Bojanowski | Ja, das hat überhandgenommen. Sowohl bei den Themen Klima und

Covid, aber auch bei immer mehr anderen Themen gibt es unter Journalisten viel Druck, was die Erwartungshaltung der „richtigen“ Position anbelangt.

Wenn ich einen Artikel über die Inseln in der Südsee schreiben würde, dann wird erwartet, dass diese versinken, dabei sind die meisten in den vergangenen Jahrzehnten größer geworden, ein interessantes geologisches Phänomen ...

Ralf M. Ruthardt | ... Sie meinen beispielsweise die Atoll-Inseln im Pazifik, die zwischen 2000 und 2017 rund 61 km² zusätzliche Fläche haben. Oder wenn man die Satellitenbilder Inselgruppen zu den Marshall Islands, Kiribati und den Malediven anschaut. Es ist die Rede davon, dass diese seit den 1960er-Jahren ebenfalls an Landfläche hinzugewonnen haben.

Axel Bojanowski | Ja, manche dieser Inselgruppen wachsen. Ich finde das faszinierend und ein interessantes Phänomen. Wenn man darüber berichten würde, kann man sicher sein, dass es manche Leute als Provokation auffassen. So haben viele Journalisten einfach Angst, mit ihren Artikeln nicht das zu besprechen, was die eigene Peergroup erwartet. Der Journalismus ist sehr defensiv, sehr ängstlich geworden. Das habe ich beim Thema Klima ganz deutlich gemerkt. Deshalb gehe ich im Buch auch der Frage nach, warum Medien so unterwürfig geworden sind. Was ist da eigentlich passiert? – Natürlich spielt Geld eine Rolle. Aber es ist eben auch viel sozialer Druck da – sehr unterschwellig, aber wirksam.

Ralf M. Ruthardt | Man könnte sagen, dass eher „ein Kamel durch ein Nadelöhr“ geht, als Vernunft den Vorzug vor der Haltung des Mainstreams erhält. Und wenn wir uns vorstellen, dass ein ausführlicher wissenschaftlicher Bericht, wie der IPCC, schlussendlich zu einer

Pressemitteilung verdichtet, Argumente und Gegenargumente, Erkenntnisse und Unsicherheiten bündeln soll ...

Axel Bojanowski | ... dann ist das faktisch unmöglich. Die Journalisten sitzen in der Pressekonferenz und erwarten jetzt den Klimareport, der der Welt sagt, wie schlimm alles ist und dass es jetzt wirklich dem Ende zugeht. Und als Journalist fühlt man dann womöglich die Verantwortung, den Leuten zu sagen, jetzt ist es 5 vor 12 Uhr. Dabei wurde aus einem wissenschaftlichen, ausführlichen Bericht etwas auf eine politische Aussage reduziert, die nicht direkt aus dem Bericht ableitbar ist.

Ralf M. Ruthardt | Die Weltenrettung – nicht frei von religiösen Zügen – ist eine Verführung, der man womöglich mit guten Absichten erliegen kann.

Axel Bojanowski | Da und dort gleichen Erscheinungen, wie beim Thema Klima

oder bei der Ernährung, einer Ersatzreligion. Jedenfalls lässt sich sagen, dass dem Klimawandel nicht mit „religiösen Riten“ erfolgreich begegnet werden kann, sondern vernünftige, die verschiedenen Erkenntnisse der Wissenschaft einbeziehende Diskussionen erforderlich sind. In diesem Sinne ist mein Buch als Beitrag zum Diskurs zu verstehen.

Ralf M. Ruthardt | Ein herzliches Dankeschön für das inspirierende Gespräch, lieber Axel Bojanowski, und gerne verweise ich auf Ihr Buch „Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten: Der Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft“.

Axel Bojanowski

geboren 1971 in Hamburg, ist Diplom-Geologe (Klimaforschung) und seit 1997 Wissenschaftsjournalist. Er war zehn Jahre Redakteur beim „Spiegel“. Seit August 2020 ist er Chefreporter Wissenschaft bei „WELT“.





Fossile Profite, globale Folgen

Klimakrise – jetzt handeln

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Kathrin Henneberger

Kathrin Henneberger ist Klimaaktivistin und saß bis zur Wahl Anfang 2025 für B90/Die Grünen im Bundestag. Im Gespräch mit Henneberger geht es um die Verantwortung der Reichsten für die Klimakrise, um globale Gerechtigkeit und um die Rolle fossiler Konzerne. Sie spricht über Chancen und Rückschläge in der Energiewende, die Macht von Lobbyinteressen und warum konsequentes Handeln so dringlich ist. – Es ist der zweite Teil eines Interviews, welches Ralf M. Ruthardt im März 2025 mit Kathrin Henneberger geführt hat. Der erste Teil des Interviews ist in der Ausgabe 2025-03 von *MITMENSCHENREDEN* unter dem Titel „Die AfD zu wählen ist unentschuldig“ erschienen und kann unter www.mitmenschenreden.de kostenlos heruntergeladen werden.

Ralf M. Ruthardt | Es freut mich sehr, Kathrin Henneberger, dass Sie sich Zeit für ein Gespräch nehmen. Sie waren für Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Abgeordnete im Deutschen Bundestag und sind seit vielen Jahren als Klimaaktivistin tätig.

Ich habe von Ihnen gelesen, dass die Reichen die maßgeblichen Verursacher der Klimakrise sind. Nun, davon liest und hört man regelmäßig, aber lassen Sie es uns an dieser Stelle konkretisieren, was damit gemeint ist.

Kathrin Henneberger | Ist eigentlich sehr, sehr einfach. Menschen, die über ein sehr hohes Vermögen verfügen, sind tatsächlich die Menschen, die am meisten CO₂ Treibhausgas verursachen.

Ralf M. Ruthardt | Das Kyoto-Protokoll zählt unter anderem Kohlendioxid (CO₂) zu den Treibhausgasen.

Kathrin Henneberger | Genau. Nun, die Reichen sind auch die Menschen, die mit ihren Investitionen und wirtschaftlichen Entscheidungen Teil der fossilen Industrie sind. Damit sind diese Leute Teil des Systems, dass die Klimakrise verursacht. Dazu gibt es unterschiedliche Gutachten. OXFAM ist eine der Organisationen, die dazu regelmäßig Berichte veröffentlicht (<https://www.oxfam.de/>). Die haben errechnet, dass das reichste Prozent der Bevölkerung, genauso viel CO₂

verursacht, wie die ärmsten zwei Drittel der Menschen.

Die Reichen sind gleichzeitig natürlich auch jene, die sich am besten vor den folgenden Klimakrise schützen können, während Menschen, die die Klimakrise eben nicht verursachen, oftmals in Regionen leben, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind. Dort ist dann am wenigsten die notwendige Infrastruktur verfügbar, um sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen.

Ralf M. Ruthardt | Sie denken beispielsweise an die Sahelzone, wo Menschen bereits aufgrund des Klimawandels ihre Lebensgrundlage verlieren und wo es immer stärkere Konflikte um die Landnutzung gibt.

Kathrin Henneberger | Es sind gerade Menschen in Regionen des globalen Südens, die nicht zur Klimakrise beigetragen, aber unter den Folgen leiden. Gleichzeitig erleben Regionen wie die Sahelzone einen andauernden Kolonialismus mit massiven Folgen für Menschenrechte und Stabilität. Ich habe mich in den vergangenen Jahren sehr intensiv mit der Sahelzone auseinandergesetzt und war mehrmals mit (Anm. d. Redaktion: der damaligen) Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze in der Region.

Ralf M. Ruthardt | Kann man sagen, dass sich beim Klimaschutz nicht so sehr die Frage



nach den maßgeblichen Unternehmen stellt, sondern eher danach, wo die finanziellen Einflüsse gebündelt sind? Am Ende werden naheliegenderweise dadurch unternehmerische Entscheidungen maßgeblich mit beeinflussen.

Kathrin Henneberger | Beides ist zu betrachten. Natürlich sind es große, fossile Unternehmen wie RWE, Shell, Total Energy und so weiter, die weiterhin in den Neubau fossiler Infrastruktur und in die Erschließung neuer fossiler Lagerstätten investieren. Ein Beispiel: Total Energy erschließt Lagerstätten am Albertsee in Uganda. Dazu gehört eine über 1.400 Kilometer lange Pipeline durch Uganda und Tansania.

Das sind unternehmerische Entscheidungen. Daneben gibt es natürlich Einzelakteure, die aufgrund ihrer gigantischen finanziellen Möglichkeiten auf solche Entscheidungen einwirken können.

Ralf M. Ruthardt | Wie lautet Ihrer Erwartung an Leute, die einen solchen Einfluss haben?

Kathrin Henneberger | Baue jetzt die Firma um und investiere *alles* was du hast, in Richtung Klimaneutralität. Aber das geschieht ja nicht. Große globale Energiekonzerne halten solange am Fossilen fest, weil sie sich dort noch die meisten Gewinne machen.

Ralf M. Ruthardt | Ist die Mühe, die wir uns in den vergangenen Jahren insbesondere in Deutschland gemacht haben, eine vergebliche Mühe? In vielen anderen Ländern der Welt scheint man anders zu agieren, was die Energiewende angeht.

Kathrin Henneberger | Nein, das stimmt nicht. Tatsächlich wurde beispielsweise im Bereich Erneuerbare Energien (EE) in vielen Ländern und Regionen massiv investiert. Wenn wir einmal einen Blick nach Kolumbien

werfen, da gibt es enorme Anstrengungen, das Land mit Blick auf Energiesicherheit mit EE aufzustellen. Werfen wir den Blick nach Indien oder nach China, wo man ja immer mit dem Finger hinzeigt.

Das sind Länder, die enorme Investitionen in EE tätigen.

Auf der Weltklimakonferenz in Dubai haben wir uns als Weltgemeinschaft sehr klar entschieden und da waren auch andere Länder gemeinsam mit Deutschland die treibende Kraft. Da war es nicht so, dass die Europäer alles bestimmt haben, sondern dass die Beschlüsse sind gemeinsam entwickelt worden. Besonders auch mit den am stärksten betroffenen Ländern. Wir haben die Abkehr von den fossilen Energieträgern und eine Verdreifachung der EE bis 2030 erwirkt.

Also, wir arbeiten global gemeinsam an einer gerechten Transformation. Allerdings erleben wir gerade – und das ist dramatisch – einen globalen Rechtsruck. Damit einher geht die Klimaleugnung. Mit der Wahl von Donald Trump in den USA und jetzt auch mit der Wahl von Friedrich Merz in Deutschland droht der Fortschritt, den wir erkämpft haben, rückgängig gemacht zu werden.

Ralf M. Ruthardt | Ich erinnere mich das FCKW-Verbot. Im September 1987 wurde das Montrealer Protokoll von 24 Regierungen und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet. Damals war Helmut Kohl Bundeskanzler. Nun, das Montrealer Protokoll war der Anfang zum weltweiten Ausstieg aus der FCKW-Produktion und -Verwendung. Ich finde das ein dankbares und mutmachendes Beispiel. Es zeigt, dass vernünftige Entscheidungen global möglich und umsetzbar sind.

Kathrin Henneberger | Ja, das war damals eine tolle und erfolgreiche Sache.

Ralf M. Ruthardt | Machen wir einen Gedankensprung und sprechen wir über die Elektromobilität. Kann man sagen, dass es beispielsweise in den großen Metropolen in China eine politische Notwendigkeit zur Elektromobilität gab und gibt, um den Smog aus den Ballungsräumen rauszukriegen? Klar, es gibt weitere Gründe, wie die bei Elektroautos geringere technologischen Einstiegshürden in den Bau von Fahrzeugen, im Vergleich zum Verbrenner. Wir bleiben jedoch beim Smogproblem in den Großstädten. Man setzt in dort auf Elektromobilität – und verbrennt die Kohle in Kraftwerken auf dem Land. Dort trägt der Wind den Smog davon und die Städte bleiben sauberer als zuvor.

Kann man sagen, dass wir in Europa bzw. in Deutschland da und dort weniger die Notwendigkeit haben, als insbesondere Schwellenländer oder junge, stark wachsende Industrienationen? Ist man deshalb dort rascher und agiler beim Einstieg in die Elektromobilität?

Kathrin Henneberger | Ich weiß, was Sie meinen, aber ich sehe das nicht so. In Deutschland haben wir in den Ballungsgebieten immer noch eine lebensgefährlich erhöhte Feinstaubbelastung. Und da kommen wir direkt wieder auf das Thema der Umwelt-Ungerechtigkeit zu sprechen. Denn es sind gerade die Bevölkerungsgruppen davon betroffen, die es sich eben nicht leisten können, irgendwo am Stadtrand im Grünen zu leben. Die müssen in den Ballungszentren und an den vielbefahrenen Straßen leben, wo sie den ganzen Feinstaub abbekommen.

Unsere Städte in Deutschland müssen enorm umbauen werden, damit wir Klimaschutz ermöglichen können. Menschen müssen sich klimagerechter fortbewegen können und gleichzeitig dabei barrierefreier.

In Deutschland haben wir die großen



Autohersteller. Die haben es ein Stück weit absichtlich verschlafen, auf Elektroautos umzusteigen. Da gab es einen sehr großen Lobbywiderstand. Wir müssen einfach sehr ehrlich sein, dass natürlich Autokonzerne und fossile Energiekonzerne zusammenarbeiten. Die haben eine sehr, sehr starke Lobby in Deutschland und versuchen, die transformativen Prozesse aufzuhalten. Darin liegt der Grund für den wirtschaftlichen Abschwung, was die Konzerne dann wiederum leider an ihren Mitarbeitern auslassen.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns nochmals über die großen Metropolen mit 15 oder gar über 20 Millionen Menschen sprechen, wie wir sie beispielsweise in Asien kennen. Dort hat stellt man intensive die Energieversorgung auf EE um und setzt auf die Elektromobilität, um den Smog aus den Städten zu bekommen. Die Motivation und Notwendigkeit dürften, so meine Hypothese, alleine deshalb sehr hoch sein, weil dort eine viel, viel höhere Anzahl an Menschen in diesen Megastädten wohnt, als in unseren Städten in Deutschland.

Und vielleicht liegt eine *ergänzende* Motivation für die Anstrengungen um eine bessere Luftqualität darin, dass dort die Wohlhabenden und Reichen nicht außerhalb der Städte, sondern eben mitten in diesem Dilemma leben.

Kathrin Henneberger | Also zuerst finde ich es immer wichtig, folgendes zu betonen: Ein Großteil der beispielsweise industriellen Produktion, die diesen Smog mitverursachen, steht im Zusammenhang mit Waren, die zu uns exportiert werden. Mir ist es immer wichtig, das als Erstes zu betonen. Das Zweite ist, wie wir Menschen reagieren, wenn wir Gefahren im Hier und Jetzt erkennen.

Wenn die Smogbelastung so enorm ist, dass im Hier und Jetzt eine akute Dringlichkeit besteht, dann sind Menschen in der Lage,



sofort zu reagieren. Wenn beispielsweise Schulen ausfallen, weil tagelang ein toxischer Nebel über der Stadt liegt.

Der Unterschied zur Klimakrise liegt darin, dass die Auswirkungen zumeist nicht sofort sichtbar sind. Sie liegt in der Zukunft und dieser zeitliche Abstand oder ein räumlicher – also geografischer – Abstand, macht die Akzeptanz und Umsetzung notwendiger Maßnahmen im Hier und Jetzt schwierig. Natürlich, wenn dann mal wieder eine Flutkatastrophe kommt sind alle sehr erschüttert. Aber danach verfliegt die Dringlichkeit im Hier und Jetzt – und es geht weiter, wie bisher.

Der Smog ist eine direkt fühlbare, große Problematik. Dann ist natürlich die Dringlichkeit zu handeln enorm und die Akzeptanz von Maßnahmen groß.

Ralf M. Ruthardt | Ein herzliches Dankeschön für das Gespräch, Kathrin Henneberger, für Ihre Ausführungen und die Einblicke.



Kathrin Henneberger

ist Klimaaktivistin und seit 2021 für Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Unter anderem war Henneberger Mitglied im Vorstand der Grünen Jugend Pressesprecherin des Klimabündnisses *ENDE GELÄNDE*. Sie arbeitete als Projektkoordinatorin für das *Institute of Environmental Justice e. V.* Seit 2014 schreibt sie als Autorin regelmäßig über klima- und energiepolitische Themen für das Onlinemagazin *Klimareporter*.



Foto: Jona Ruthardt

Dennis Jung ist endlich auf Erfolgskurs. Jedenfalls, was seinen Job anbelangt, hat er es schon weit gebracht. Als Chef einer NGO kümmert er sich um die Klimakrise – bis er, völlig überraschend, selbst in eine Überlebenskrise gerät. Auf hoher See sieht seine Welt plötzlich ganz anders aus.

Einmal mehr wagt sich Ruthardt an ein gesellschaftspolitisches Thema – und wundert sich nicht, das nach der Bundestagswahl 2025 ein Kritikpunkt seines Romans maximal aktuell ist: Die NGOs und deren Mitfinanzierung durch eine Bundesregierung.

»Ein Roman, der Narrative entlarvt – und zum Nachdenken zwingt.«

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

»Kaum ein Autor in der aktuellen deutschsprachigen Literatur traut sich das, was Ruthardt uns mit Leichtigkeit zumutet. Gerade deshalb lesenswert.«

Nickolas Emrich | SPIEGEL-Bestseller-Autor

Untergang der »GREEN«

Roman

Ralf M. Ruthardt | Edition PJB

Taschenbuch | € 18

180 Seiten

ISBN 978-3982705903

AUCH ALS EBOOK & HÖRBUCH





Frontberichte gegen das Verdrängen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit Till Mayer



Foto: Till Mayer
Die Zerstörung im umkämpften Donbas ist immens

Der vielfach ausgezeichnete Journalist, Fotograf und Kriegsreporter Till Mayer reist dorthin, wo andere sich abwenden – in die umkämpften Gebiete der Ukraine, zu den Verwundeten des Krieges, den Zurückgelassenen und Überlebenden. Für das Magazin *MITMENSCHENREDE* spricht er über seine Erfahrungen an der Front, die Kraft der Begegnung, das Schweigen nach dem Feuer – und warum Menschlichkeit auch im Krieg nicht verloren gehen darf.

Ralf M. Ruthardt | Sie verfügen über viele Jahre Erfahrung in der Berichterstattung aus Krisengebieten. Rund 30 Länder haben Sie bereist, um im Kontext militärischer Konflikte den Blick auf Krisengebiete zu lenken, die zu oft und zu schnell in der öffentlichen Wahrnehmung hierzulande in Vergessenheit geraten. Heute sprechen wir, lieber Till Mayer, über die Ukraine.

Till Mayer | Ich möchte vorausschicken, dass die Ukraine für mich ein besonderes Land ist, zu dessen Menschen ich über viele Jahre eine enge Verbindung aufgebaut habe. Meist bin ich für kurze Zeiträume in den Ländern, aus denen ich berichte. In die Ukraine reise ich seit 2007 kontinuierlich, seit 2017 dokumentiere ich den Krieg im Donbas als Langzeitprojekt. 2017 war der Krieg in der Ostukraine in Deutschland weitgehend vergessen. 2014 fand der Krieg noch in den internationalen Medien Beachtung, als Russland die Krim annektierte und den Krieg mit eigenen Truppen in den Donbas trug. Dann folgte schnell das Verdrängen. Mitten in Europa fand ein Krieg statt, den in Deutschland niemand mehr sehen wollte. Ich empfand das als sehr gefährlich.

Ralf M. Ruthardt | Es schien damals, als ob die Situation „eingefroren“ sei.

Till Mayer | ... der Krieg war nie eingefroren. Er entwickelte sich zu einem vor sich hin köchelnden Stellungskrieg, in dem weiter gestorben wurde. Dann weitete sich 2022 der Krieg in brutaler Weise aus. Seit Beginn der umfassenden Invasion Russlands im Februar

2022 bin ich in der Regel jeweils die Hälfte eines Monats in der Ukraine.

Ralf M. Ruthardt | Wie hat man sich Ihre Arbeit als Reporter vorzustellen? Man reist hin – und dann?

Till Mayer | Ich verfüge über ein gutes Netzwerk in der Ukraine. Seit 2017 arbeite ich mit dem ukrainischen Fotografen Oles Krompias zusammen. Wir sind ein eingespieltes Team. Viele Ideen für meine Themen erhalte ich von den Menschen vor Ort. Eine gewisse Vorbereitung braucht es, geht es zu den Truppen ins Kampfgebiet. Da übernimmt mein Kollege die Vorbereitungen mit der Armee, wenn wir zum Beispiel zu einer Brigade fahren.

Ich komme mit den Menschen in der Ukraine sehr gut klar. Obwohl in ihrem Land Krieg herrscht, wird weniger gejammert als in Deutschland.

In der Ukraine kämpfen die Menschen für die Freiheit. Hunderttausende riskieren ihr Leben dafür. Und dann gibt es da in Deutschland jene, die über Frieden sprechen. Aber keinen Frieden meinen. Sie wollen nur in Frieden gelassen werden. Koste es anderen, was es wolle.

Diese Leute blenden völlig aus, was in den russisch besetzten Gebieten in der Ukraine passiert: Zerstörung, Mord, systematische Folterungen, Entrechtung. Tausende sind verschwunden. Das erneute voranschreitende Verdrängen in Deutschland ist für mich nur



schwer zu ertragen. Derweil stellt Russland seine Wirtschaft auf einen großen Krieg um.

Ralf M. Ruthardt | Werfen wir, lieber Till Mayer, zunächst einen Blick zurück. Lassen Sie uns Ihre bisherige Tätigkeit verstehen – also vor der Berichterstattung aus der Ukraine. Aus welchen Kriegsgebieten haben Sie bisher berichtet? Reden wir von Somalia, dem Irak oder Afghanistan?

Till Mayer | Es sind wohl über 30 Krisengebiete, aus denen ich bisher berichtet habe. Ich habe bereits sehr früh damit angefangen. Aus Bosnien habe ich zum ersten Mal über einen Krieg berichtet. Ich war damals 21 oder 22 Jahre alt. In den Folgejahren dokumentierte ich in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz das Leiden der Zivilbevölkerung in den damaligen Kriegen Afrikas: beispielsweise Ruanda, Angola, Liberia, Somalia, Sierra Leone oder Sudan. Für die weltweite Anti-Personenminen-Kampagne fotografierte ich in Afghanistan und auch Kambodscha, zu einem Zeitpunkt, als dort Krieg herrschte. Seit den 2000er-Jahren reise ich auch regelmäßig in den Nahen und Mittleren Osten. Oft arbeite ich dabei mit NGOs wie Handicap International zusammen. Das mache ich auch weiter, aber wegen der Ukraine-Berichterstattung in reduziertem Maß.

Ralf M. Ruthardt | Lässt sich Ihre journalistische Arbeit so beschreiben, dass Ihre Berichterstattung sowohl die Fotodokumentation als auch die Texte umfasst?

Till Mayer | Schreiben und Fotografieren sind die Basis. Das lässt sich für mich als Freelancer gar nicht anders machen. Wenn ich nicht beides beherrschen würde, mein Einkommen würde nicht ausreichen, um beispielsweise die Kosten meiner Ukraine-Berichterstattung abzudecken. Habe ich vor der Ukraine Kriege aus der Perspektive von Zivilistinnen und Zivi-

listen sowie den Helfenden erzählt, kommt nun auch der Blickwinkel der Kämpfenden hinzu.

Ralf M. Ruthardt | Wenn Sie von Ihren Aufenthalten in der Ukraine sprechen, wo treffen wir Sie dort geographisch an. Es ist schließlich ein sehr großes Land mit mehreren ethnischen Bevölkerungsgruppen. Sind Sie aktuell primär in der Ostukraine, reden wir über den Westen der Ukraine oder reden wir über Kiew?

Till Mayer | Ich berichte aus der ganzen Ukraine. Aus den Kampfgebieten im Osten, Süden und jetzt auch im Nordosten – als auch aus dem „Hinterland“ im Westen und der Zentralukraine. Und natürlich auch aus Kyjiw. Übrigens, nicht Kiew. Russland bombardiert gerade die Stadt. Ich verstehe nicht ganz, warum man sich dann im Deutschen so oft an die russisch angelehnte Variante hält.

Viele meiner ukrainischen Freunde, die früher am Abendtisch Russisch sprachen, sind endgültig ins Ukrainische gewechselt. Weil sie nicht die Sprache eines Landes nutzen wollen, das ihre Heimat mit Tod und Zerstörung überzieht. 1991 stimmten 85 % der Menschen im Donbas in einer international überwachten Wahl für eine unabhängige Ukraine. Ein Großteil von ihnen russischsprachig. In Bern spricht man Deutsch. Deswegen sind die Berner aber keine Deutschen, sondern Schweizer. Russischsprachige Ukrainer als „ethnische Russen“ darzustellen, ist Teil der russischen Propaganda. Die leider bis heute verfängt.

Ralf M. Ruthardt | Damit haben Sie den von mir verwendeten Begriff „ethnische Bevölkerungsgruppen“ aufgegriffen ...

Till Mayer | ... sehen wir uns doch das Beispiel der Krim-Tataren an ...



Foto: Till Mayer



Ralf M. Ruthardt | ... eine muslimische, türkischstämmige Minderheit in der Ukraine.

Till Mayer | Die Krim-Tataren wurden im Zarenreich unterdrückt, unter Stalin verfolgt, ermordet und deportiert. Erst in den letzten Jahren der Sowjetunion konnten sie auf die Krim zurückkehren, sich in der unabhängigen Ukraine wieder frei entfalten. Die Krim-Tataren stehen zur Ukraine. Auf der von Russland besetzten Krim werden sie heute wieder unterdrückt. Erneut flohen viele Krim-Tataren, als die russische Besatzung 2014 begann. Andere wurden von den russischen Besatzern verhaftet, misshandelt und verschwanden.

Ralf M. Ruthardt | Dann ist das ja soweit geklärt und eine Differenzierung zwischen historischem und politischem Kontext brauchen wir hier nicht zu vertiefen. Es ging mir primär darum, aus welcher Gegend Sie berichten und auf welche Menschen Sie dort treffen.

Till Mayer | Ich versuche bei meinen Aufenthalten mindestens eine Reportage pro Reise möglichst nahe der Front zu machen. Dann eine weitere Geschichte im „Hinterland“, damit ich den Menschen in Deutschland erklären kann, dass der Krieg das ganze Land erfasst. In den Kampfgebieten radieren russische Truppen ganze Dörfer und ganze Städte aus. Was übrig bleibt, sind Trümmerfelder.

Aus einer umkämpften Stadt wie Pokrowsk zu berichten, bedeutet: Der Tod kann jeden Augenblick kommen. Die Gefahr durch kleine, schnelle und wendige Kamikaze-Drohnen ist hoch. Wenn man mit dem Auto unterwegs ist, rast man mit 80–100 km/h durch die fast menschenleere Stadt. So schnell es eben geht. Auf dem Dach am besten Scammer-Antennen, die die Radiowellen der Drohnensteuerung stören. Doch wenn die Drohnen mittels Glasfaser-Kabel gesteuert werden, sind die Störsender nutzlos.



Kyjiw greift Russland regelmäßig mit Hunderten von Drohnen und Raketen an. Auch wenn das Leben untertags weiterläuft, die Luftabwehr effektiv arbeitet: Die Angriffe erschöpfen die Menschen. Menschen kommen ums Leben, Gebäude werden zerstört. Es ist ein Bestandteil der Kriegsführung Russlands, dass sich niemand sicher fühlen kann. Im vergangenen Sommer hat Russland beispielsweise eine onkologische Kinderklinik bombardiert. Die Botschaft: Selbst eure krebserkrankten Kinder sind nicht sicher.

Lassen Sie mich für die Leserinnen und Leser eine Zahl nennen. Fast 2000 Gesundheitseinrichtungen der Ukraine sind durch russische Angriffe entweder zerstört oder beschädigt worden. Hier kann man nicht von Kollateralschäden sprechen. Es sind ganz gezielte Angriffe auf das Gesundheitssystem – und das ist natürlich ein Kriegsverbrechen.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns bitte einige Punkte hinterfragend ansprechen. Wir haben kriegerische Auseinandersetzungen in einer Vielzahl von Ländern. Es reicht ein Blick nach Afrika oder in den Nahen Osten. Was unterscheidet für uns in Deutschland diese Konflikte im Vergleich zur Ukraine aus Ihrer Sicht als Reporter? Beginnen wir mit der Menschlichkeit.

Till Mayer | In einem Krieg sterben Menschen. Eltern haben Angst um ihre Söhne und Töchter. Menschen werden entrechtet und verlieren ihre Heimat. Das ist Krieg. Egal, ob er in einem afrikanischen Land, in der Ukraine oder anderswo stattfindet. Jeder Mensch ist gleich viel wert. Punkt.

Der Blick auf die Ukraine: Das ist ein Krieg, bei dem Artilleriebeschuss mit Millionen von Geschossen das Land erschüttert. Dazu kommt eine neue Waffe: Drohnen. Praktisch findet über den Köpfen der Menschen ein Wettlauf statt. Die Entwicklung und Weiterent-

wicklung von Drohnen. Für den Kriegsverlauf ist es entscheidend, wer da die Entwicklung anführt.

Für mich kämpft in der Ukraine eine Demokratie gegen eine aggressive Diktatur. Die Menschen in der Ukraine überzeugen mich durch ihre Freiheitsliebe. Ich habe aus über 30 Kriegen und Krisen berichtet. In keinem war es so klar für mich, wer gut und wer böse ist, wie in der Ukraine.

Die Konflikte und Kriege von heute hängen oftmals zusammen. In der Zentralafrikanischen Republik sah ich bei einer Reise all die Wagner-Söldner. Und begriff Putins imperiale Ambitionen. In Syrien ließ Putin bomben, damit Millionen Menschen zur Flucht gezwungen werden. Das sollte wiederum den Zusammenhalt der EU destabilisieren. Auch auf dem Balkan lässt Putin zündeln. Dazu kommt der hybride Krieg Russlands. Russische Fakenews helfen rechtsradikalen Parteien in ganz Europa. Oder Trump bei den Wahlen. In Deutschland reden wir hier insbesondere von der AfD. Aber es gibt noch andere Putin-Versteher: Sahra Wagenknecht und ihr BSW beispielsweise. Auch für sie gibt es im Netz nachweislich Schützenhilfe von russischen Trollen. Wagenknecht war zudem gern gesehener Gast bei Putins Propagandasender *Russia Today*.

Ralf M. Ruthardt | Verstehe ich Sie richtig, dass aus Ihrer Sicht beispielsweise das BSW und die AfD „Trolle Putins“ sind, wie sie manchmal bezeichnet werden. Also Agenten Putins oder was auch immer? Also, haben diese Leute nach Ihrer Einschätzung eine Affinität oder eine strategische Nähe zum russischen Präsidenten Wladimir Putin?

Till Mayer | Beide werden von Putins Bots und Trollen unterstützt, weil sie Politik in seinem Sinne betreiben. Sahra Wagenknecht macht seit Jahren immer das Gleiche: Die Kriegsver-

brechen und die Aggressivität Putins werden kleingeredet. Kurz vor der Invasion hat sie sinngemäß gesagt, dass Putin falsch dargestellt würde: nämlich als durchgeknallter Nationalist, der die Grenzen mit Gewalt verschieben wolle.

Aus meiner Sicht ist Sahra Wagenknecht jemand, die an das Totalitäre glaubt. Eine Partei nach sich selbst zu benennen, das hat selbst Stalin nicht gemacht. Wagenknecht hatte sich übrigens einst engagiert, ein Denkmal für Opfer des Stalinismus zu verhindern. Ihre Kritik an Putin sind leere Worthülsen. Bis heute war sie nicht in der Ukraine. Auf ihren sogenannten Friedensdemos sieht man auch kaum ukrainische Geflüchtete. Aus gutem Grund, sie wollen nicht unter russischer Besatzung leben. Denn das wäre die Folge von Wagenknechts Ukraine-Politik.

Die AfD betreibt ebenfalls eine Politik, wie sie Putin nur gefallen kann. Hohe Funktionäre haben nachweislich Geld aus Moskau erhalten. Und auch auf andere Weise ihre Nähe bewiesen. Beide Parteien wollen wieder russisches Erdöl und Gas sowie das Ende von Waffenlieferungen. Letzteres würde die Kapitulation der Ukraine bedeuten, Ersteres den russischen Angriffskrieg mitfinanzieren.

Ralf M. Ruthardt | Wir sprechen im Juni 2025 miteinander. Zu diesem Zeitpunkt haben SPD-Politiker ein Manifest veröffentlicht. Es geht darum um Frieden – auch mit Russland – und gegen die Aufrüstung bzw. einen Rüstungswettlauf. Mitunterzeichner sind unter anderem Rolf Mützenich, Hans Eichel, Julian Nida-Rümelin und Ralf Stegner.

Wo möglich, haben das Manifest viele Menschen bereits umfassend kommentiert – ohne es durchgelesen zu haben. Aber das mag an unserer medial schnelllebigen Zeit liegen. (lacht)

Lassen Sie uns, lieber Till Mayer, für ein paar Momente darüber sprechen und zunächst folgende Prämisse setzen: In diesem Manifest wird unter anderem eine diplomatische Initiative auch Deutschlands gegenüber Russland eingefordert. Zudem wird sich vehement gegen Aufrüstungsmaßnahmen in Deutschland ausgesprochen. Das betrifft auch die Mittelstreckenraketen, deren Stationierung durch die USA in Deutschland ab 2026 geplant ist.

Nun lassen wir die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gedanklich außen vor. Schließlich ist das – wenn man ideologische Aspekte oder infantile Momente beiseitelässt – ein selbstredendes Moment, dass ein Staat den Schutz seiner Integrität sicherzustellen versucht, auch wenn er dazu jeweils unterschiedliche Möglichkeiten oder situativ nur eingeschränkte Mittel hat.

Schauen wir auf die von den SPD-Politikern geforderte diplomatische Initiative. Nun, Putin ist nicht unbedingt Russland und Russland ist nicht zwangsweise Putin, aber er ist nun mal der wahrgenommene starke Politiker und daher meine auf ihn fokussierte Frage: Würde Ihrer Einschätzung nach Diplomatie von Putin als Schwäche interpretiert werden?

Till Mayer | Ich sehe Putin als einen Menschen, der nur an Stärke glaubt. Kompromissvorschläge sind für ihn ein Zeichen von Schwäche. Russland ist eine Diktatur und Putin hat sie unter Kontrolle. Natürlich wird der letzte Schritt am Verhandlungstisch gemacht. Aber an den müssen die Ukrainer aus einer Position der Stärke treten.

Erinnern wir uns: Die Ukrainer waren ein Musterschüler für Abrüstung. 1994 galten sie als die drittgrößte Nuklearmacht der Welt. Die Ukrainer übergaben ihr nukleares Arsenal an Russland. Wohlgermerkt Russland. Großbritannien, USA und Russland gaben im





Gegenzug umfassende Sicherheitsgarantien an die Ukraine. Die Putin alle gebrochen hat. Russland rüstet sich für einen großen Krieg, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Das ist leider ein Fakt.

Ralf M. Ruthardt | Ja, nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 befanden sich auf ukrainischem Territorium mehr Atomwaffen als in jeder anderen ehemaligen Sowjetrepublik außer Russland – insgesamt rund 1900 Sprengköpfe. Die Kommando- und Sicherheitssysteme waren damals in Moskau. Wenn ich mich richtig erinnere, dann haben die drei von Ihnen genannten Staaten 1994 das Budapester Memorandum unterzeichnet und erklärten darin, die Souveränität und bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren.

Till Mayer | Russland war ein Garant für die Unversehrtheit der Grenzen der Ukraine, und für diese bindende Zusage haben die Ukrainer ihr nukleares Arsenal abgegeben. Wenn sie damals ihre Atomwaffen behalten hätten, wäre heute kein einziger russischer Soldat auf ihrem Boden. Putin spricht den Ukrainern ab, eine eigene Nation zu sein. Die Ukrainerinnen und Ukrainer können seinem Wort nicht trauen. Nur starke Sicherheitsgarantien helfen, die dieses Mal wirklich greifen.

Ralf M. Ruthardt | Diese Macht- und Einflussfragen zwischen Moskau und Kiew erscheinen mir schon lange Zeit anzuhalten, auch wenn ich jetzt nicht ins 9. Jahrhundert zurückblicken will, als die Kiewer Rus als Ursprungsreich sowohl der heutigen Ukraine, Russlands als auch Belarus gegolten haben.

Till Mayer | Ich sehe keine offenen Fragen bei international anerkannten Grenzen. Putin will die Ukraine. Er will ein Imperium aufbauen, in dem er andere Länder überfällt und unter seinen Einfluss bringt. Dazu hat er kein Recht. Punkt. Leider ist es so, dass die russische

Bevölkerung zum Großteil hinter Putin steht. Wir werden da vermutlich keine massive Gegenbewegung zum russischen Imperialismus und Kolonialismus sehen. Im Gegenteil, die Gesellschaft wird in Russland militarisiert, die Wirtschaft umgebaut. Alles läuft hin zur Vorbereitung eines großen Kriegs.

Ralf M. Ruthardt | Und jetzt nochmals zum Manifest einiger SPD-Politiker ...

Till Mayer | ... Russland macht sich invasionstüchtig. Verschuldet sich für seine Kriegsvorbereitung. Russland führt im kleinen Nachbarland einen erbarmungslosen Krieg. Putin hält sich nur an Verträge, die ihm nützen. Ansonsten bricht er sie. Das war ja bereits mehrmals der Fall. So arglos kann kein Berufspolitiker sein, dass er diese Fakten nicht sieht.

Ralf M. Ruthardt | Ja, die russische Wirtschaft wurde nach dem Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine schrittweise in Richtung einer Kriegswirtschaft umgestellt – insbesondere ab 2022, mit einer deutlichen Beschleunigung ab Mitte/Ende 2023.

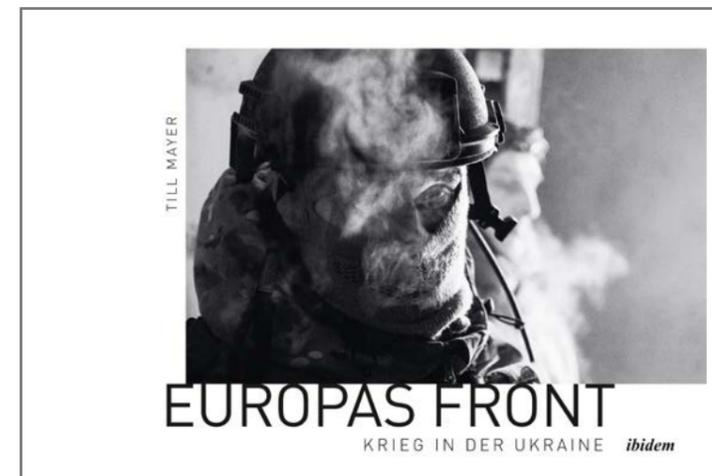
Nochmals zu den SPD-Politikern, deren Manifest und Ihrer Einordnung ...

Till Mayer | Was soll ich noch sagen? Ich frage mich, was solche Menschen bewegt. Putin ist ein brutaler Diktator, ein aggressiver Imperialist. Mit seiner hybriden Kriegsführung hat er längst die deutsche Gesellschaft und ihren Zusammenhalt angegriffen. Es geht jetzt auch um unsere Freiheit. Ein Manifest der Schwäche ist ein Geschenk für Putin und seine aggressive Politik. Eine Bestätigung, weiterzumachen: gegen jedes Völker- und Menschenrecht.

Ralf M. Ruthardt | Kommen wir zu einem anderen Punkt, den ich für unser Gespräch

auf meinem Zettel habe. Es wird oftmals argumentiert, dass eine Vermeidung des Kriegs darin bestanden hätte, der Ukraine keine Avancen in Richtung NATO bzw. in die EU zu machen. Man hätte anstelle dessen, so diese Argumentation, eine klare Positionierung in Richtung Moskau erklären können.

Das Gegenargument ist dann oftmals, dass die Ukraine ein Recht auf Selbstbestimmung habe. Nun, darauf wird geantwortet, dass natürlich die NATO auch selbst bestimmen kann, wen sie – in ihrem Interesse liegend – bei sich aufnehmen möchte. Zudem wird erinnert, dass es nach dem Fall des sogenannten Eisernen Vorhangs beispielsweise James Baker (US-Außenminister) im Februar



1990 sagte, dass sich die NATO nicht einen Zoll nach Osten ausdehnen würde. Nun, das war im Kontext der deutschen Wiedervereinigung. Allgemein gefragt: Wie ordnen Sie diese Argumente ein?

Till Mayer | Entsprechende Zusagen wären demzufolge gemacht worden, als es den Warschauer Pakt noch gab. Besagte Länder waren da ja noch im Warschauer Pakt gebunden. Ist das ein Setup für Diskussionen über zukünftige NATO-Mitgliedschaften? Die besagten Gesprächspartner des Westens hatten zudem gar nicht das Mandat, für die

NATO zu sprechen beziehungsweise künftige Bewerberstaaten abzuweisen.

Aber das Wichtige ist: Putin hat keine Angst, dass die NATO Russland angreifen wird. Wer wagt es, eine Atommacht anzugreifen?! Vielmehr entzieht die NATO andere Länder dem Einfluss Russlands. Weil das Verteidigungsbündnis Schutz bedeutet. Ich denke, dass es das gute Recht der Menschen in den Nachbarländern Russlands ist, dass sie sich für einen eigenen Weg entscheiden und nicht wie in der Vergangenheit unter der Bevormundung und Kontrolle einer russischen Diktatur leben wollen.

Wären die Baltischen Staaten nicht in der NATO, ich vermute, Putin wäre dort schon längst einmarschiert. Interessant ist, dass Russland-Versteher gerne einen Fakt ausblenden: Mitten im NATO-Gebiet hat Russland mit der Enklave Kaliningrad quasi eine gigantische Abschussrampe für russische Atomraketen. In strategisch allerbesten Lage. Da soll sich der Westen natürlich nicht bedroht fühlen. Aber Russland darf einen Krieg anfangen, weil die Ukraine in Jahren vielleicht der NATO beitrifft?

Ralf M. Ruthardt | Müsste man Ihrer Meinung nach in Deutschland unter Strafe stellen, wenn Menschen die Putins Politik verstehen, nachvollziehen oder dieser zustimmen? Ich nehme nochmals Bezug auf das Manifest aus dem Kreis der SPD. Da sind ja politisch erfahrene und um Deutschland verdiente Politiker dabei. Unter anderem ein ehemaliger Fraktionsvorsitzender.

Soll diesem ein Redeverbot erteilt werden? Ist das Ihre Forderung?

Till Mayer | Jeder soll seine Meinung sagen dürfen. Ich glaube an die Demokratie und die Redefreiheit. Das Problem ist, dass die Demo-





kraten zu schweigsam, zu bräsig geworden sind. Es gilt jedoch, russischen Lügen klar entgegenzutreten. Eine Selbstverständlichkeit ist: Wer Unwahrheiten bewusst verbreitet, der soll dafür belangt werden. Wer sich für eine Diktatur starkmacht, der steht gegen die Demokratie.

Ralf M. Ruthardt | Rolf Mützenich – ein in Köln geborener Sozialdemokrat ...

Till Mayer | Man kann seine und Saha Wagenknechts Aussagen leicht mit Argumenten widerlegen. Wagenknecht stellt sich dauernd als Friedensengel dar. Warum war sie nie in der Ukraine? Ich denke, weil sie nicht die Bilder in den Medien will, wenn sie eine vergewaltigte Ukrainerin für ihre Politik zur Rede stellt. Zu dem „Sozialdemokraten“ Mützenich: In der NS-Diktatur mussten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Grausames erfahren. In Foltergefängnissen und Lagern... Was hätten sie von dem Memorandum gehalten? Das sollten sich die Genossinnen und Genossen fragen, die es unterschrieben haben.

Ralf M. Ruthardt | Meine Aufgabe sehe ich in unserem Gespräch darin, den unterschiedlichen Argumenten und Sichten nicht auszuweichen. Vielmehr möchte ich Ihre Einordnung, lieber Till Mayer, und Ihre Argumente erfragen. Lassen wir den Perspektivenwechsel zu – und danke, dass Sie uns auch an Ihren emotionalen Empfindungen teilhaben lassen.

Nochmals zu Rolf Mützenich und den weiteren Unterzeichnenden des Manifests aus den Kreisen der SPD, welches im Juni 2025 veröffentlicht wurde. Rolf Mützenich als einen ehrenwerten Politiker würdigen, der sich um seine Partei und um die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht hat. Gleichzeitig hört man im Kontext des Manifests

Stimmen, die Mützenichs Appell als blödsinnig oder töricht bezeichnen.

Wie bekommen wir einen versachlichten Dialog hin, ohne jetzt einem Herrn Mützenich zu unterstellen, dass er kein Demokrat sei? Oder braucht es diesen versachlichten Dialog nicht?

Till Mayer | Es fällt schwer zu glauben, dass ein erfahrener Politiker so gutgläubig ist. Mützenich wird die Berichte der Menschenrechtsorganisation zur Lage in den russisch besetzten Gebieten kennen. Er verschweigt, dass es Russland war, das keinen Dialog zulässt. Russland versucht beispielsweise, Fakten zu schaffen, indem es besetztes Gebiet in sein Staatsgebiet integriert. Während Trump vom schnellen „Frieden“ schwadronierte, verstärkte Putin seine Luftangriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung drastisch.

Frieden bedeutet nicht, dass nur Waffen schweigen. Frieden bedeutet, dass die Menschen gerechte Gesetze haben, dass sie sicher leben – und dass sie nicht des Nachts abgeholt werden. Dass sie nicht gefoltert, vergewaltigt und ermordet werden, wenn sie eine eigene Meinung vertreten. In den besetzten Gebieten sind Tausende von Menschen verschwunden. Unter Stalin herrschte in den 1930er-Jahren auch „Frieden“ – und trotzdem sind Millionen von Ukrainern während des Holodomors verhungert.

Unter Besatzung zu leben ist kein Frieden. Deswegen wehren sich die Menschen der Ukraine so tapfer. Sie sind offensichtlich aus einem anderen Holz geschnitzt als Mützenich. Vielleicht sollte er öfter in die Ukraine reisen und diesen Menschen zuhören. Ich kann ihm gerne gute Gesprächspartnerinnen und Partner nennen.

Ralf M. Ruthardt | Das nehmen wir als Schlussgedanken aus dem Gespräch mit Ihnen mit und entlassen die Leserinnen und Leser in den eigenverantwortlichen Prozess der Meinungsbildung. Danke für das engagierte Gespräch – und abschließend sei

auf die Ukraine-Berichterstattung von Till Mayer beispielsweise für die Augsburger Allgemeine, die Frankfurter Rundschau, den Südkurier, die Rheinische Post, die Stuttgarter Nachrichten und die Stuttgarter Zeitung hingewiesen.

Till Mayer

hält die Langzeitfolgen von Konflikten und Kriegen seit vielen Jahren in seinen Fotos und Reportagen fest. Aus rund 30 Konfliktgebieten berichtete er schon.

Den Krieg in der Ukraine dokumentiert er bereits seit 2017 und warnte als einer der wenigen deutschen Journalisten kontinuierlich vor der Gefahr einer Ausweitung der Kampfhandlungen. Seine Ukraine-Berichterstattung intensiviert sich seit dem Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022. Er berichtet nun im monatlichen Rhythmus als freier (Foto-)Journalist für die Augsburger Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Rheinische Post, Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten und weitere Redaktionen.

Schon 2007 führte den Bamberger ein Buch- und Ausstellungsprojekt über KZ-Überlebende („roter Winkel, hartes Leben“, Verlag Herder) erstmals in die Ukraine. Seitdem folgten viele Reportagen aus dem osteuropäischen Land. Der Journalist und Fotograf erhielt für seine Arbeit mehrfach Preise und Auszeichnungen.





Journalismus beginnt mit Unabhängigkeit

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Flavio von Witzleben

Was bedeutet unabhängiger Journalismus heute – jenseits von Rundfunkräten, Meinungskorridoren und Quote? Im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt erläutert Flavio von Witzleben, warum echte Medienfreiheit ohne finanzielle und redaktionelle Unabhängigkeit kaum möglich ist – und warum gerade die offene Debatte unser demokratisches Miteinander rettet.

Ralf M. Ruthardt | Unabhängiger Journalismus. Freiheit im Journalismus. – Das sind Stichworte, die ich an den Anfang unseres Gespräches setzen möchte, lieber Flavio von Witzleben. Bitte lass uns an deinen Erfahrungen teilhaben. Wie lässt sich unabhängiger Journalismus in Deutschland umsetzen?

Flavio von Witzleben | Hierbei sind die Finanzen essentiell. Wenn ich als Journalist finanziell unabhängig arbeiten kann, dann kann ich die Themen inhaltlich frei gestalten. Ich kann Personen einladen, die vielleicht vom sogenannten Mainstream nicht eingeladen werden.

Meine Arbeit finanziere ich überwiegend aus Spenden und über die Monetarisierung von YouTube beziehungsweise Google. Dadurch ist es mir möglich, unabhängig zu arbeiten. Das hat positive und negative Seiten: Die negative Seite ist, dass man kein geregeltes Einkommen hat; anders als bei einem festangestellten Redakteur beim Tagesspiegel, der FAZ oder wo auch immer. Der weiß, dass er jeden Monat seine 3.000 Euro netto erhält. Bei mir schwankt das je nach Reichweite und je nachdem, was gespendet wird. Im Einzelfall sind das fünf oder 50 Euro. In manchen Fällen auch mal 500 Euro. Ohne die finanzielle Unabhängigkeit kann man nicht frei arbeiten.

Der nächste Punkt ist die redaktionelle Unabhängigkeit. Ich habe niemanden über mir, der mir sagt, welche Themen ich zu setzen habe. Es gibt keinen, der mir vorschreibt, wer zu mir ins Gespräch kommen darf. Machen wir das konkret: Vor Kurzem hatte ich ein Interview mit Björn Höcke und Ulrike Guérot.

In einem der zwischenzeitlich über 10.000 Kommentare schreibt jemand, dass dieses Interview eigentlich zur besten Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehört hätte. Das stimmt natürlich. Denn mit meiner Arbeit fülle ich ein Stück weit das Vakuum, das die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten verursachen. Denn es wäre eigentlich ein Bestandteil deren Programmauftrags.

Die finanzielle Unabhängigkeit und die redaktionelle Unabhängigkeit. Das sind die beiden Voraussetzungen, um als Journalist frei und unabhängig arbeiten zu können.

Ralf M. Ruthardt | Da hast vom Vakuum gesprochen. Davon, dass du einen Teil des Programmauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) erledigst. Ich mag die Idee des ÖRR sehr und sehe darin eigentlich die zwei Merkmale der Unabhängigkeit, die du genannt hast.

Die finanzielle Unabhängigkeit des ÖRR ist durch die sogenannten Zwangsgebühren – oder freundlich formuliert – durch die Rundfunkbeiträge gewährleistet. Und durch die Rundfunkräte soll die Gesellschaft repräsentativ abgebildet werden, was für Ausgewogenheit sorgen könnte. Von daher müsste doch der ÖRR freien und qualitativ hochwertigen Journalismus betreiben und uns Bürgerinnen und Bürger sachlich informieren können. Auf den ersten Blick sind die Rahmenbedingungen vom Prinzip her stimmig.

Flavio von Witzleben | Ich stimme dir zu, dass die Einrichtung des ÖRR für eine libe-



rale, demokratische Gesellschaft absolut begrüßenswert ist. Ich finde die Idee dahinter klasse.

Leider erfüllen die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten diese Ansprüche nicht mehr. Das merken die Menschen zunehmend. Meiner Ansicht nach war die große Zäsur mit der Corona-Pandemie im März 2020, als auf einmal nur noch eine Meinung abgebildet worden ist. Das damals herrschende Narrativ wurde nicht mehr hinterfragt. Daraus resultierten dann die großen alternativen Medienkanäle, die es heute noch gibt.

Klar, auch vor der Corona-Krise gab es ein paar Alternativmedien, wie das Rubikon-Magazin (heute „Manova“), die „Nachdenkseiten“ oder die „Junge Freiheit“. Aber seit der Pandemie gibt es eine Fülle von alternativen Medien – alleine bei YouTube sind es weit über 50 solcher Kanäle. Man kann durchaus sagen, dass es damals eine große Zäsur gab und die bis dahin etablierten Medien versagt haben. Insbesondere der ÖRR hat seinen Programm- und Bildungsauftrag nicht mehr erfüllt – wobei das vor der Corona-Pandemie auch schon erkennbar gewesen ist.

Denn es gab einen großen Vertrauensverlust bereits 2014. Das war während der sogenannten Annexion der Krim durch Russland. Was danach durch die Mainstream-Medien kam, war und ist auf die Narrative der NATO ausgerichtet. Es werden kaum noch russische Positionen berichtet. Ähnlich, wenn auch etwas ausgewogener – sehen wir es im aktuellen Nahost-Konflikt. Da überwiegen die pro-israelischen Narrative; wobei das so langsam kippt. Auch die pro-ukrainischen Narrative sind zwischenzeitlich nicht mehr so vorherrschend. Und im Rückblick auf die Corona-Pandemie ist man sich mittlerweile in den Redaktionen im ÖRR erkennbar einig,

dass man damals nicht ausgewogen Bericht erstattet hat.

Ralf M. Ruthardt | Ziehen wir die Zeitachse etwas in die Länge. Nach der „Ära Kohl“ wurde Gerhard Schröder Bundeskanzler. Er hat uns als Gesellschaft einiges abgefordert. Wir erinnern uns an die Hartz-IV-Reformen. Nun, Schröder hat uns aus dem Irak-Krieg rausgehalten, aber gleichwohl gemeinsam mit Joschka Fischer die NATO-Intervention im Kosovokrieg 1999 – also eine militärische Einmischung ohne UN-Mandat – unterstützt. Ich möchte darauf hinaus, dass wir als Gesellschaft in dieser Zeit sehr wohl gefordert waren. Während der anschließenden „Ära Merkel“ – so meine subjektive Wahrnehmung, die ich mit dir hinterfragen möchte – gab es dann eine Entwicklung, in welcher sich viele Menschen aus der Bürgerrolle ins Private zurückgezogen haben. Es schien ja keine Alternativen zum politischen Handeln zu geben und man hatte ja die Zusage, dass Politik sich kümmern werde. Man hat sich, etwas pauschal und verkürzt formuliert, zurückgezogen und gesellschaftspolitisch schlafen gelegt.

Dann kamen die Ereignisse um die Flüchtlingsströme, die man anfangs in weiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen hat. Ich erinnere mich, wie meine Kids und ich gemeinsam am Hauptbahnhof in München bei der Essensausgabe unseren Beitrag geleistet haben. Im Laufe der Zeit wurde jedoch aus der Alternativlosigkeit etwas, das man nicht mehr mittragen wollte. Man erkannte, dass es keine vernünftigen Argumente in den Migrationsfragen mehr gab. Vieles wurde unlogisch und noch mehr wurde nicht mehr bewältigbar.

Ich bin bei dir, Flavio, dass das Gefühl, einem massiven medialen Diktat ausgesetzt zu sein, sich während der Pandemie kulminierte.

Jeder, der dem politischen und medialen Diktat in dieser Zeit nicht folgt, wurde auf manches Mal nahezu menschenverachtende Weise aus der Gesellschaft ausgestoßen.

So gesehen haben wir – auf dem Zeitstrahl etwas breiter gezogen – eine Entwicklung gehabt, die schlussendlich zu dem führt, wo wir heute stehen: Wir haben in weiten Teilen der Gesellschaft einen massiven Vertrauensverlust in Politik und Medien. Wir haben, das zeigt auch die Verbundenheitsstudie des Rheingold-Instituts aus 2025, einen quasi Bruch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den staatlichen Institutionen.

Flavio von Witzleben | Ja, das hat sich wirklich sukzessive so entwickelt. Du hast es nachvollziehbar über die vergangenen Dekaden hinweg aufgezeigt. Angefangen mit Gerhard Schröder, der damals in einer rot-grünen Bundesregierung mit Joschka Fischer als Bundesaußenminister Deutschland in eine direkte Kriegsbeteiligung geführt hat. Der Kosovokrieg war die erste deutsche Kriegsbeteiligung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Und das unter einem Außenminister von DIE GRÜNEN, die einst eine pazifistische Partei gewesen ist.

Es hat sich über die Jahrzehnte einiges zuge-spitzt. Lass uns fokussiert auf die Medien blicken: Meiner Ansicht nach gab es den bereits genannten ersten großen Bruch 2014. Dann folgte 2015 die Flüchtlingskrise. In beiden Krisen hatte man nicht mehr den Eindruck, dass moderat-kritische Positionen in den etablierten Medien, namentlich dem ÖRR, ausgewogen abgebildet werden. Natürlich muss Journalismus nicht die Position von Rechtsextremisten überwiegend darstellen – aber auch darüber muss man berichten. Schließlich wollen die Menschen wissen, was ist – also was geschieht. Von einer ausgewogenen Berichterstattung während

der Flüchtlingskrise oder gar während der Corona-Pandemie ist kaum etwas zu finden.

Machen wir es konkret: Prof. Dr. Sucharit Bhakdi und Dr. Wolfgang Wodarg haben konstruktive und wichtige Diskussionsbeiträge geliefert – aber im ÖRR kamen sie nicht oder nicht angemessen zu Wort. Wieso wurden diese Fachexperten außen vor gelassen? Dass der Begriff „Lügenpresse“ Einzug gehalten hat, muss vor solchem Hintergrund nicht verwundern.

Ich erwidere diesen Begriff: „Lückenpresse“ wäre die richtige Zuschreibung, denn, wer etwas Relevantes in der Berichterstattung einfach weglässt, verzerrt damit die Wirklichkeit. So etwas sollten Journalisten nicht tun. Es gilt, die Wirklichkeit abzubilden und nicht selbst eine Wirklichkeit zu konstruieren.

Meine persönliche Politisierung war zur Zeit der Eurokrise, als sich die AfD gegründet hat. Dann folgten die Konflikte in der Ukraine, die Flüchtlingskrise, die Pandemie – und in dieser Zeit meine eigene journalistische Tätigkeit. Zu deiner Frage, wie verlorenes Vertrauen in die Medien wiederhergestellt werden kann: Ich bin mir nicht sicher, ob die von dir erwähnte Verbundenheit so einfach wiederhergestellt werden kann.

Ralf M. Ruthardt | In den sozialen Medien bist du sehr aktiv, Flavio. Du hast beispielsweise zusammen mit Dr. Karin Kneisel, der ehemaligen Außenministerin von Österreich, einen sehr ansprechenden Podcast.

Lass uns der Frage nachgehen, wie unterhaltsam inhaltliche Themen präsentiert werden müssen, damit diese von den Menschen angeschaut bzw. angehört werden. Lass uns dies vor dem Hintergrund betrachten, dass sich dein Podcast mit Geopolitik beschäftigt. Können wir als Bürgerinnen und Bürger mit komplexen Themen umgehen





oder wie sehr muss man uns das geschmei- dig rüberbringen?

Flavio von Witzleben | Das ist eine wirklich gute Frage, die ich mir selber oft stelle. Ich lege viel Wert darauf, dass meine journalistische Arbeit nüchtern und sachlich ist. Das soll nicht ins Infotainment übergehen, wie wir das teilweise bei den Alternativmedien sehen. Natürlich hat Infotainment seine Berechtigung und es gibt dafür eine Zielgruppe. Aber dabei geht natürlich oftmals einiges an Informationen und an Zusammenhängen verloren.

Klar, wenn man unterhaltsam ist, dann hat man mehr Reichweite. Auch die Tagesaktualität ist ein Faktor, wenn es um Reichweite geht. Mir geht es mehr hintergründig um die Sache – und natürlich ist es prima, wenn meine Gesprächspartner rhetorisch gut unterwegs sind. Da saß vor Kurzem Fürstin Gloria von Thurn und Taxis bei mir zum Interview. Das Gespräch mit ihr war natürlich hervorragend, weil sie ihre Standpunkte rhetorisch sehr gut vorgetragen hat.

Meinem Anspruch, dass die Gespräche den Leuten Erkenntnisse bringen sollen, will ich gerecht werden. Daher ist das Unterhalt- same nicht das, was ich in den Mittelpunkt rücke. Ich habe den Eindruck, dass viele Menschen sich Programme aus Gewohnheit anschauen. Da hört man jeden Sonntag oder jeden Samstag diesen oder jenen Podcast – weil man ihn immer anhört. So ist das eben.

Ralf M. Ruthardt | Wenn wir in alternative Medien reinschauen – dabei ist deren poli- tische Verortung unerheblich –, dann stellt man fest, dass oft pointiert gesprochen oder fast schon gebrüllt wird. Braucht es immer einen gewissen „Alarm“ oder die Alarmstim- mung, damit die Leute nicht „weiterwischen“?

Flavio von Witzleben | Vielleicht sollte man

dazu eine Studie machen. Das Ergeb- nis würde mich interessieren. Ich kann nur aus dem Bauch heraus antworten. Es geht wohl darum, eine Stimmung zu erzeugen. Vorherrschende Stereotype und Vorurteile sollen bestätigt werden. Es geht, so meine Einschätzung, weniger um Information und Erkenntnisgewinn, sondern um Emotionen. Wenn man NiUS sich anschaut, dann ist das sicherlich kein Zufall, dass einer der Initiato- ren der ehemalige Bild-Chef Julian Reichelt ist.

Ralf M. Ruthardt | Machen wir einen Per- spektivenwechsel, ohne dass ich einen direkten Vergleich zu NiUS suche. Wenn ich mir JUNG&NAIV von Tilo Jung auf YouTube anschau, dann ist sein Format tendenzi- ell eher links oder nahe an DIE GRÜNEN. So meine Wahrnehmung. Auch dort finde ich das Pointierte und manches Mal auch eine gewisse Alarmstimmung.

Flavio von Witzleben | Im Rahmen mei- nes Studiums hatte ich mit Zuschauern von JUNG&NAIV zu tun gehabt. Wir haben dis- kutierend ganze Nächte verbracht. Ich habe in dieser Zeit viele Mechanismen verstehen gelernt. Man findet dort eher die Angst oder die Panik, dass aufgrund des Klimawandels jetzt – etwas überspitzt formuliert – die Welt untergeht. Oder, dass Russland in Deutsch- land einmarschiert. Das sind eher deren Panikmomente, die da gesetzt werden.

Man muss resümieren, dass beide Seiten ihre Stereotype haben und mit vorherrschenden Narrativen agieren. Es gibt eher wenig For- mate, mal abgesehen von deinem Magazin MITMENSCHENREDEN oder von Benjamin Berndt mit seinem Podcast „{ungeskriptet} by Ben“, die mit unterschiedlichen politischen Seiten in Kontakt sind und wirklich eine Art Symbiose bilden.

Das ist auch für mich eine große Heraus-

forderung. Immer mal wieder frage ich beispielsweise Gregor Gysi an, um mit der anderen Seite noch mehr in Kontakt zu kom- men. Es ist nicht einfach. Deswegen versuche ich jetzt vermehrt diese Streitgespräche. Debatte im Sinne der Hegelschen Dialektik. Es geht schließlich um den Erkenntnisgewinn.

Ralf M. Ruthardt | Dann nehmen wir das als Schlussgedanken: Es geht um Erkennt- nisgewinn. – Ich danke dir, lieber Flavio von Witzleben, für unseren Gedankenaustausch und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wün- sche ich ein ergebnisoffenes Nachdenken.

Flavio von Witzleben

ist unabhängiger Journalist, Podcaster und YouTuber. Bekannt wurde er durch sachlich fundierte Interviews mit kontroversen Gästen und geopolitischen Analysen. Er finanziert seine Arbeit über Spenden, legt Wert auf redaktionelle Freiheit und erreicht ein breites Publikum abseits etablierter Medien.



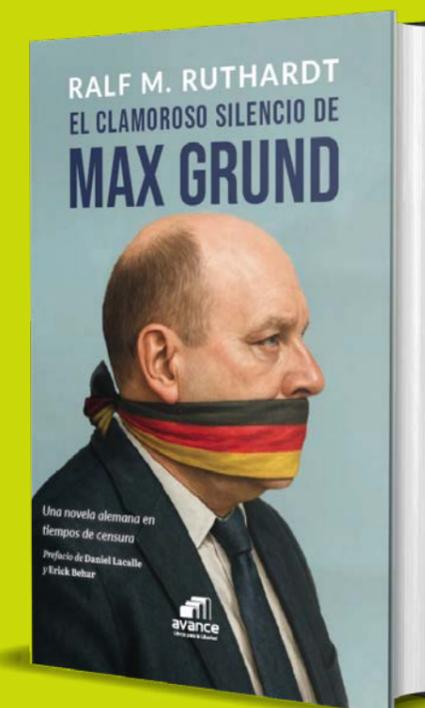
Anzeige

“Das laute Schweigen des Max Grund”

Jetzt auch in der **spanischen** Übersetzung von Prof. Dr. Erick Behar-Villegas. Vorwort: Daniel Lacalle.

Jetzt bestellen bei *Fundación para el Avance de la Libertad*

<https://tienda.fundalib.org/>





Zwischen Erkenntnis und Anpassung: Ein **intellektuelles** Dilemma

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Rahim Taghizadegan

Integrität, Wahrheitsstreben und Eigenverantwortung stehen oft im Widerspruch zu kurzfristigem Erfolg und gesellschaftlichen Narrativen. Im Gespräch reflektiert Rahim Taghizadegan über das Spannungsfeld zwischen Erkenntnis und Anpassung – und warum echte Freiheit nur in individueller Praxis Gestalt annimmt.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Rahim Taghizadegan, in einem Ihrer Bücher weisen Sie darauf hin, dass die meisten Vertreter der Wiener Schule gezeigt haben, dass sie Integrität und Wahrheitsstreben einen besonderen Wert beimessen. Sie seien dafür bereit gewesen, Einkommen und Prestige aufzugeben. Wenn ich mich in Politik, Medien und Wirtschaft umschaue – wo sind die Menschen, die diese Werte teilen? Hat sich an der Wertigkeit von Integrität und Wahrheitsstreben etwas geändert?

Rahim Taghizadegan | Integrität und Wahrheitsstreben kollidieren mit kurzfristigem Erfolg, weshalb jene, die sie konsequent leben, seltener im Rampenlicht stehen. Politik zeigt die stärksten Anreize zur Kurzfristigkeit. Aufgrund der Verknappung durch diese Kurzfristigkeit ist der Wert von Integrität und Wahrheitsstreben jedoch im Steigen begriffen.

Ralf M. Ruthardt | Die Österreichische Schule legt großen Wert auf individuelles Handeln und dezentrale Erkenntnis. Gerade in einer parlamentarischen Demokratie scheint dies eine Herausforderung zu sein, weil Millionen von Menschen zur Wahlurne gehen – und dann basierend auf ihrer Erkenntnis eine Wahlentscheidung treffen. Braucht es Narrative, die die wertigen Argumente der Österreichischen Schule besser an die Frau und den Mann bringen als bisher?

Rahim Taghizadegan | Nein, Argumente sind leider nur für wenige relevant, die meisten Menschen suchen Rationalisierungen ihrer Interessen. Das ist ganz natürlich,

die relevanten Entscheidungen erfolgen unter Ungewissheit, und da ist Wissen nur beschränkt nützlich. Darum ist auch die Idee eines „öffentlichen Diskurses“ leider eine Illusion, Erkenntnissuche benötigt eher intime Vertraulichkeit. Veränderungen gehen stets von Minderheiten aus und verbreiten sich durch Vorbildwirkung oder Leidensdruck. Die ursprüngliche Bedeutung von Demokratie war weit realistischer: bürgerliche Selbstbestimmung kleinster Einheiten.

Ralf M. Ruthardt | Es wird in den vergangenen Jahren oft davon gesprochen, dass sich viele Menschen ins Private zurückgezogen haben. Die Komplexität der Herausforderungen sei Ursache – und wo möglich auch Resignation der eigenen Wirksamkeit bei gesellschaftspolitischen Fragen?

Rahim Taghizadegan | Ein Rückzug ins Private wäre nicht so schlecht, oft ist es Keimstätte einer Kulturblüte. Das Gegenteil ist heute jedoch richtig: Das Private wird politisiert, während die private Autonomie schwindet. Der Rückzug aus Ohnmacht in Scheinwelten ist eher die Atomisierung, mit einer Entmachtung und Verdrängung freiwilliger Beziehungen einhergeht, als ein Ausdruck privater Souveränität.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns bitte einer rhetorischen Frage nachgehen. Sollten junge Menschen sich lieber der Wahrheitssuche in einem – wo möglich zurzeit und zu Unrecht – marginalisierten Denkansatz wie der Österreichischen Schule zuwenden oder Karriere in einem System machen, das sich zu weiten



Teilen auf billiges Framing und infantile bzw. unvernünftige Narrative fokussiert?

Rahim Taghizadegan | Wahrheitssuche ohne praktische Berührung mit der Welt ist kaum möglich, wirklicher weltlicher Erfolg ohne jedes Wahrheitsstreben ebenso wenig. Niemand kann die individuelle Bürde abnehmen, dieses Dilemma durch subjektive Gewichtung aufzulösen. Vieles, was heute als Karriere gilt, ist kurzfristige Maximierung von Status und Einkommen zum Preis von Abhängigkeit und Vergiftung des Verstandes. Vieles, was heute als Wahrheitssuche gilt, ist Weltflucht. Der interdisziplinäre Realismus der ursprünglichen Österreichischen Schule ist zu schwierig, um ihn als allgemeines Rezept verkaufen zu können. Diese Tradition verschwand fast vollständig im Totalitarismus des letzten Jahrhunderts, wirklich wirksam und nützlich war und ist sie aber auch nur in der individuellen Praxis.

Rahim Taghizadegan

bezeichnet sich als letzten österreichischen Vertreter der Österreichischen Schule in direkter Tradition und leitet von Zug aus die internationale Hochschule scholarium, wo diese Tradition in ihrer ursprünglichen interdisziplinären und praktischen Form gelernt werden kann. Er hat fünfzehn Bücher geschrieben, darunter einige Bestseller, und Lehraufträge an zahlreichen Universitäten. Ursprünglich Atomphysiker, verbindet er heute Theorie und Praxis als Investor, Unternehmer und Berater.

<https://scholarium.at/>



„Immer wieder lesenswert!“

Simon Riese

Kurzgeschichten: Literarische Snacks für Zwischendurch.
Impressionen über die Vielfalt des Menschlichen.
Ironisch. Berührend. Unterhaltsam.
Das **besondere Geschenk** für Freunde.

Mensch sein – Mensch bleiben

Ralf M. Ruthardt
Edition PJB
ISBN 978-3982574950
Taschenbuch | nur € 15





Wo Menschen Hoffnung weitertragen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Dr. Anja Häse

Es war eine eher zufällige Begegnung, als der Herausgeber von *MITMENSCHENREDEDEN* bei einem spontanen Besuch der Dresdner Frauenkirche auf eine ehrenamtlich tätige Kirchenführerin getroffen ist. Das sich ein paar Tage später anschließende Gespräch mit der Leiterin des Besucherdienstes, Dr. Anja Häse, gibt inspirierende und berührende Einblicke.

Ralf M. Ruthardt | Liebe Frau Dr. Anja Häse, lassen Sie uns einsteigen, indem Sie mit einigen Sätzen sich und den Besucherdienst der Dresdner Frauenkirche vorstellen.

Anja Häse | Von Haus aus bin ich Germanistin, Historikerin und habe auch ein paar Semester Pädagogik und Psychologie studiert. Seit September 2002 bin ich hier im Haus. Das heißt, ich hatte das große Glück, die letzte Zeit des Wiederaufbaus dieser Kirche miterleben zu dürfen. Die Atmosphäre der Menschen, die auf dem Bau mitgewirkt haben – das war grandios, das war etwas Einzigartiges. Es hat mich, das ich muss so sagen, sehr geprägt.

Meine Anstellung erfolgte mit Blick auf die Zeit nach der Weihe im Oktober 2005. Da galt es, so einiges vorzubereiten, damit die Dresdner Frauenkirche nach der Fertigstellung von den Menschen besucht werden konnte.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns noch einen Moment in der Zeit des Wiederaufbaus verweilen. Mir drängt sich der Vergleich mit der Anfangsphase auf, als ich ein neues Unternehmen gegründet habe. Da gibt es die inspirierende Atmosphäre bei den Mitarbeitenden, an einer Innovation, an etwas Bedeutendem mitwirken zu können. Alle haben die Vision und Mission verinnerlicht – und das prägt ein Team. Nun, mein Vergleich hinkt.

Ein historisch bedeutendes Bauwerk mit einer besonderen gemeinsamen Kraftanstrengung der Beteiligten ins Hier und Jetzt zu überführen, erscheint mir als etwas Großes.

Was war aus Ihrem Erleben das Einzigartige? Was war das Prägende?

Anja Häse | Die Menschen, die am Wiederaufbau mitgewirkt haben, waren eng verbunden mit dieser Idee. Nun kann man sagen, das ist bei einer Firmengründung auch der Fall. Das Einzigartige lag beim Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche darin, dass dies auf diese spezielle Art und Weise kein zweites Mal passieren wird. Da war die historische Bedeutung des Kirchengebäudes. Die Silhouette der zerstörten Kirche – gleich zweier zum Gebet erhobener Hände. Dann der von einem breiten Bürgerengagement getragene Gedanke des Wiederaufbaus und natürlich die eindruckliche Versöhnungssymbolik.

Das bürgerschaftliche Engagement war ja eine der Voraussetzungen. Dieser Ruf einer Handvoll Bürger aus Dresden im Jahr 2000, der hinaus in die Welt gerichtet wurde: die Bitte um Spenden für den Wiederaufbau. Damals über Radio und Fernsehen, über Zeitungen – die Möglichkeiten des Internets waren noch gar nicht vorstellbar. Dieser Ruf aus Dresden erzeugte eine so mächtige Resonanz.

Überwältigend war für mich, wie die Menschen an diesem Wiederaufbau mitgewirkt haben. Die Maurer, Tischler, Steinmetze und viele andere Gewerke auf der Baustelle. Die wussten, das ist was Einzigartiges. Teilweise wurden alte Handwerkstechniken neu erlernt, um dieses Bauwerk in seiner historischen Form wieder zu errichten. Da war eine spürbare Verbindung. Viele der Spenderinnen und Spender sind immer wieder zur Baustelle



gekommen und haben sich den Fortschritt angeschaut. Das Anliegen der vielen Beteiligten war erkennbar.

Natürlich hat auch der religiöse Aspekt die Menschen verbunden. Schließlich hat man an einer Kirche gebaut, die als Symbol für Frieden stehen soll. Ich weiß noch, als der Wiederaufbau beendet war und die Bauleute sich nach neuen Jobs umgeschaut haben, da ist dies einigen sehr schwergefallen: Von dieser Baustelle mit ihrer historischen Tragweite zurück in einen normalen Arbeitsalltag auf einer der üblichen Baustellen zu finden, war sicher nicht leicht.

Ralf M. Ruthardt | Kann man diese Atmosphäre im Wortsinn als etwas „Heiliges“ bezeichnen, ohne dass ich diesen Begriff hier religiös überfrachtet verstanden wissen möchte? Die von Ihnen beschriebene Stimmung hat ja damit zu tun, dass die beteiligten Menschen sich auf etwas Besonderes eingelassen und es sich zu eigen gemacht haben.

Anja Häse | Ja, das auf jeden Fall. Hinzu kommt die symbolische Bedeutung der Frauenkirche. Die wiederaufgebaute Frauenkirche als Sinnbild für ein friedliches und versöhntes Miteinander. Diese Kirche, die durch den Krieg zerstört wurde. Das Gebäude inmitten der Stadt, auf dem auch eine Kriegsschuld lastete. Dann der Wiederaufbau, um durch einen gemeinsamen Akt eine offene Wunde zu heilen. Ich hatte ja von den zwei in den Himmel erhobenen Händen gesprochen. Altbischof Johannes Hempel hat dieses Bild verwendet. Im Angesicht der Ruine, dieser offenen Wunde, ist es menschliche Pflicht und christliche Botschaft, Wunden nicht offen zu halten, sondern zu heilen. Das war das bischöfliche Wort dazu. Es bleiben Narben, die an die Geschichte, an Schuld und Zerstörung erinnern. Von diesem Ort gehen Impulse aus, dass die Menschen für den Frieden eintreten. Allein durch das enorme

internationale Engagement für den Wiederaufbau wird deutlich, dass Menschen sich versöhnt haben. Also: „Heilig“ – in ganz vielen Dimensionen.

Ralf M. Ruthardt | Danke für den letzten Gedanken, dieses versöhnende Moment, das von einer gemeinsamen Kraftanstrengung, wie dem Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche, ausgehen kann.

Ich erinnere mich an einen Beitrag der jungen Journalistin Veronika Wetzel. Sie hatte hier in *MITMENSCHENREDEN* ([Ausgabe 04|2024](#)) über den Friedensprozess in Ruanda berichtet. Man erinnert sich an die Presseberichte aus Ruanda über die Gräueltaten rund um das Jahr 1994 – und heute stehen Menschen versöhnt gemeinsam auf den Feldern und verrichten ihr Tagwerk.

Nun, inwiefern spielt diese historische Bedeutung der Frauenkirche und die damit verbundene Ermahnung zum Frieden eine Rolle, wenn es um den Besucherdienst geht?

Anja Häse | Die Kernbotschaft ist im Fokus der ehrenamtlichen Kirchenführerinnen und Kirchenführer. Diese durchlaufen anfangs eine Schulung. Sie bekommen Material und entwerfen darauf basierend ihre erste Führung. Ein Kernthema ist die Friedensbotschaft: die Zerstörung, die Heilung von Wunden und die Versöhnung. Wir erhalten von den Kirchenführern die Rückmeldung, dass dieses Thema die Zuhörenden am meisten bewegt.

Ralf M. Ruthardt | Bei meinem letzten Besuch in der Frauenkirche habe ich bei einem von einer Kirchenführerin vorgetragenen geistlichen Impuls zwei Dinge wahrgenommen: Da war eine inhaltliche Botschaft. Was mich im persönlichen Erleben noch viel mehr mitgenommen hat, war die Art und Weise, wie dieser Impuls durch die Kirchenführerin vorgetragen wurde.

Es war die Bereitschaft spürbar, die Besuchenden mitzunehmen. Unabhängig davon, ob jemand oberflächlich durch das Kirchenschiff schlendert oder dem Wort folgend in der Kirchenbank saß. Das hat mich damals sehr angesprochen und bewegt.

Anja Häse | Erstmal freut mich diese Rückmeldung. Vielen Dank, das ist schön zu hören. Dieser geistliche Impuls ist ja nicht im eigentlichen Sinne eine Führung. Er ist ein Bestandteil der offenen Kirche und geht zurück auf das Jahr 2007, als das Besucherinteresse ungebrochen hoch blieb, was im Kirchenraum mit einem Geräuschpegel einherging, der – sagen wir es mal so – nicht unbedingt angemessen ist. Die Frage war damals, was können wir machen? Ich hatte überlegt, ob wir leise Musik vom Band einspielen. Ein Anruf bei einem Kollegen in Köln und dessen Antwort war eindeutig: Das

könnt ihr lassen, das hatten wir auch mal versucht. Der Effekt sei gewesen, dass sich dann der Geräuschpegel über den der Musik aufschwang.

Schlussendlich haben wir uns für diesen geistlichen Impuls entschieden. Dieser dauert maximal drei Minuten. Es gibt einen Rahmentext: eine Einladung, Platz zu nehmen und innezuhalten. Dann der Impuls. Am Schluss folgen noch zwei, drei organisatorische Hinweise und auch die Bitte um eine Spende am Ausgang.

Die Kirchenführerinnen und Kirchenführer stehen anschließend für Fragen und Gespräche zur Verfügung. So, wie Sie das auch erlebt haben. Es ist ein kirchenpädagogisches Konzept, um Menschen den Zugang zu Kirchenräumen zu eröffnen. So gibt es neben den klassischen Kirchenführungen ein

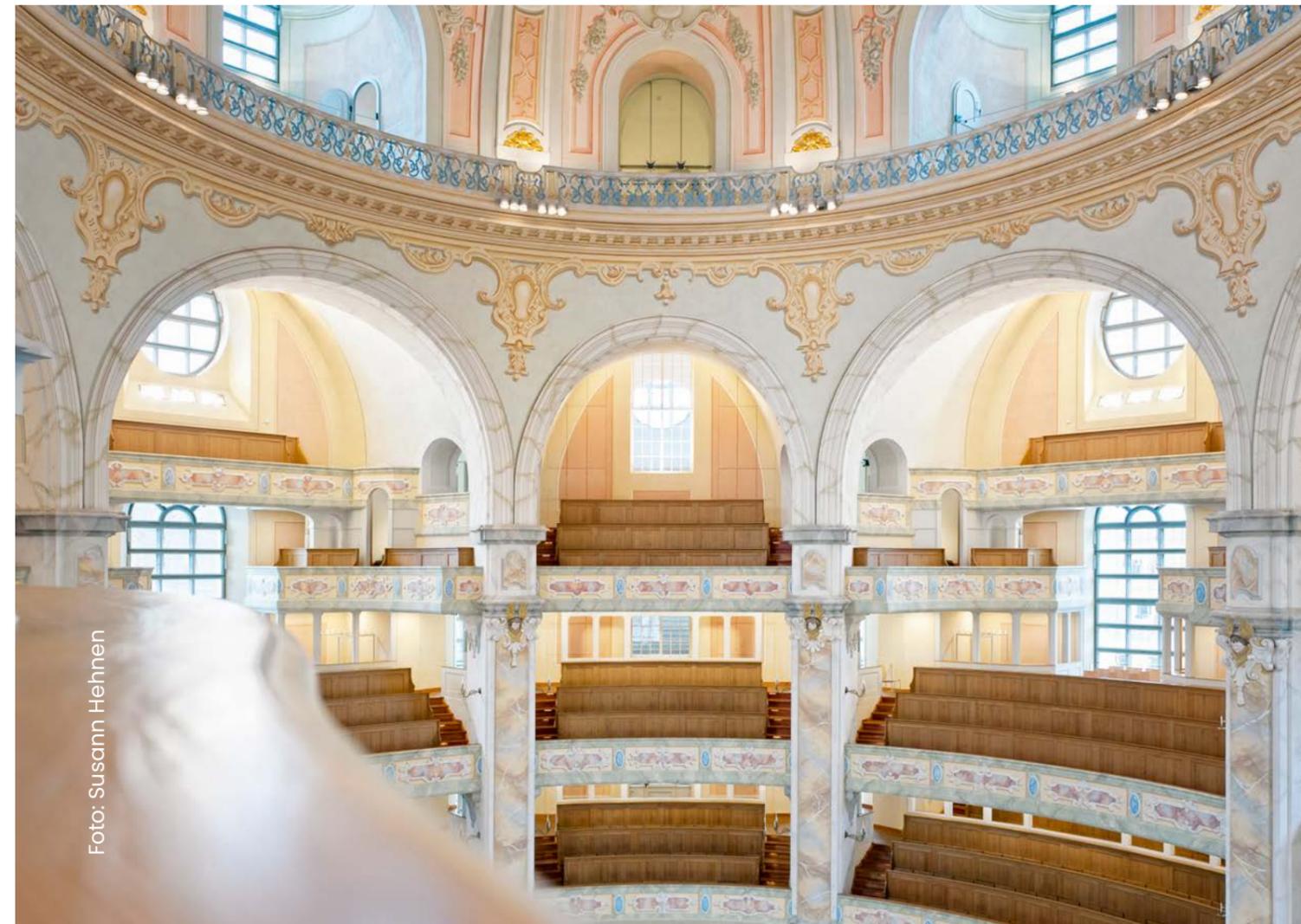


Foto: Susann Hehnen



methodisches Repertoire – wie diese kleine liturgische Form, die der geistliche Impuls darstellt.

Ralf M. Ruthardt | Diese drei Minuten geistlichen Impuls habe ich auch ob seiner Kürze angenehm empfunden. Nun leben wir ja quasi in einer Welt, in welcher wir mit Unmengen von kurzen Sequenzen in den sozialen Medien überflutet werden. Da sind womöglich die drei Minuten eine optimale Dauer, für ein Publikum, welches ja nicht zu einem Gottesdienst in die Frauenkirche kommt, sondern zum Anschauen und auf sich wirken lassen.

Hat man als Kirche ein Stück weit das Bestreben, von den Besucherinnen und Besuchern eine dem Kirchenraum angemessene Disziplin einzufordern?

Anja Häse | Bei Ihrer Frage muss ich lächeln. Gerade dieser Tage hatten wir am Nachmittag rund 7000 Gäste aus vielen Ländern in der Kirche. Die kommen natürlich, wie sie kommen: mit oder ohne christlichen Hintergrund. Und nun, wie gehen wir mit dieser Vielfalt und mit der hohen Anzahl an Gästen um? – Sagen wir es so: Wir sind da!

Es gibt keine Regeln, wie zum Beispiel in Italien, dass man in einem schulterfreien Top mit Spaghetti-Trägern oder mit kurzen Hosen meistens nicht in die Kirche hineingelassen wird. Unser Anliegen ist es, dass sich die Menschen wohlfühlen. Deshalb ist uns wichtig, dass sie beim Betreten der Frauenkirche nicht diszipliniert werden. Es könnte Menschen beschämen.

Klar, die Kirchenführerinnen und Kirchenführer können auf bestimmte Dinge hinweisen, wenn es authentisch ist. Ein solcher Hinweis kann eine Geste sein, die auf die Kopfbedeckung des Gastes hinweist und andeutet, diese bitte abzunehmen. Es ist auch geregelt, dass – von Blindenhunden abgesehen

– keine Tiere in die Kirche mitgenommen werden dürfen oder das Eis bzw. die Currywurst vor der Tür bleibt.

Ralf M. Ruthardt | Wenn ich beispielsweise in Italien ein Kirchengebäude betrete oder wenn ich in arabischen Ländern zu Gast bin, dann empfinde ich es nicht als unangenehm, mich angemessen zu kleiden oder zu verhalten. Es hat etwas mit Respekt und mit Wertschätzung zu tun, wenn ich dort Gast bin. Sind wir bei uns zu zaghaft – oder gar verzagt?

Anja Häse | Mir geht es wie Ihnen. – Aber: Wir haben viele Gäste, die anders sozialisiert sind. Gerade wenn wir auf junge Menschen blicken – und ich diese verprelle, dann tut es mir in der Seele weh. Es ist ein Balanceakt.

Ralf M. Ruthardt | Ja, es ist das sprichwörtliche zweischneidige Schwert. Egal, wie man es tut, man kann falsch liegen.

Anja Häse | Ich bringe ein Beispiel, das mir einer der Kirchenführer erzählte: Da kam ein junges Paar in die Frauenkirche. Es war im Sommer. Die Frau war hochschwanger – und bauchfrei. Der Kirchenführer fühlte sich durch die für einen sakralen Raum eher unangemessene Kleidung ein Stück herausgefordert. Er hat mit sich gerungen, ob er etwas sagen soll. Und er hat nichts gesagt.

Der Mann hat von der Frau auch vor dem Altarraum ein Foto gemacht. Anschließend sind die beiden jungen Leute auf den Kirchenführer zugegangen und haben ihm erzählt, dass sie in die Kirche gekommen sind, um ihrem Dank für die Schwangerschaft Ausdruck zu verleihen. Sie hatten zuvor bereits ein Kind verloren – und nun waren sie voller Dankbarkeit und Freude. Vielleicht hat die junge Frau auch deswegen ihren Bauch so offensichtlich gezeigt ...



Ralf M. Ruthardt | ... das ist eine wirklich berührende Begebenheit und ich freue mich sehr mit dem Kirchenführer, der dieses schöne Erleben hatte. Sich bei aller Unsicherheit doch richtig mit seinem Verhalten entschieden zu haben.

Für mich nehme ich die Erkenntnis mit, dass Verstand und Herz miteinander so manches Mal ringen – und das Richtige nicht unbedingt offensichtlich erkennbar ist. Was helfen uns die Form und damit verbunden das Äußere, wenn es doch um das seelische oder emotionale Wohlbefinden geht?

Wir können zudem mitnehmen, dass man im ehrenamtlichen Besucherdienst der Frauenkirche Dresden eine Fülle von Begegnungen und sehr schöne Erlebnisse hat, die das eigene Leben bereichern.

Anja Häse | Unbedingt. Die Arbeit an diesem symbolträchtigen Ort bringt uns Begegnungen, die beleben und erfreuen. Das stärkt. Und ja, davon lebt das Ganze.



Dr. Anja Häse

Jahrgang 72, seit 2002 zuständig für den Bereich Bildung | Besucherdienst bei der Stiftung Frauenkirche Dresden, seit 2020 Vorsitzende des Bundesverbands Kirchenpädagogik e. V..



#HASHTAG

von Markus Coenen

Foto: Maaark (Pixabay)

#HelmAufOderRunter – Fortschritt braucht Haltung

Auf einer Baustelle gibt es zwei Typen: Die, die den Helm aufsetzen und loslegen. Und die, die am Bauzaun stehen, meckern und hoffen, dass andere es schon richten.

Deutschland hat viele Baustellen – aber auch Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Fortschritt beginnt dort, wo wir nicht länger Zaungäste sind, sondern selbst Hand anlegen.

Mitreden reicht nicht. Man muss mitbauen.

#HelmAufOderRunter #Anpacken #ZukunftBauen #VerantwortungÜbernehmen #BaustelleDeutschland

#SchildbürgerBau – Wenn Absperrung wichtiger ist als Fortschritt (Contra)

Manchmal hat man das Gefühl: In Deutschland wird mehr gebaut, um etwas zu sperren, als um etwas zu schaffen. Absperrbänder, Warnschilder, Umleitungen – das ist oft das Einzige, was sichtbar bleibt.

Wir organisieren uns kaputt, verwalten uns zu Tode und verlieren uns in Vorschriften. Am Ende wird mehr geregelt als gebaut.

Deutschland darf nicht zur Endlosschleife der Bürokratie werden.

#SchildbürgerBau #StillstandImSystem #BürokratieMonster #EwigeUmleitung #BaustelleDeutschland

#GerüstDerGesellschaft – Was trägt uns eigentlich? (Neutral / differenziert)

Eine Baustelle braucht ein Gerüst. Ohne Gerüst kein Halt, kein Fortschritt, kein Bau. Übertragen auf Deutschland heißt das: Unser Gerüst sind Werte, Vertrauen und Zusammenhalt. Ohne diese Basis bricht jede Baustelle irgendwann in sich zusammen – egal, wie groß die Pläne sind.

Die Frage ist: Worauf bauen wir eigentlich?

#GerüstDerGesellschaft #WerteWürdeVerantwortung #BaustelleDeutschland #GemeinsamStark #ZukunftGestalten



UNTERSTÜTZEN **SIE** AKTIV DEN PERSPEKTIVWECHSEL

„Ich begrüße es, wenn verschiedene Sichtweisen und Perspektiven in EINEM Magazin zu Wort kommen. Das sollte immer so sein, ist aber eine Seltenheit.“

Prof. Dr. Florian Becker

Das Jahresabo (online/PDF) erhalten Sie für nur 18,90 €. Es umfasst mindestens vier Ausgaben pro Jahr. Es ist Ihr Beitrag, damit sich dieses politisch neutrale und um den Wechsel von Perspektiven bemühte Magazin entwickeln und etablieren kann.

Schön, dass Sie sich mit einem Abo gesellschaftlich engagieren!

PS: Verschenken Sie zusätzlich ein Abo. Zum Beispiel an junge Menschen aus Ihrem persönlichen Umfeld. Hier geht es zum Geschenkgutschein: <https://edition-pjb.de>



NUR 18,90 €
pro Jahr

JETZT abonnieren!

<https://edition-pjb.de>



Foto Ralf M. Ruthardt



„Befreiungsschlag“ Aufschrei der Freiheit

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Olivier Kessler

Nach „[Das laute Schweigen des Max Grund](#)“ (Ralf M. Ruthardt, 2023), „2075“ (Dr. Dr. Rainer Zitelmann, 2025) und „[Untergang der GREEN](#)“ (Ralf M. Ruthardt, 2025) ist ein weiterer politischer Roman erschienen, der gesellschaftliche Entwicklungen hinterfragt und liberale Argumente zur Diskussion stellt: Nach einer Vielzahl von Sachbüchern, präsentierte Olivier Kessler Ende Juni 2025 seinen Roman „Befreiungsschlag“.

Die Handlung versetzt uns ins Jahr 2048. Der Protagonist Mike lebt in Zürich – in einem dystopischen Überwachungsstaat mit Sozialkreditsystem, digitalem Zentralbankgeld und unter totaler Kontrolle. Durch Mut und die Loyalität seiner Freundin Maria erfährt er heimlich menschliche Nähe und Unterstützung. Gemeinsam schmieden sie einen Plan, um dem System zu entkommen und den Kern der Freiheit zu retten. Der Roman verwebt eine Liebesgeschichte mit der Warnung vor technokratischer Tyrannei und zeigt, dass nur Mut, Wissen und Menschlichkeit die Ketten kollektiver Knechtschaft sprengen können. – Über seinen Roman und die Bedeutung liberaler Argumente hat Ralf M. Ruthardt im Juli 2025 mit Olivier Kessler gesprochen.

Ralf M. Ruthardt | Ihr Roman zeigt ein dystopisches Sozialkreditsystem und ein digital gesteuertes Geldmonopol. Wie sehen Sie darin die größte Gefahr für individuelle Freiheit – und welche Rolle spielt in Ihrem Werk das liberale Ideal?

Olivier Kessler | Mein Wertefundament basiert auf dem Liberalismus mit seinen unantastbaren individuellen Abwehrrechten. Der Schutz des Individuums ist zentral für das menschliche Gedeihen, für Frieden, Wohlstand und Freiheit. Doch dieser Schutz ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker unter Druck geraten durch die Renaissance etatistischer Ideologien. In meinem Roman „Befreiungsschlag“ habe ich mir die Frage gestellt, wohin uns die heute verbreiteten Ideen führen werden, wenn wir die Weichen im Hier und Jetzt nicht neu stellen. Ich habe mir vorzustellen versucht, was es bedeutet, in einem System mit digitalem Zentralbankgeld, digitaler ID und Sozialkreditsystem zu leben – und bin zum Schluss gekommen: Das ist schlimmer als jede zuvor gemalte Dystopie.

Ralf M. Ruthardt | In „Befreiungsschlag“ verbindet sich eine Liebesgeschichte mit dem Kampf um Selbstbestimmung. Warum war

Ihnen diese persönliche Dimension für das liberale Narrativ wichtig?

Olivier Kessler | Liebe ist die stärkste Kraft, die man sich nur vorstellen kann. Nichts ist stärker als die Liebe, nicht einmal das totalitärste System der Welt. Mir war es auch wichtig, aufzuzeigen, dass selbst die rigoroseste Politik der Welt nicht gegen unseren Willen zur Freiheit ankommen kann, denn wir sind als freie Menschen geboren worden und wollen es bleiben. Im Roman ist dem Hauptakteur Mike, der lediglich 2 von 5 Sternen besitzt, der Kontakt zu seiner Traumfrau Maria – eine Viersternebürgerin – eigentlich verboten, sodass Mut, Entschlossenheit und ein Funken Wahnsinn vonnöten sind, um die politischen Hürden zu überwinden – ja sogar niederzureißen.

Ralf M. Ruthardt | Sie schreiben über eine Gesellschaft, in der Kontrolle durch Technologie und „Allgemeinwohl“-Rhetorik legitimiert wird. Ist das für Sie eine Warnung vor aktuellen Entwicklungen? Sehen Sie bereits erste Anzeichen in der Realität?

Olivier Kessler | Natürlich, da stecken wir schon ganz tief drin. Mit der Rhetorik des



Minderheitenschutzes beraubt der Staat bereits heute eine unschuldige Mehrheit unter Androhung oder Anwendung von Gewalt – man nennt es euphemistisch auch „Besteuerung“. Unter dem schönklingenden Ziel des „Klimaschutzes“ werden alle möglichen Eingriffe in die individuelle Freiheit gerechtfertigt. Mit dem Narrativ des „Kriegs gegen Krankheitserreger“ passiert dasselbe. Mit all dem werden wir als souveräne Individuen infrage gestellt, zu unfreien Untertanen herabgestuft, während die Macht der Mächtigen immer weiter wächst. Die Frage ist: Kann das gut ausgehen?

Ralf M. Ruthardt | Soll Ihr Roman an Ayn Rands „Der Streik“ (Originaltitel: „Atlas Shrugged“) anknüpfen? Hat Ayn Rand Sie beim Schreiben des Romans inspiriert und Ihr liberales Menschenbild geprägt?

Olivier Kessler | Ayn Rand hatte durchaus enormes Talent, konnte freiheitliche Ideen in sehr passenden Worten vermitteln und hat zweifelsohne große Fußstapfen hinterlassen. Doch explizit als Vorbild hatte ich sie nicht vor Augen beim Schreiben, auch wenn jemand meinte, der Roman sei eine Mischung von Ayn Rand, George Orwell und Satoshi Nakamoto.

Ralf M. Ruthardt | Im Roman helfen Mut, Wissen und Solidarität, den „Befreiungsschlag“ vorzubereiten. Welche konkreten Wege sehen Sie in unserer Gesellschaft, um freiheitliche Werte heute noch zu retten oder zurückzugewinnen?

Olivier Kessler | Viele Wege führen nach Rom. Einerseits hilft die liberale Aufklärungs- und Bildungsarbeit, um den Menschen die Funktionsweise freier Gesellschaften und Märkte zu vermitteln und aufzuzeigen, weshalb der staatliche Interventionismus oder sogar Sozialismus nicht funktionieren kann. Des Weiteren ist das unternehmerische Engagement für die Freiheit nicht zu unter-

schätzen, z.B. in Form der Entwicklung neuer Freiheitstechnologien oder die Gründung Freier Privatstädte. Politisches Engagement ist ebenfalls wichtig, um den Einfluss des übermächtigen Staates so weit wie möglich zurückzudrängen. Auch die Abstimmung mit den Füßen kann ein wirkungsvolles Mittel sein, wenn es eine Gebietskörperschaft mit der Ausbeutung ihrer Steuerzahler und der Übergriffigkeit übertreibt. Damit entzieht man den Aggressoren die Mittel, indem man an einen Ort zieht, an dem man von den Behörden und Politikern besser behandelt wird. Allein die Möglichkeit, dies tun zu können, wirkt disziplinierend.

Ralf M. Ruthardt | Sind liberale Menschen eher die Einzelkämpfer? Wo erkennt man, dass sich Liberale mit Gestaltungswillen zusammentun und in unserer parlamentarischen Demokratie – beispielsweise in D-A-CH – eine relevante Wirkung erzeugen?

Olivier Kessler | Liberale kämpfen in Demokratien vermutlich immer nur Rückzugsgefechte, bis das System am Ende ist und wieder neu gestartet werden muss unter wesentlich liberaleren Vorzeichen. Ein Beispiel dafür ist das „deutsche Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn der Mensch ist grundsätzlich faul und wählt tendenziell lieber solche Politiker, welche ihm ein leistungsloses Einkommen via Zwangsumverteilungsstaat versprechen, vor allem wenn man nicht erkennt, dass man sich und seinen Nachfahren dadurch das eigene Grab schaufelt. Dadurch kommen selbst in einem freiheitlich orientierten Land im Laufe der Zeit die Etatisten und Kollektivisten an die Macht und zerstören all das, was zuvor mit großer Mühe aufgebaut worden ist. Erst, wenn es nichts mehr umzuverteilen gibt und die Wirtschaft am Ende ist, fällt das Kartenhaus in sich zusammen, worauf man unter großer Not wieder neu beginnen muss. Politisch ist es daher sehr schwierig, dem Liberalismus

dauerhaft zum Durchbruch zu verhelfen. Freiheit muss also immer wieder neu erstritten und verteidigt werden – mit aller Vehemenz.

Ralf M. Ruthardt | Danke, lieber Olivier Kessler, für das Gespräch.



Olivier Kessler

ist ein Schweizer Ökonom und Publizist. Seit 2020 ist er Direktor des *Liberalen Instituts*. Zuvor war er für mehrere Public-Affairs-Medien- und Finanzunternehmen tätig. Kessler hat an der Universität St. Gallen *International Affairs & Governance* studiert. Er ist Mitglied der *Friedrich August von Hayek Gesellschaft* und war Stiftungsrat der *Free Cities Foundation*.

Unterstützen Sie unser Engagement mit einem ABO!

www.mitmenschenreden.de



IM RÜCKSPIEGEL

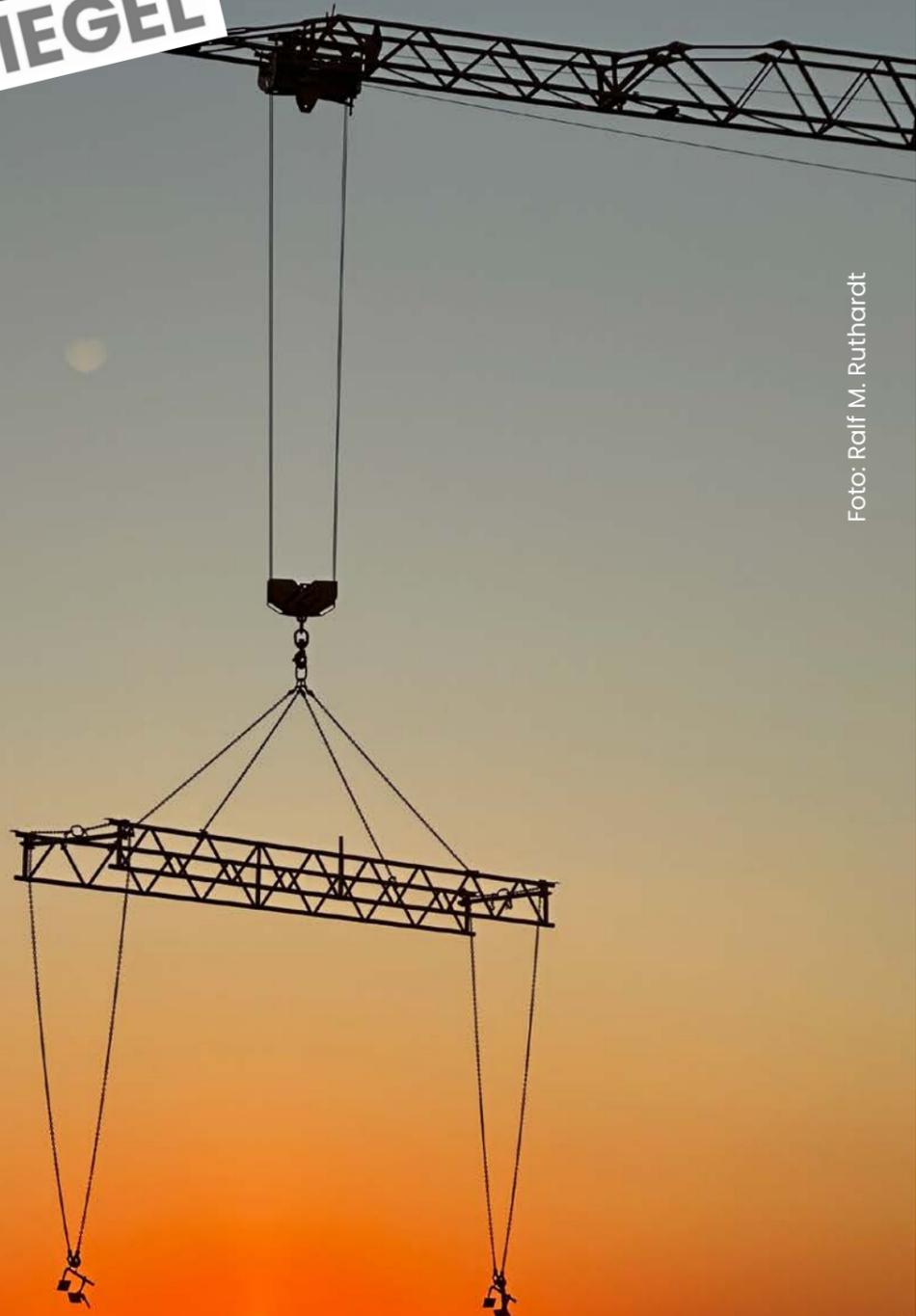
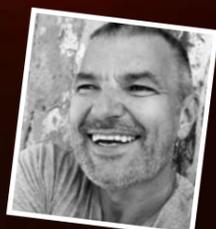


Foto: Ralf M. Ruthardt

Hier entsteht etwas ganz Großes

von Markus Coenen



Eine Baustelle erkennt man daran, dass Schilder versprechen: „Hier entsteht etwas Großes.“

In der Realität entstehen aber vor allem Staus, Umwege und die Frage, warum eigentlich nie jemand arbeitet, wenn man vorbeifährt. Klingt verdächtig nach Deutschland, oder?

Und das nicht nur im wörtlichen, sondern auch im übertragenen Sinn.

Deutschland ist seit Jahren eine Dauerbaustelle. Es wird angekündigt, geplant, eröffnet (oft irgendetwas) – aber selten fertiggestellt.

Jeder kennt es: Absperrungen bleiben, Maschinen verrostet, und irgendwann hat man vergessen, wofür die Baustelle eigentlich einmal gedacht war. Oder was sie gekostet haben.

Eine Frage vorab: Was ist eigentlich eine Baustelle?

Eine Baustelle ist kein fertiger Ort. Sie ist Übergang, Veränderung, ein Zwischenzustand.

Auf der Baustelle gibt es Pläne – zumindest theoretisch. Doch hin und wieder fragt man sich, ob es überhaupt einen Planer gibt. Und wenn ja, ob dieser wirklich möchte, dass die Baustelle jemals fertig wird.

Denn wer Macht erhalten will, hat kein Interesse daran, dass etwas abgeschlossen wird. Baustellen lassen sich besser verwalten als Ergebnisse.

Baustellen haben die unangenehme Eigenschaft, dass sie Lärm, Schmutz und Verzögerung bringen – aber nur selten pünktliche Fertigstellungen. Und so sind sie oft weniger Versprechen als eher eine Drohung.

Das Versprechen: „Hier entsteht etwas Neues.“

Die Drohung: „Hier bleibt es lange so. Und Ihr könnte auch nichts daran ändern“

Deutschland ist ein Meister darin, Zwischenzustände zu verlängern.

Aus Provisorien werden Dauerlösungen.

Und aus dem „bald fertig“ wird ein „vielleicht irgendwann“.

Noch eine Frage: Wer ist eigentlich „Deutschland“?

Wenn wir von der „Baustelle Deutschland“ sprechen, dann klingt es, als wäre dieses Land ein Projekt anderer Leute. Die Politik. Die da oben. Irgendwer kümmert sich schon.

Doch im Rückspiegel zeigt sich: Deutschland, das sind nicht nur Parlamente, Ministerien oder Behörden. Deutschland sind wir alle.

Mit unseren Entscheidungen und Unterlassungen im Alltag. Mit unserem Beharren auf Bequemlichkeit – und unserem gleichzeitigen Wunsch nach Veränderung. Mit unserem (ab)nicken und die Augen verschlossen halten. Mit der Neigung aus Angst besser nichts zu sagen.

Deutschland ist die Gesellschaft, die Digitalisierung fordert, aber noch Faxe verschickt. Deutschland ist die Wirtschaft, die Innovation beschwört, aber am liebsten am Altbewährten festhält. Deutschland ist auch der Einzelne, der sich über marode Straßen aufregt – und gleichzeitig gegen jede Baustelle vor der Haustür protestiert.

„Sollen die doch woanders bauen“

Wir reden gern von Verantwortung, aber wir



geben sie ebenso schnell wieder ab. Hauptsache, es kümmert sich jemand – nur nicht wir. Wir wollen Veränderung, aber bitte ohne Veränderung im eigenen Leben. Und so entsteht ein Paradox: Deutschland will Baustellen lösen, ohne selbst zu bauen.

Und Die Liste der offenen Baustellen ist lang:

Aber warum sind so viele davon verlassen? Warum stehen Kräne still, Absperrbänder flattern im Wind – während niemand mehr zu sehen ist, der arbeitet?

Weil man sich in Zuständigkeiten verliert. Weil Verantwortung immer weitergereicht wird. Und weil niemand den Mut hat, Entscheidungen auch wirklich durchzuziehen. Und auch darum reißen wir ständig neue Baustellen auf, weit entfernt von uns. Wir erklären der Welt, wie Demokratie, Energiepolitik oder Gesellschaft woanders zu funktionieren hat – nur um dann festzustellen, dass wir nicht mal wissen, wo wir das Flatterband für unsere eigene Absperrung herbekommen.

Deutschland ist Weltmeister darin, Ratschläge zu erteilen – und gleichzeitig an der eigenen Umsetzung zu scheitern.

Deutschland ist die einzige Baustelle, die den Umleitungsschildern schon fast ein Denkmal gesetzt hat. Wir haben uns so an sie gewöhnt, dass wir gar nicht mehr merken, dass sie uns ständig im Kreis führen. Eine Umleitung, die längst zum Hauptweg geworden ist.

Ein letzter Gedanke

Baustellen sind unbequem. Sie machen das Leben komplizierter, langsamer, teurer. Aber sie sind auch notwendig. Ohne sie gibt es keinen Fortschritt.

Nur: Wir dürfen nicht länger darauf warten, dass irgendwann irgendwer die Warnwesten

anzieht und anfängt zu arbeiten. Die Realität sieht anders aus: Immer mehr Arbeiter legen ihre Westen ab und verlassen die Baustelle – für immer. Um ihr Können in anderen Ländern einzusetzen, in denen man sie wirklich arbeiten lässt. Und in denen die Pflichten für Bauarbeiter nicht täglich mehr werden und die Rechte für die Gaffer im Gleichschritt auch.

Vielleicht ist genau das unsere eigentliche Herausforderung: Dass wir selbst anfangen müssen, zu denken. Erstmal nicht alles zu glauben. Nicht länger in der Haltung zu verharren, dass andere es schon richten werden. Denn wenn wir weiter warten, passiert das, was wir längst erleben: Die Baustelle leert sich. Die Fachkräfte gehen. Und wir bleiben zurück – mit Absperrband, Staub und der Illusion, dass irgendwann alles besser wird.

Es wird niemand kommen, um uns zu retten.

Deutschland ist nicht die Politik. Deutschland sind wir. Die Frage ist, ob wir den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen – oder ob wir uns einrichten im ewigen Provisorium.

Denn am Ende geht es nicht nur um Straßen, Netze oder Gebäude.

Es geht um Werte und um Würde. Darum, ob wir als Gesellschaft bereit sind, aufzustehen, Verantwortung zu tragen und für das einzustehen, was uns wichtig ist. Wenn uns etwas wichtig ist.

Eine Baustelle ist ein Ort, an dem etwas Neues entstehen kann.

Die Frage ist: Haben wir noch genug Kraft und Willen, dieses „kann“ in ein „wird“ zu verwandeln?

„Fang doch erstmal selbst an und schreib nicht nur darüber...“ – Siehste :-)

„Propaganda ist die Kunst, anderen zu beweisen, dass sie unserer Meinung sind.“

-Peter Ustinov-



**PR für Sachbuch-Autoren?
Ein Job für Spezialisten**

www.markus-coenen.de





ZWISCHEN FRONTEN

von Benjamin Scherp & Dominik Steffens

Universitäten gelten seit Jahrhunderten als Motoren von Fortschritt und Wohlstand. Doch heute stehen sie unter Verdacht, ihre eigenen Grundlagen zu untergraben. Aktivisten besetzen Hörsäle, Professoren solidarisieren sich, Kritiker sprechen von einer „woke-islamistischen Allianz“. Die Autoren Noam Petri und Franziska Sittig sehen darin ein Symptom für den Selbsthass des Westens.

Intellektuelle Selbstzerstörung: *Der Selbsthass an westlichen Universitäten*

Universitäten haben in westlichen Ländern eine mehrere Jahrhunderte währende Tradition. Aus ihnen gingen einige der wichtigsten Erfindungen und Ideen der Menschheit hervor – von der Dampfmaschine über Medikamente bis hin zu politischen Theorien. Sie haben einen nicht unwesentlichen Beitrag zu dem Wohlstand geleistet, in dem wir heute leben dürfen. Damit sind die Unis das Gehirn unserer Zivilisation.

Doch die Zukunft des Westens ist ungewiss. Wirtschaftliche Stagnation und gesellschaftliche Spaltung sorgen für ein angeschlagenes Bild. Außerdem bröckelt das Selbstbewusstsein des Westens. Die Interpretation der eigenen Rolle in der Welt sei mittlerweile geprägt von Selbstanklage, so Noam Petri, Medizinstudent in Berlin und jüdischer Aktivist. Der Vorwurf, der ausgerechnet aus den Unis kommen soll, lautet ihm zufolge: „Der Westen ist per se schlecht. Weil er gesündigt hat und diese Sünden nicht heilen kann, muss er abgeschafft werden.“

Mit dieser postmodernen Diagnose haben wir uns in der 88. Episode von based. beschäftigt. Gemeinsam mit Franziska Sit-

tig, ebenfalls Studentin und jüdische Aktivistin, hat Petri das Buch „Die intellektuelle Selbstzerstörung“ geschrieben. Ihre These ist dabei ebenso klar wie unbequem: Der Westen verspiele an den Universitäten seine eigene Zukunft.

Wieso zerstören Akademiker den Westen, **Noam Petri?**



based.
Podcast

Postmoderne Theorien und eine „unheilige Allianz“

Die intellektuelle Krise, in der wir uns befänden, sei ihnen zufolge kein Zufall – sie sei das Ergebnis einer jahrzehntelangen intellektuellen Vorarbeit. Postmoderne Denkschulen wie Gender Studies, Queer Theory oder Postcolonial Studies hätten in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur akademische Fachbereiche geprägt, sondern ein gesamtes Wertesystem etabliert.

Diese Theorien basieren auf der Ablehnung universeller Wahrheiten, der Betonung von Vielfalt und Kontextgebundenheit sowie der



kritischen Dekonstruktion scheinbar fester Kategorien wie Geschlecht, Identität oder Kultur. Sie stellen etablierte Macht- und Wissensordnungen infrage und wollen Perspektiven marginalisierter Gruppen ins Zentrum rücken. Doch das führt Petri und Sittig zufolge zu einem Hass auf den Westen, weil dieser als böse vorverurteilt werde.

Petri und Sittig erkennen im intellektuellen Bereich zudem das Aufkommen einer „woke-islamistischen Allianz“ – einer Verbindung aus woken Aktivisten und Islamisten, die vor allem eines einen würde: die Zerstörung der Ordnung, in der sie leben. Die antidemokratische und gegen Menschenrechte verstößende Ideologie der Islamisten ignorieren die Woken dabei offenbar. „Wokeness“ sähe in der westlichen Tradition nur Schuld und Unterdrückung; Islamisten sähen im Westen eine gottlose Zivilisation, die überwunden werden müsse. Demzufolge gilt: Die Motive unterscheiden sich, die Parolen überschneiden sich.

Für Petri ist das eine ideologische Zweckgemeinschaft. Die Woken fänden in Islamisten den „edlen Wilden“, der stellvertretend gegen den Westen kämpft. Islamisten wiederum würden den Schutz der linksliberalen Diskurse nutzen: Kritik an ihnen werde schnell als „rassistisch“ abgestempelt. Das Ergebnis sei eine Allianz, die in den Hörsälen beginnt, in den Straßen sichtbar wird – und in den Medien oft verharmlost erscheint.

Israel nimmt laut den beiden jüdischen Autoren in dieser westlichen Selbsterleugung eine besondere Rolle ein. Das Land sei eine Projektionsfläche: für Kolonialismus, für Rassismus, für alles, was man dem Westen insgesamt vorwirft. Dass der jüdische Staat nach dem Holocaust gegründet wurde, um „Nie wieder“ Realität werden zu lassen, gerate dabei in Vergessenheit. Stattdessen gelte er als Symbol für Unterdrückung.

Hass führt zu Ausschreitungen an Universitäten

Dass diese Ideologie längst praktische Folgen hat, zeigt sich an deutschen Hochschulen. In Berlin etwa besetzten im April Dutzende Aktivisten einen Hörsaal der Humboldt-Universität, beschädigten Inneneinrichtungen und riefen Parolen wie „From the River to the Sea. Palestine will be free“. Rund 300 Polizeikräfte mussten den Saal räumen und leiteten Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung ein. Der Sachschaden betrug nach Schätzungen der Uni bis zu 100.000 Euro.

An der Freien Universität Berlin wiederum kam es im Mai zu einem Pro-Palästina-Camp, das ebenfalls von der Polizei aufgelöst wurde. Über 300 Professoren und Dozenten stellten sich anschließend mit einem offenen Brief demonstrativ an die Seite der Aktivisten. Sie kritisierten die Entscheidung der Hochschulleitung, die Studierenden der „Polizeigewalt“ ausgesetzt zu haben, und forderten, auf weitere strafrechtliche Verfolgung zu verzichten. Gleichzeitig verwiesen sie auf die „Dringlichkeit des Anliegens der Protestierenden“, nämlich die humanitäre Lage in Gaza. Diese müsse auch für diejenigen nachvollziehbar sein,



Foto: Lisa Sophie Kempke

Dominik Steffens

die nicht alle Forderungen oder die Aktionsform billigen.

Fast immer reagierten die Hochschulleitungen zögerlich, selten gab es Anzeigen, noch seltener Disziplinarverfahren. „Wenn rechte Aktivisten so etwas täten, wäre sofort Schluss – und die Konsequenzen wären hart“, bemerkt Petri. Das sei dann doch etwas anderes, hätten drei Berliner Professoren ihm gesagt. Während „Nie wieder“ in Deutschland oft auf Rechtsextremismus beschränkt wird, scheint linker oder islamistischer Antisemitismus ein blinder Fleck zu bleiben.

Finanzieller Einfluss aus dem Nahen Osten

Während in Deutschland die Debatte oft als hausgemachtes Problem erscheint, verweist Petri auf eine internationale Dimension. In den USA, wo Universitäten stark von privaten Geldern abhängig sind, haben ausländische Geldgeber – etwa aus Katar – Milliarden in Hochschulen investiert. Ganze Fakultäten sind inzwischen von dieser Finanzierung geprägt. Das geschieht Sittig und Petri zufolge nicht aus Liebe zur Wissenschaft, sondern um politischen Einfluss zu gewinnen.

An US-Eliteuniversitäten wie Harvard oder Columbia blockierten im Frühjahr Protestcamps ganze Semester, offen mit Forderungen nach „Intifada“. Die beiden palästinensischen Intifadas forderten insgesamt über 1000 israelische Tote. Viele Zivilisten starben bei Anschlägen in Bussen, Restaurants oder Clubs. Wer also heute auf dem Campus „Intifada“ ruft, knüpft direkt an eine Geschichte des Terrors an. Kein Wunder, dass der Historiker Niall Ferguson Universitäten inzwischen als Motoren des Hasses und der Intoleranz beschreibt – Antisemitismus inklusive.



Benjamin Scherp



Aus den USA schwappen die Narrative in Medien und Politik über den Atlantik nach Europa. Deutschland ist, so Petri, stets einige Jahre zeitversetzt – was in Harvard beginnt, lande irgendwann im „Spiegel“. Auch Frankreich kennt die Debatte. Dort hat sich der Begriff „islamo-gauchisme“ etabliert: eine Allianz zwischen Islamisten und Teilen der akademischen Linken, die unter dem Banner der „Dekolonisierung“ gegen den republikanischen Universalismus agitieren. Das Muster ist das gleiche: Wer Kritik übt, gilt als reaktionär; wer den Westen verachtet, als progressiv.

Opportunismus, Feigheit und Ideologie

Es wird ein Kulturkampf sichtbar, der schon in den 68ern begann und mit postmodernen Theorien den Weg in die Seminare fand. Was einst als intellektuelles Spiel galt, ist heute akademische Praxis: Begriffe, Traditionen, Selbstverständlichkeiten – alles wird infrage gestellt. An die Stelle der Verteidigung einer offenen Gesellschaft tritt ein Habitus der moralischen Anklage. Kritiker sehen die Universitäten zunehmend nicht mehr als Stätten der Erkenntnis, sondern der Selbstverachtung.

Eine Mischung aus Opportunismus, Feigheit und Ideologie hat Petri zufolge dazu geführt. Professoren würden Konflikte vermeiden



wollen, Politiker hätten Angst vor dem Vorwurf der Islamophobie, Medien würden lieber unkritisch abschreiben, als in die Debatte gegen den Zeitgeist zu gehen. Das Resultat sei ein Vakuum. Radikale Stimmen würden den Raum besetzen, während das bürgerliche Zentrum zögert. „Appeasement“, so nennt Petri diese Haltung – und erinnert daran, dass Beschwichtigung schon in der Geschichte selten funktioniert hat.

Kulturkampf für den Westen

Laut Noam Petri geht es dabei nicht mehr um akademische Randthemen, sondern um die Grundlagen der offenen Gesellschaft. Deshalb müsse ein Kulturkampf für die Werte der Aufklärung und gegen die antiwestlichen Tendenzen aufgenommen werden. Wenn nicht, droht wohl das Ende des starken Westens.

Der jüdische Student ruft also zur Gegenwehr auf. Ein Kampf zur Verteidigung dessen, was der Westen über Jahrhunderte hervorgebracht hat: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. „Ich stelle im Grunde genommen die Machtfrage an die linke kulturelle Hegemonie“, sagt Petri. Für ihn bedeutet Kulturkampf, Universitäten wieder zu Orten des offenen Denkens zu machen, Antisemitismus in allen seinen Formen klar zu benennen und zu sanktionieren und den Mut zu entwickeln, auf die eigene Tradition stolz zu sein.

Universitäten sind mehr als Orte der Lehre. Sie sind Laboratorien für Ideen, die Gesellschaften prägen. Sie sind das Gehirn der westlichen Gesellschaft. Wenn dort eine Ideologie Fuß fasst, die den Westen als unheilbar böse versteht, hat das Folgen weit über den Campus hinaus. „Es ist Zeit für das Bürgertum, aufzustehen, sich selbst zu fragen, wer sie eigentlich sind, wofür sie konkret stehen“, lautet Petris Appell.

based. ist ein Podcast, in dem Journalismus mit Neugier und Respekt gemacht wird.

Dafür sprechen wir, Benni und Dominik, als junge Journalisten wöchentlich mit Menschen, die Debatten durch ihre starken Meinungen prägen. Denn **based.** zu sein bedeutet zu seiner Meinung zu stehen – auch gegen den Strom! Wir glauben von Menschen mit starken Meinungen, egal aus welcher Richtung, etwas lernen zu können. **based.** wird jeden Montag aus unserem Podcaststudio in Berlin gesendet!



Dennis Jung ist endlich auf Erfolgskurs. Jedenfalls, was seinen Job anbelangt, hat er es schon weit gebracht. Als Chef einer NGO kümmert er sich um die Klimakrise – bis er, völlig überraschend, selbst in eine Überlebenskrise gerät. Auf hoher See sieht seine Welt plötzlich ganz anders aus.

Einmal mehr wagt sich Ruthardt an ein gesellschaftspolitisches Thema – und wundert sich nicht, das ein Kritikpunkt seines Romans maximal aktuell ist: Die NGOs und deren Mitfinanzierung durch Regierungen.

»Ein Roman, der Narrative entlarvt – und zum Nachdenken zwingt.«

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

»Kaum ein Autor in der aktuellen deutschsprachigen Literatur traut sich das, was Ruthardt uns mit Leichtigkeit zumutet. Gerade deshalb lesenswert.«

Nickolas Emrich | SPIEGEL-Bestseller-Autor

Untergang der »GREEN«

Roman
von Ralf M. Ruthardt
Taschenbuch | € 18
180 Seiten
ISBN 978-3982705903





Literatur als Vermächtnis des Lebens

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Mario Andreotti

Wissen vergeht, Erfahrungen verflüchtigen sich – doch gibt es einen Drang, etwas Bleibendes zu hinterlassen. Prof. Dr. Mario Andreotti beleuchtet im Gespräch, warum Menschen ihr Wissen weitergeben wollen, ob die Gesellschaft solche Vermächtnisse verdient – und ob Literatur auch heutzutage wirklich helfen kann, Weisheit über das eigene Leben hinaus lebendig zu halten.

Ralf M. Ruthardt | Wir dürfen uns schon einige Jahre kennen, lieber Prof. Dr. Mario Andreotti, und ich freue mich, dass wir uns hier zu der Bedeutung von Wissen und Erfahrungen austauschen dürfen. Dabei liegt mir eine bestimmte Perspektive am Herzen.

Im Laufe unseres Lebens erwerben wir Menschen Wissen und wir machen Erfahrungen. Da und dort wurden Qualität und Quantität von Wissen und Erfahrungen in einem besonderen Maße erworben. Die Vorstellung, dass die daraus resultierenden Weisheiten verloren gehen könnten, erscheint mir geradezu schmerzhaft.

Nun bist Du als Germanist und Literaturwissenschaftler eine Instanz. Wie gehst Du damit um, dass Dein erworbenes Wissen eines Tages zwar in deinem Standardwerk „Die Struktur der modernen Literatur“ anteilig weiterlebt – aber das agile, das neu nachdenkende Momentum nicht mehr sein wird?

Mario Andreotti | Zunächst ein paar allgemeine Bemerkungen zum Thema „Menschsein“. Arthur Schopenhauer hat den Menschen treffend als „animal metaphysicum“ beschrieben, als jemanden, der bestrebt ist, einen seinem irdischen Dasein übergeordneten Zweck zu finden und der auf irgendeine Weise unsterblich sein will. Das Letztere hat ja zum Glauben an die Fortexistenz im Jenseits geführt, einem Glauben, der so alt wie die Menschheit ist. Die Vorstellung, dass es uns nach dem Tod nicht mehr gibt, fällt uns Menschen offenbar schwer. Das gilt auch für mich; ich sage es ohne Umschweife:

Daher möchte auch ich, dass mein ganzes literarisches Wissen nach meinem Tod in irgendeiner Form erhalten bleibt. Das Verfassen eines Buches, das wie der UTB-Band „Die Struktur der modernen Literatur“ zu einem Standardwerk der literarischen Moderne geworden ist, hat ja letztlich auch die Funktion, sich als Autor der Nachwelt in Erinnerung zu rufen, auch wenn man sich das zunächst einmal nicht eingesteht.

Trotzdem muss man als Mensch bescheiden genug sein, um sich seiner Endlichkeit bewusst zu sein, um zu wissen, dass man in einer gesichtslosen Welt lebt, die dem Einzelnen gegenüber gleichgültig ist, wie der französische Biologe und Philosoph Jacques Monod festgehalten hat. Mit dieser schonungslosen Erkenntnis, dass man in der unermesslichen Teilnahmslosigkeit des Universums letztlich vergessen geht, muss auch ich leben. Das hängt im Tiefsten mit unserem urmenschlichen Todesbewusstsein zusammen.

Ralf M. Ruthardt | Man spricht vom Drang, „etwas zu hinterlassen“ und Du bist auf das von Dir verfasste Standardwerk der literarischen Moderne eingegangen. Meinst Du, dass dieser Impuls ein egoistisches Bedürfnis nach Unsterblichkeit ist – oder eher ein Akt der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft? Und wie ordnest Du dieses Motiv historisch-literarisch ein?

Mario Andreotti | Der Drang, etwas zu hinterlassen, hat meines Erachtens zwei ganz verschiedene Beweggründe: Der eine der



beiden Gründe besteht in einem tief verankerten Bedürfnis nach Unsterblichkeit. Nicht umsonst sind die Götter der griechischen Antike, ein Zeus, ein Poseidon, ein Hades, eine Demeter oder eine Athene, gleichsam als menschliche Urbilder, zeitlos, ewig jung und unsterblich. Und wenn heute in der Medizin der Versuch unternommen wird, dem Tod ein Schnippchen zu schlagen, indem der Körper nach dem Tod eingefroren wird, um ihn später wiederzubeleben, dann ist das auch Ausdruck eines tiefmenschlichen Bedürfnisses nach Unsterblichkeit.

Der zweite der beiden Gründe hängt mit der Kulturgeschichte zusammen. Die Menschen haben im Verlaufe der Geschichte immer wieder bedeutende Werke, sei es in der Philosophie, in der Literatur oder in der Kunstgeschichte, geschaffen, wohl stets in der Absicht, dass die Werke überdauern und die Nachwelt von ihnen Kenntnis erhält. Man denke etwa an die römischen Triumphbögen, welche die Taten der Herrscher zum Wohle der Menschheit gleichsam verewigen sollten. So geht es uns allen: Wir wollen einerseits in unseren Werken weiterleben und andererseits der Gesellschaft etwas weitergeben, was man in lebendiger Auseinandersetzung mit seiner Umwelt erworben hat.

Ralf M. Ruthardt | Hat die Menschheit es aus Deiner Sicht überhaupt ‚verdient‘, dass Einzelne ihr überragendes Wissen oder ihre Einsichten weitergeben? Oder muss man mit der Möglichkeit leben, dass wertvollstes Wissen manchmal einfach mit dem Menschen verschwindet?

Mario Andreotti | Dass erworbenes Wissen weitergegeben, der Gesellschaft zugutekommen muss, ist in erster Linie eine Forderung der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Der französische Schriftsteller und Philosoph Denis Diderot hat um 1770 das gesamte Wissen

seiner Zeit in seiner „Encyclopédie“ zusammenzutragen versucht, um es der Nachwelt zur Verfügung zu stellen.

Die Geschichte kennt aber auch Beispiele, dass wertvolles Wissen, häufig aus ideologischen Gründen, verschwinden kann. Das vielleicht bekannteste Beispiel ist die Kugelgestalt der Erde, wie sie von bedeutenden Gelehrten der griechischen Antike (Pythagoras, Platon, Aristoteles) bereits angenommen wurde, wie sie dann aber im christlichen Mittelalter, mit wenigen Ausnahmen (z. B. Johannes Kepler), unter dem starken Einfluss des biblischen Weltbildes, geleugnet und durch die Vorstellung der Erde als kreisrunder Scheibe ersetzt wurde. Erst der Naturwissenschaftler Galileo Galilei konnte 1632, nach den Vorarbeiten von Johannes Kepler und Nikolaus Kopernikus, den mathematischen Beweis für die Kugelgestalt der Erde erbringen. Für Bertolt Brecht, in dessen epischem Theater „Leben des Galilei“ der Hauptakteur Galilei das kopernikanische Weltsystem vertritt, war es klar, dass, wer das Wissen besitzt, dieses Wissen denn auch an die nächste Generation weiterzugeben hat. Ganz im Gegensatz dazu nimmt Möbius, der in Friedrich Dürrenmatts „Physikern“ eine Weltformel zur Vernichtung der Menschheit gefunden hat, sein gefährliches Wissen zurück, damit es nicht in die Hände der Menschen gelangt.

Ralf M. Ruthardt | Du hast in Deinen Arbeiten immer wieder die Verbindung von Literatur, Gesellschaft und individueller Erfahrung betont. Kann Literatur – jenseits von bloßem Wissenstransfer – in unserer „modernen Welt“ immer noch wesentlich dazu beitragen, Weisheit generationenübergreifend lebendig zu halten? Oder bleibt sie doch letztlich nur ein Spiegel ihrer Zeit?

Mario Andreotti | Vergessen wir zunächst eines nicht: Jede große Dichtung bewahrt in

sich eine Deutung der menschlichen Existenz auf, die uns, falls wir sie aus ihrer historischen Umhüllung zu befreien verstehen, etwas über uns selbst sagen kann. Wenn wir uns beispielsweise mit der fast 2500 Jahre alten Tragödie „König Ödipus“ von Sophokles heute noch beschäftigen, so wohl deshalb, weil das Schicksal des Ödipus, seinen Vater zu erschlagen und seine Mutter zu heiraten, als verdrängter Kinderwunsch auch das unsere hätte werden können. Und wenn uns, um ein weiteres Beispiel zu wählen, Franz Kafkas Parabel „Vor dem Gesetz“ heute nach über 100 Jahren noch packt, so deshalb, weil sie in gültiger Form zeigt, wie der Mensch immer von Neuem versucht, seiner Existenz einen Sinn abzugewinnen, obwohl er weiß, dass dieser Versuch in einer sinnentleerten Welt zum Scheitern verurteilt ist.

Was ich damit sagen will: Jede große Dichtung hat gleichsam zwei Gesichter. Zum einen ist sie Spiegel ihrer Zeit, ist sie von einer bestimmten historischen Situation geprägt, und zum andern ist sie als Kunst überzeitlich, besitzt sie eine gewisse Zeitlosigkeit, sodass

Prof. Dr. Mario Andreotti

ist ein renommierter Schweizer Germanist und Literaturwissenschaftler. Bekannt wurde er als Autor des Standardwerks „Die Struktur der modernen Literatur“ (1983). Er lehrte an Gymnasien und Universitäten, engagierte sich als Juror u. a. für den Ravicini- und Bodensee-Literaturpreis und publiziert regelmäßig Kolumnen und Essays. Er organisiert und leitet jährlich ein Seminar zur modernen Literatur im bayerischen Irsee. Zudem hält er regelmäßig Vorträge als unabhängiger Germanist.

wir als Leser eben spüren, dass es in einer Erzählung, einem Roman, einem Theaterstück nicht um irgendetwas, sondern letztlich um uns selber geht. Die Dichter des barocken Jesuitentheaters haben dafür die lateinische Formel „Hic tua res agitur“ verwendet, wörtlich übersetzt „Hier wird deine Sache verhandelt“. So kann etwa Jeremias Gotthelfs Novelle „Die schwarze Spinne“ aus dem Jahr 1842 auch uns moderne Menschen noch lehren, dass jeder Fortschritt, jedes Neue erst dann segensreich und von Erfolg gekrönt ist, wenn es die Tradition nicht verleugnet.

Keine Frage: Die Literatur ist ein taugliches Mittel, vielleicht das tauglichste von allen, Welterfahrung weiterzugeben, Auseinandersetzung mit Welt und Umwelt zu spiegeln und darzustellen. Das gilt gerade auch für unsere moderne Welt.

Ralf M. Ruthardt | Einmal mehr, lieber Mario, ein inspirierendes Gespräch – und ich bin dankbar, dass wir dies hier im Magazin mit Leserinnen und Lesern teilen dürfen.

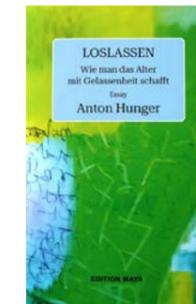




Altwerden heißt nicht resignieren, sondern lernen, leichter zu werden. In seinem Buch „*Loslassen – Wie man das Alter mit Gelassenheit schafft*“ denkt Anton Hunger das Leben vom Ende her – und findet darin Würde, Humor und eine unerwartete Heiterkeit. Ein Gespräch über Gelassenheit, Endlichkeit und die Kunst, das Leben dankbar zu genießen.

Ralf M. Ruthardt | Einmal mehr ein Buch, das sich mit dem Älterwerden oder mit dem Alter als solchem beschäftigt. Anton Hunger hat „*LOSLASSEN – Wie man das Alter mit Gelassenheit schafft*“ im Juni 2025 an der Schwaben Akademie in Kloster Irsee in einem festlichen Rahmen vorgestellt – und in der Laudatio von Prof. Dr. Mario Andreotti viel Lob und Anerkennung erfahren.

Lieber Anton, es ist erfreulicherweise kein Buch geworden, das Empfehlungen zur Ernährung im Alter oder fünf Ratschläge gegen die Langeweile gibt. Ich finde, es ist ein ausgesprochen intellektuell anspruchsvolles Werk geworden. „Jeder Tag kann der letzte sein, zumindest mit den Jahren weiß man das“, kann ich noch problemlos nachvollziehen. Aber Dein Buch hat erkennbar mehr vor, als lediglich zu unterhalten.



„Weiterleben bis zum jüngsten Tag ist in der Vorsehung nicht vorgesehen. Man stelle sich nur einmal ganz praktisch vor, die Menschen würden ewig leben. Was für ein Chaos auf der Erde! Die einen würden den anderen die Hölle wünschen und umgekehrt. Es gäbe keinen Sinn, die Evolution wäre gescheitert. Die Natur weiß es besser: Der Tod ist ein Fortschrittsrezept! Die Erschöpften werden vom Platz genommen, die Unverbrauchten eingewechselt.“ Ich finde es bereichernd, mit welcher Leichtigkeit Du Bilder erzeugst, zum Nachdenken anregst und man als Leserin und Leser am geflissentlichen Schmunzeln nicht vorbeikommt.

Was hat Dich bewogen, auf diese Art und Weise das Älterwerden zu reflektieren? Was meint das Loslassen?

Anton Hunger | Über das Alter zu schreiben, ist zunächst nicht sonderlich originell. Viele Autoren und Autorinnen haben sich diesem vermeintlichen Tabuthema gewidmet und versuchen, Antworten über das Älterwerden zu finden. Die meisten dieser Bücher sind Nutzwert-Literatur, gedruckte Werke, die erklären, wie es im Alter gelingt, geistig fit und körperlich robust zu bleiben. Es gibt Bücher über Altersdemenz, über Anleitungen zum Gedächtnistraining für Senioren oder über wenig brauchbare Tipps für eine erfüllte Sexualität im Alter. Ich wollte mich von dieser Art Literatur abheben, habe kein Sachbuch geschrieben und erst recht keinen Ratgeber für ein gelingendes Leben im Alter. Ich habe einen Essay geschrieben, eine Art Mittelding zwischen Sachtext und dichterischer Prosa. Einen Text also, der ein klar abgegrenztes Thema knapp und gleichsam anspruchsvoll behandelt, wie der Duden „Essay“ definiert.

Mein Anspruch ist sinnstiftender als die Nutzwert-Komponente: Ich versuche, das Leben vom Alter und vom Tod her zu betrachten, es vom Ende her zu denken. Nur so erhält das Alter eine neue Bestimmung, eine tiefergehende menschliche Würde. Das Bewusstsein über den Tod gehört dazu, der Tod ist sichtbarer Ausdruck der Endlichkeit des Menschen. Wer das Leben vom Tod her denkt, wird gelassener. Gelassenheit verweigert sich radikalen Gedanken, sie verlängert das Leben. Es geht um das Loslassen von Dingen, die man nicht mehr braucht. Auch

Leichtigkeit im Angesicht der Endlichkeit

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit Anton Hunger



um Anstand und Mäßigung von Leidenschaften. Kurz gesagt, um „abschiedlich“ zu leben, wie es ein großer Denker nannte. Das Buch ist nicht von ermüdender Ernsthaftigkeit durchdrungen, es lebt von einer in diesem Genre unüblichen Leichtigkeit, auch von einer gewissen Heiterkeit, ohne lediglich zu unterhalten. Es ist gewürzt mit feiner Ironie, enthält spielerische Bezüge zu anderen Autoren, zu Philosophen und Theologen. Das alles, damit man die Lebensphase des Alters mit Gelassenheit gut besteht. Der Tübinger Philosoph Ernst Bloch sagte einmal passend dazu: „Das gesunde Wunschbild des Alters und im Alter ist das der durchgeformten Reife.“

Ralf M. Ruthardt | Weshalb hat der Tod für Dich scheinbar seinen Schrecken verloren? Oder verursacht er weiterhin Angst?

Anton Hunger | Der Tod hat für mich seinen Schrecken nicht verloren, aber man

muss ihn annehmen. Nur so reduziert sich das wahnsinnige Gewaltpotenzial, das der Tod besitzt und vor dem sich die Menschen ängstigen. Im Grunde ist der Tod lediglich ein kurzer Augenblick, wie der griechische Philosoph Epikur wusste: „Solange wir da sind, ist er nicht da, und wenn er da ist, sind wir nicht mehr.“ Man muss über das Alter und das Sterben reden, damit man es begreifen kann, wenn es so weit ist. Es ist eine lohnende Altersbeschäftigung, die vor Trübsinn schützen kann.

Ralf M. Ruthardt | Wie kommt es, dass Udo Lindenberg Dein Buch mit „Keine Panik: Alter steht für Radikalität und Meisterschaft. Klasse Buch.“ rezensiert hat? Steht er ein Stück weit für die Zielgruppe Deiner Gedanken – also für Menschen mit einer intellektuellen Befähigung und mit ausreichend finanziellen Mitteln, um dem Alter mit Gelassenheit begegnen zu können?

Anton Hunger | Udo Lindenberg ist schon bald achtzig und begeistert in seinem hohen Alter noch immer das Publikum, das massenhaft zu seinen Konzerten strömt. Er steht für „Radikalität und Meisterschaft“, wie er das Alter definiert. Seine künstlerische Begabung und Professionalität, auch seine intellektuelle Befähigung, lassen das Alter in einem hellen Licht erscheinen. Ob er für die Zielgruppe meiner Gedanken steht? Was das Alter betrifft, auf jeden Fall. Sicher hat er ausreichend finanzielle Mittel, aber die sind nicht seine wirkliche Triebfeder. Er könnte sich das Leben angenehm einrichten, aber er hat das Alter angenommen, gelassen angenommen. Und je gelassener er wird, umso begeisterter wird er vom Publikum gefeiert. Auch wenn ich nicht prominent bin, bilde ich mir ein, dass ich ihm nacheifere. Ich kann nicht singen, wohl aber schreiben. Und schreiben kann man bis ins hohe Alter, solange die geistigen Kräfte mitspielen. Unbestritten bleibt aber auch: Mit einem ordentlichen Finanzpolster kann man das Alter leichter bewältigen. Man kann sich Dinge leisten, die das Leben im Alter leichter und erträglicher machen. Da meine ich nicht unbedingt den Champagner an der Strandbar.

Anton Hunger

geboren 1948 in Cham, begann mit einer Ausbildung als Schriftsetzer und einem Volontariat bei der Südwest-Presse. Nach Wirtschaftsstudium und vielen Jahren als Wirtschaftsredakteur bei der Stuttgarter Zeitung und beim Industriemagazin wechselte er 1992 zu Porsche. Seit 2009 veröffentlicht er als freier Schriftsteller Romane, Kolumnen und Sachbücher.

Ralf M. Ruthardt | Man schreibt ein Buch – und hat dabei womöglich vor Augen, welche Wirkung man bei Leserinnen und Lesern erzeugen möchte. Einmal soll eine Erkenntnis vermittelt werden. Ein anderes Mal geht es um das Teilen eines tiefgehenden Gefühls. Da und dort geht es darum, beim Lesen eine angenehme, unterhaltende Zeit schenken zu wollen. Welche Auswirkung soll das Lesen Deines Buches hervorrufen?

Anton Hunger | Eine wesentliche Botschaft an die Leser meines Essays lautet: Nehmt alles im Leben nicht ganz so ernst! Das Leben ist ein Geschenk, geht behutsam damit um. Das Geschenk hat ein Ablaufdatum. Sich dessen bewusst zu werden, ist durchaus eine Wirkung, die ich beim Leser oder der Leserin erzeugen möchte. Absicht ist auch, den Leser unterhaltsam auf die Endlichkeit des irdischen Daseins vorzubereiten. Es soll eine anspruchsvolle Lektüre sein, jedenfalls ist das mein Anspruch. Ich hoffe, dass mir das gelungen ist.

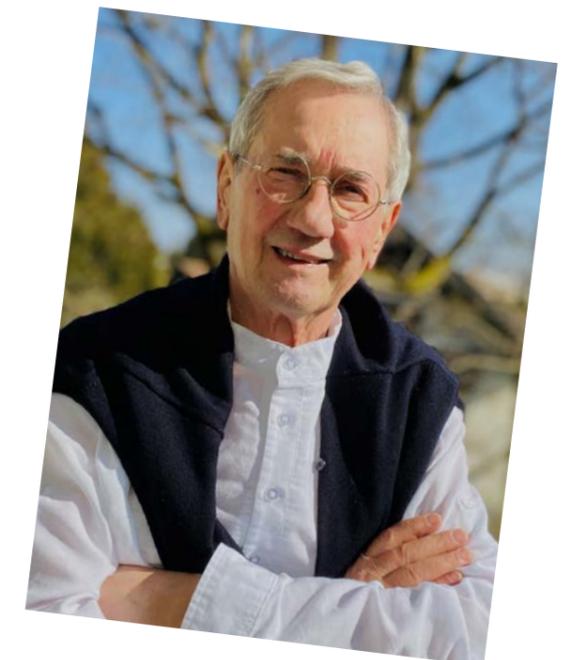




Foto: Florian Smit



Wildnis, Wahrheit und Perspektivenwechsel

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit Florian & Lisa Marie Smit

Heute geht es in dieser Rubrik von *MITMENSCHENREDE*n hinaus in die Natur. Florian und Lisa Marie Smit leben für die Naturfotografie – ehrlich, unverfälscht und immer draußen. Ihre Bilder zeigen die Schönheit und Zerbrechlichkeit der Wildnis und laden zu einem Perspektivenwechsel ein. Im Gespräch berichten sie von Reisen, Erfahrungen und der Mission, durch ihre Arbeit eine tiefe emotionale Verbundenheit zur Natur zu schaffen.

tägliche ^(k)eine begegnung

Ralf M. Ruthardt | Zu Beginn des Interviews möchte ich eine Frage stellen, die mir für einen Naturfotografen sehr passend erscheint. Was treibt Sie, lieber Florian Smit, an, immer wieder aufs Neue Natur intensiv erleben und besondere Momente dokumentieren zu wollen?

Florian Smit | Schon als Kind habe ich die Natur und die Wildnis geliebt. Mit meinen Eltern bin ich in selbst ausgebauten Fahrzeugen quer durch Europa gereist und habe dabei am meisten die Abenteuer draußen genossen. Die Fotografie gesellte sich auch schnell dazu, da mein Vater auf Reisen immer fotografierte und ich es ihm gleich tun wollte. Und seither hat mich diese Faszination nicht mehr losgelassen. Ich liebe die Verbindung von Natur und Fotografie. Die Ruhe, Freiheit und das Abenteuer. Als Naturfotograf erlebe ich stille und intime Momente an den unterschiedlichsten Orten auf der ganzen Welt. Während der vielen Stunden, die ich draußen verbringe, versuche ich, die Einzigartigkeit, die Schönheit, aber auch die Zerbrechlichkeit unserer natürlichen Umgebung festzuhalten.

Meine Bilder entstehen aus dem tiefen Wunsch heraus, meine Leidenschaft für die Natur mit all ihren Wundern zu vermitteln. Ich möchte mit meinen Bildern Einblicke geben, die einzigartig und berührend sind.

Ralf M. Ruthardt | Sind Sie somit ein Fotograf, der dokumentiert? Verstehe ich das richtig?

Florian Smit | Ich bin der Meinung, eine gute Fotografie sollte nicht nur die Szene doku-

mentieren, sondern meine Emotionen und die Stimmung vor Ort durch das Bild an den Betrachter weitergeben. Es wird deutlich, wie ich die Szene wahrgenommen habe, ohne dabei den Betrachter in seiner eigenen Fantasie zu sehr einzuschränken und somit Spielraum für neue Interpretationen offen zu lassen. Nur so entscheide ich über Bildausschnitt und Gestaltung.

Lisa Marie Smit | Für uns ist es daher selbstverständlich, dass alle Aufnahmen stets in der wilden und freien Natur entstehen. Florian fotografiert keine Tiere in Gefangenschaft. Die Bilder werden auch nachträglich nicht manipuliert. Es wird nichts hinzugefügt oder entfernt. Gute Naturfotografie sollte

die gleichen Standards setzen wie eine Reportage. Die Szenen sollen echt sein, nicht gestellt, nicht unehrlich, sondern einfach so, wie die Natur uns ihre Geschichte in diesem Moment erzählt hat.

Ralf M. Ruthardt | Welche Impulse setzen Ihre Fotografien und die damit einhergehenden Erzählungen? Wie erleben Sie die Rückmeldungen, wenn Menschen Ihre LIVE-Shows erleben oder Ihre Bücher gelesen und angeschaut haben?

Lisa Marie Smit | Für uns ist das Wichtigste,



dass wir immer nur die Dinge tun, hinter denen wir auch selbst stehen, für die unser Herz schlägt. Nur so können die Fotografien, Geschichten und Erzählungen auf der Bühne authentisch sein.

Florian Smit | Das spiegelt sich auch in den Rückmeldungen, die wir erhalten. Die Leute freuen sich über die ehrlichen Geschichten, die wir über uns und unsere Reisen auf der Bühne preisgeben. Sie *sind* begeistert von unseren Erlebnissen und den intimen Momenten, die wir mit dem Publikum teilen.

Ralf M. Ruthardt | Wenn man Sie beide auf der Bühne erlebt oder mit Ihnen spricht, dann erlebt man ein Team. Woher kommt das und was macht es mit Ihnen, dieses nonkonforme Leben führen zu dürfen?

Lisa Marie Smit | Wir kennen uns seit über 15 Jahren. Wir sind über die Jahre gemeinsam zu diesem Team gewachsen, haben uns alles zusammen aufgebaut und dabei viel mit- und voneinander gelernt.

Florian Smit | Natürlich steckt unfassbar viel Arbeit dahinter. Mit Höhen und Tiefen. Aber bisher haben wir alles gemeinsam gemeistert und aus allen Erfahrungen, sei es auf Reisen oder beruflich, viel mitnehmen können.

Ralf M. Ruthardt | Wir leben – nicht nur in Deutschland – in einer Gesellschaft, die viel Stress im menschlichen und gesellschaftspolitischen Mit- und Gegeneinander erlebt. Sehen Sie für sich eine Aufgabe, diesem entgegenzuwirken? Und wenn ja, welche Aufgabe oder Mission sehen Sie für sich?

Florian Smit | Uns ist es wichtig, die Schönheit der Natur zu zeigen, möglichst losgelöst von menschlichen Einflüssen, sofern dies noch möglich ist. Ich sehe meine Aufgabe jedoch

nicht darin, Menschen zu belehren oder ihnen vorzuschreiben, wie sie handeln sollen. Vielmehr möchte ich mit meinen Bildern und Projekten eine emotionale Verbindung zur Natur herstellen, sodass die Menschen selbst erkennen, wie wichtig es ist, sie zu schützen. Ich setze darauf, dass durch das, was sie sehen und erleben, ein Bewusstsein entsteht, das ihnen hilft, eigene Schlüsse zu ziehen und sich für den Erhalt unserer Umwelt einzusetzen – auf eine Weise, die sie persönlich berührt und die für sie stimmig ist. Mein Ziel ist es, dass jeder Einzelne für sich selbst versteht, warum es wichtig ist, Verantwortung zu übernehmen, ohne dass es von außen aufgezwungen wird.

Ralf M. Ruthardt | Bei *MITMENSCHENREDEN* handelt es sich um ein Magazin, welches zum Perspektivenwechsel einlädt. Der Polarisierung und dem Populismus soll mit freundlichen Argumenten und mit nachvollziehbaren Erfahrungen begegnet werden. Wenn Sie, Lisa Marie und Florian, auf Ihre vielen Reisen zurückblicken: Welche Impressionen haben Sie für uns, die zu einem Perspektivenwechsel einladen? Also raus aus der Produktivität oder dem Konsumieren und rein in eine andere Wahrnehmung. Ein, zwei Beispiele sind willkommen.

Lisa Marie Smit | Wir haben das Glück, durch unsere Reisen und unsere Leidenschaft zur Natur viele unterschiedliche Perspektiven kennenzulernen. Was uns dabei besonders beeindruckt hat, ist, wie stark die Wahrnehmung der Welt durch den eigenen Lebenskontext geprägt ist. Ein Beispiel, das uns besonders in Erinnerung geblieben ist, war eine Reise nach Borneo. Dort haben wir intensiv an einem Projekt über Palmöl gearbeitet. Dabei wurde uns bewusst, wie komplex dieses ganze Themenfeld ist und welche Positionen es dort alle zu bedenken gibt. Von den Arbeitern auf den Plantagen

über die Naturschützer vor Ort bis hin zu unserem Blick als Konsument auf die Dinge – jeder Gedanke und jede Meinung hat hier ihre Berechtigung. Wir haben erfahren, dass es oft nicht nur einen richtigen Weg gibt, sondern viele unterschiedliche Wege, die je nach Blickwinkel und Erfahrung gerechtfertigt sind. Diese Erfahrung hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, nicht alles als schwarz oder weiß zu betrachten, sondern Raum für Nuancen und andere Sichtweisen zu lassen, ohne dabei den eigenen Standpunkt zu verlieren. Es ist gut, nach einer langen Reise, fünf bis sechs Wochen abseits des Alltags, noch einmal ganz neu auf Dinge zu schauen und Situationen vielleicht anders zu bewerten.

Florian Smit | Durch das Abtauchen in meine Fotografie erlebe ich genau das. Völliges Abschalten und den Blick und Fokus nur auf eine einzige Sache legen. Das Beobachten der Tiere und der Respekt vor den natürlichen Rhythmen des Lebens. Diese langsame, achtsame Art zu leben zeigt uns unterwegs immer wieder, wie wenig wir in unserem hektischen Alltag wirklich auf die kleinen, wichtigen Dinge achten. Aber es dauert bei mir immer etwas, bis ich es schaffe, dort anzukommen. Das Abschalten wird mit der Zeit immer schwieriger. Früher fiel mir das noch leichter.

Ralf M. Ruthardt | Haben Sie noch einen Gedanken, den Sie unseren Leserinnen und Lesern mit auf den Weg geben möchten?

Lisa Marie Smit | Die Natur lehrt uns, im Moment zu leben und zu staunen. Das sollten wir vielleicht öfter tun.

Florian Smit | Herzlichen Dank für das Gespräch und alles Gute für die vor Ihnen liegenden Reisen.



Lisa Marie & Florian Smit

Florian Smit arbeitet als professioneller Naturfotograf und lebt gemeinsam mit seiner Frau Lisa (beide 1993 geboren) in Norddeutschland. Die beiden erfüllen sich den Lebenstraum vom Reisen und versuchen, so viel Zeit wie möglich in der Natur zu verbringen. Seit 2017 stehen sie zusammen vor der Leinwand und berichten von ihren Abenteuern, den Strapazen und der Geduld, die es braucht, um die Wunder der Natur mit der Kamera als Kunstwerk einzufangen.

<https://floriansmit.com/>

WEISSINWEISS



SOWEITDASAUGE

WWW.MITMENSCHENREDEN.DE

konstruktiv.
überparteilich.
im Ergebnis offen.
am Konsens interessiert.